

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Frieden auf Dauer!

Selbst wenn es zu einer Friedenslösung in der Ukraine kommen sollte – jedes Schweigen der Waffen wäre den Bevölkerungen im Donbass, in der Ukraine und in Rußland zu wünschen –, mehr als eine Atempause wäre sie angesichts der Kriegswut in Kiew und in den Hauptstädten der EU- und NATO-Länder nicht. Ausgerechnet auf dem Flug von Washington in den Nahen Osten zur Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens für Gaza kündigte Donald Trump am 13. Oktober die Lieferung von „Tomahawk“-Marschflugkörpern mit einer Reichweite von bis zu 2500 Kilometern an Kiew und ein Treffen mit Selenskij an. Die russische Führung hatte vor dieser Lieferung gewarnt. Sie könne das gesamte Verhältnis zwischen Rußland und den USA verschlechtern.

Am 16. Oktober aber telefonierte Trump mehr als zwei Stunden mit Wladimir Putin und erklärte anschließend, er wolle sich mit ihm bis Ende Oktober in Ungarn treffen. Am 17. Oktober traf sich der US-Präsident mit Wladimir Selenskij in Washington, der gekommen war, um sich die Zusage für die „Tomahawk“ abzuholen. Die erhielt er nicht, obwohl die EU- und NATO-Europäer sowohl ihn und seine Clique wie auch die „Tomahawk“ bezahlen sollen. Trump erwähnte nach der Begegnung eine mögliche Lieferung der Waffen nicht, bekräftigte aber, die USA benötigten sie selbst. Selenskij wiederholte, wofür er „Tomahawk“ haben möchte: „Sie (die Russen) fürchten diese Kombinationsangriffe, sie verstehen, was wir machen können.“ Angefeuert von EU und NATO, glaubt Selenskij, keinen Grund zu haben, den Krieg zu beenden. Eine Friedenslösung kostet ihn die politische Existenz. Zugleich sagte der US-Präsident zu einem möglichen Kriegsende in der Ukraine: „Ich denke, wir sind ziemlich nah dran.“ Er glaube, daß Putin einen „Deal“ abschließen wolle. Seinen „Deal“ mit Selenskij, nämlich den über die koloniale Ausbeutung ukrainischer Rohstoffe, hat er bereits in der Tasche. Aus all dem soll Frieden entstehen? Einer, der diese Bezeichnung verdient, nämlich auf Dauer angelegt ist? Wenn imperialistische Politiker das Wort Frieden in den Mund nehmen, kann bestenfalls von einer

Kriegsunterbrechung die Rede sei – es sei denn, sie werden zum Frieden gezwungen. Sie wollen Diktat, Raub und koloniale Unterdrückung. Gegenwärtig kommt als verstärkender Faktor für Chaos und Krieg noch die Person Trump hinzu, jemand, der stündlich seine Meinung ändern kann, dessen Maxime lautet „Frieden durch Stärke“. Gleichzeitig mit der Verkündung des „Friedens im Nahen Osten“ gab er der CIA grünes Licht für die Intensivierung des Kampfes um einen Regimewechsel in Caracas.

Vor diesem Hintergrund trägt auch die Waffenruhe in Gaza, an die sich Israel mit Trumps Einverständnis ohnehin nicht gebunden fühlt, alle Züge eines Schurkenstücks. Vermutlich weiß Trump selbst nicht, was nach Waffenstillstand und Gefangenenfreilassung geschehen soll. Seine Ankündigung, aus Gaza werde eine Riviera am Mittelmeer, wiederholte er zuletzt nicht mehr. Imperialistischer Frieden beseitigt nicht die Ursachen des Krieges. Und die bleiben in der Atommacht Israel unverrückbar erhalten: Apartheid, faschistischer Siedlerkolonialismus, Staatsterror gegenüber der Bevölkerung besetzter Gebiete und aller Nachbarstaaten. Imperialistischer Frieden ändert nichts an den ideologischen Begleiterscheinungen der „Herrenvolk“-Demokratie, ihrer Tendenz zum völkermörderischen Faschismus und an der täglichen rassistischen Entwürdigung der Unterworfenen.

Der Musterfall eines imperialistischen „Friedens“ bleibt der von Brest-Litowsk 1918, mit dem das kaiserliche Deutschland glaubte, das revolutionäre Rußland erwürgen und zerschlagen zu können. In verschiedenen deutschen Städten waren ukrainische Soldaten für diesen Zweck während des Krieges trainiert und geschult worden. Der organisierte ukrainische Nationalismus fand sich folgerichtig bald an der Seite des deutschen Faschismus und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA, Großbritannien und der BRD großzügig als Kampfpreserve gegen die Sowjetunion am Leben erhalten. Mit Erfolg, wie wir heute wissen.

Für die Arbeiterbewegung war seit 1900 – siehe Lenin, Rosa Luxemburg und Karl

Liebknecht – Frieden mit der Überwindung des Monopolkapitalismus und dem Aufbau des Sozialismus verbunden. Noch einmal sei bekräftigt: Jede Waffenruhe ist ein Segen. Trump, Merz und Co. streben nach Krieg und nur als mildere Variante nach Diktatfrieden – gegen jene 90 Prozent der Menschheit, vor allem in ehemaligen Kolonien, die sich global verstärkt zu Wort melden. Der Imperialismus verabscheut dauerhaften Frieden, weil er dahinter zu Recht den Niedergang des Kapitalismus wittert.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Rassismus, Russophobie und „White Supremacy“	2
Die Kanonen-statt-Butter-Regierung	4
Frißt uns der „Sozialstaat“ auf?	6
Kriegstüchtigkeit aus der historischen Versenkung geholt	7
Deutschland ist die BlackRock-Speerspitze in Europa	8
Beschleunigte Mobilmachung	10
Wir müssen friedentüchtig werden	11
Wir sind nicht mehr im Frieden	11
Militärische Abschreckungslogik beenden	12
Kann der Ukraine-Konflikt deeskaliert werden?	14
Putin umreißt Prinzipien einer polyzentrischen Welt	17
Zwei Städte – eine gemeinsame Sprache, eine Kultur	19
KI-gestützte Systeme und Autonome Waffen, Teil 2	20
„Zur Kriegführung gehört auch Propaganda“ (Interview)	21
Zollangriff auf die ganze Welt	22
Der Weg zum Nichtangriffsvertrag (Teil 3)	24
Warum das Adenauer-Kabinett eine historische Chance ausschlug	26
Der 3. Oktober 1990 – Geschichtspolitik und das Einheitsnarrativ	28
Über einige Schwächen in unserer Darstellung der Kultur der Sowjetunion (1)	30
Willi Sitte zum bevorstehenden 105. Geburtstag	32
Leserbriefe	37

Rassismus, Russophobie und „White Supremacy“

Roderich Kiesewetter, Oberst a. D. und Mitglied des Deutschen Bundestags, fordert in ultimativer Diktion und vehement unterstützt vom olivgrünen Omid Nouripour, Vizepräsident des Bundestags: „Endlich mit Konsequenz und Härte antworten. Das Gesülze von Friedensverhandlungen muß aufhören.“ Kiesewetter meint, es sei an der Zeit, den *Spannungsfall* auszurufen, auf den er sich als Vorstufe zum Einsatz des NATO-Bündnisparagrafen bezieht. Die Ukraine müsse so ausgestattet werden, daß sie die Russen zurückdrängen und militärisch relevante Ziele tief im Inneren Rußlands angreifen könne. Der Merz-Satz „Wir sind nicht im Krieg, aber wir sind auch nicht mehr im Frieden“ hat sich in Windeseile als Ohrwurm in die Gehörgänge der Systemmedien eingenistet, wo am Fließband Schreckensszenarien entworfen werden, mit denen die Menschen rund um die Uhr für einen Krieg gegen Rußland scharfgemacht werden sollen. Es vergeht buchstäblich kein einziger Tag, an dem nicht etwas passiert, wofür Moskau verantwortlich gemacht wird. Es sieht ganz so aus, als wolle sich Carsten Breuer, der Generalinspekteur der Bundeswehr, für die Teilnahme an der TV-Satire-Sendung „Die Anstalt“ bewerben: Sich auf Nachrichtendienste und Militärexperten beziehend, meinte er, daß Rußland sich auf das Jahr 2029 für einen großangelegten Angriff auf ein NATO-Land vorbereite. Warum gerade 2029? Weil in dem Jahr Bundestagswahlen stattfänden. „Und deswegen“, so Breuer, „brauchen wir schnell ein *Aufwuchspotential*.“ Bietet Breuer damit einen Kandidaten für das Unwort des Jahres an?

Wenden wir unsere Augen und Sinne lieber der Weltliteratur zu. Ich denke dabei an den „geistvollen Hidalgo Don Quijote von der Mancha“, dem Miguel de Cervantes zu ewigem Ruhm verholfen hat. Sein Protagonist versenkte sich bei Tag und Nacht in eine riesige Sammlung von Ritterromanen. Er tat dies so lange, bis er selbst glaubte, daß der „Wust hirnverbrannter Erdichtungen, die sich in seinem Geist eingenistet hatten, die volle Wahrheit sei“. In seinem Bericht, so nennt Cervantes seinen Roman, heißt es dann: „Als seine Vernunft bereits hoffnungslos verfliegen war, verfiel er auf den seltsamsten Gedanken, dem je ein Verrückter auf der Welt verfallen war, denn es schien ihm würdig und recht, zur Mehrung seiner Ehre und zum Dienst an seinem Land selbst ein fahrender Ritter zu werden und wohlgerüstet hoch zu Roß in die Welt hinauszuziehen, Abenteuer zu suchen und all das zu vollführen, was die fahrenden Ritter, wie er gelesen hatte, vollführten, jeglichem Unrecht abzuhelpen, Gefechten

und Gefahren zu trotzen, sie zu bestehen und ewigen Ruhm zu erlangen.“ Cervantes beendete seinen Bericht versöhnlich. Sein Held wurde noch kurz vor seinem Tod von seinem Wahnsinn geheilt. Ob auch die gegenwärtigen Akteure in Politik und Medien noch rechtzeitig vom Wahnsinn geheilt werden, muß vorerst offenbleiben, zumal oder obwohl die stationären Windmühlen mittlerweile durch tatsächlich oder angeblich herumfliegende „feindliche“ Drohnen ersetzt wurden.

Rassische Überlegenheit vor 1945 ...

Ich habe mich oft gefragt, wie es möglich war, daß sich in der relativ kurzen Zeit zwischen den beiden Weltkriegen so rasch eine kriegssüchtige und faschistische Denkweise in Deutschland durchsetzen konnte. Jochen Hellbeck ist in seinem Buch „Ein Krieg wie kein anderer“ (Kapitel 10 „Enttäuschte Erinnerungen“) dieser Frage nachgegangen. Vor bald 80 Jahren, am 6. Februar 1946, hielt Roman Rudenko, der sowjetische Chefankläger im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, sein achtstündiges Eröffnungsplädoyer. Im Gegensatz zu den westlichen Alliierten setzte er den Schwerpunkt auf die Theorie der rassischen Überlegenheit. „Die Theorie besagte“, so Rudenko, „daß die faschistischen Eroberer sich an keine Gesetze oder allgemein anerkannte Regeln der menschlichen Moral gebunden fühlen mußten.“ Als Angehörige einer „Herrenrasse“ hätten sich die Deutschen berechtigt gefühlt, „ihren Wohlstand auf den Gebeinen anderer Rassen aufzubauen“. Rudenko zitierte aus Hitlers „Mein Kampf“, SS-Berichten und NS-Liedgut, um zu veranschaulichen, wie es dem deutschen Faschismus gelungen war, in der deutschen Bevölkerung „die wildesten und niedrigsten Instinkte freizusetzen“ und aus gewöhnlichen Deutschen Massenmörder zu machen. Die Handlungen der deutschen Polizisten und Soldaten, die so unvorstellbar „abscheulich und schamlos, grausam und monströs“ seien, beruhten auf der Idee der Überlegenheit dieser Rasse. Rudenko zitierte außerdem eine Anweisung Heydrichs, in der noch vor Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ angeordnet worden war, die gesamte politische und kulturelle Elite der Sowjetunion zu vernichten. Abschließend sprach Rudenko von der geplanten *Ausrottung* der jüdischen Bevölkerung der Welt bis zur letzten Person. „Die bestialische *Vernichtung* der jüdischen Bevölkerung fand in der Ukraine, in Weißrußland und in den baltischen Staaten statt. In Riga lebten vor der deutschen Besatzung etwa 80 000 Juden. Zum Zeitpunkt der

Befreiung durch die Rote Armee gab es dort noch 140 Juden.“

... und im kalten Krieg bis in die Gegenwart

Der sowjetische Schriftsteller und Journalist Ilja Ehrenburg bereiste nach Ende des Nürnberger Prozesses, im Frühjahr 1946, zwei Monate lang die USA, sein erster Besuch in diesem Land. Er lobte die großartigen Universitäten und Museen und war zutiefst beeindruckt von den vielen Begegnungen mit amerikanischen Bürgern. Das hinderte ihn aber nicht, die beginnende Medienkampagne zu kritisieren, die eben diese Bürger für einen „Kreuzzug gegen Moskau“ zu mobilisieren unternahm. Es sei doch absurd, wenn die beiden ehemaligen Verbündeten gegeneinander in den Krieg zögen. Schließlich handele es sich beim Faschismus nicht um etwas, auf das die Deutschen ein Monopol hätten. Während seiner USA-Reise schrieb Ehrenburg für die „New York Times“ einen Artikel, in dem er die Rassendiskriminierung verurteilte – er hatte sich über sie vor Ort selbst ein Bild gemacht. Er nutzte die Gelegenheit, um seinen amerikanischen Reporterkollegen, die das Leben im Kommunismus gern als eine Form der Sklaverei darzustellen pflegten, ihre Doppelmoral vorzuhalten. Ehrenburg plädierte für eine kritische, aber auf diffamierende Anschuldigungen verzichtende Form der Annäherung, wie er sie praktiziere, und forderte die amerikanischen Beobachter auf, sie sollten sich der Sowjetunion genauso nähern. Der sowjetische Gast beendete seinen Besuch mit den Worten, daß nichts diese beiden Völker trennen möge „außer einem Vorhang aus Nebel, vorgezogen von den Verleumdern, die den Dritten Weltkrieg vorbereiten“. (Zitate siehe J. Hellbeck: *Ein Krieg wie kein anderer*, S. Fischer 2024)

Es darf vermutet werden, daß Ehrenburg auf die Rede Churchills anspielte, die dieser kurz zuvor und nicht einmal ein Jahr nach der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschlands in Fulton, Missouri hielt. Churchill prangerte dort die politische Tyrannei an, die überall dort herrsche, wohin die Rote Armee ihren Fuß gesetzt habe, ein „eiserner Vorhang“ habe sich herabgesenkt. Churchill beschwor eine angeblich drohende kommunistische Expansion und verstieg sich zu einem Vergleich mit dem Expansionsdrang des deutschen Faschismus. In einer gepfefferten Replik verglich Stalin seinerseits Churchill mit Hitler: Dieser habe den Krieg entfesselt, gestützt auf eine Rassentheorie, derzufolge nur deutschsprechende Menschen eine vollwertige Nation seien. Churchill fordere nun einen Krieg gegen die Sowjetunion,

der auf der Rassentheorie beruhe, daß nur englischsprachige Nationen vollwertige Nationen seien.

„White Supremacy“

Noch einmal zurück zum sowjetischen Chefankläger Roman Rudenko im Nürnberger Prozeß. Daß er in seinem Plädoyer dem Thema „Rasse“ ein ungleich größeres Gewicht beigemessen hat, als dies die anderen alliierten Ankläger, vor allem die der USA, taten, ist alles andere als Zufall. Damit sind wir bei einem anderen Begriff, den wir bewußt in englischer Sprache einsetzen: Supremacy (Überlegenheit, Vorherrschaft). Er wird am häufigsten im Kontext von „White Supremacy“ (weiße Vorherrschaft) verwendet, einer Ideologie, die eine kulturelle Überlegenheit weißer Menschen gegenüber allen anderen Rassen behauptet. Das Bewußtsein, im Besitz der „White Supremacy“ zu sein, prägte das politische und zivilgesellschaftliche Leben der Vereinigten Staaten über Jahrhunderte. Deshalb kamen sie gar nicht erst auf den Gedanken, ihre Verbrechen an der indigenen und schwarzen Bevölkerung „aufzuarbeiten“. Ein Ereignis soll hier beispielhaft erwähnt werden. Weltweites Aufsehen erregte ein Foto, das die beiden US-Sprinter Tommie Smith und John Carlos beim Black-Power-Protest bei den Olympischen Spielen 1968 in Mexico zeigte. Mit gesenkten Köpfen, aber mit erhobenen Fäusten lauschten sie „ihrer“ Nationalhymne. In der Heimat war man über diesen Auftritt selbstverständlich nicht erfreut. Über ein zweites Ereignis berichtete Hannah Arendt: Die Kinder einer Schulklasse sollten sich eine Strafe für Adolf Hitler ausdenken. Ein Mädchen schlug vor, ihn in die USA zu überstellen, wo man ihn in eine schwarze Haut einkleiden solle ...

Springen wir nun über den großen Teich zurück und direkt in den Nahen Osten. Vom kollektiven Westen gesponsert und im Wissen um seine eingebildete Unverletzlichkeit hat sich Israel mit Blick auf den Holocaust als „Opferstaat for ever“ inszeniert und gleichzeitig als Brückenkopf für den US-Imperialismus aus- und hochrücken lassen. Das diesem Staat unentwegt garantierte Existenzrecht – namentlich von Deutschland als Staatsräson bezeichnet – beflügelte seinen Plan für ein biblisch grundiertes Groß-Israel. Die „White Supremacy“-Ideologie hat sich nicht nur im Kopf Benjamin Netanjahus festgesetzt. Sie hat gleichfalls große Strömungen in der Zivilgesellschaft erfaßt und legt nahe, daß sich dieser Staat so gut wie alles erlauben darf. In einem Interview mit der „Berliner Zeitung“ (4./5. Oktober) erklärt Nikaraguas Chefankläger Carlos Argüello

Gómez, warum sein Land sich entschieden hat, Deutschland vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen Beihilfe zu Israels Gazakrieg zu verklagen. Zur Frage, ob es sich in diesem Krieg um Völkermord handele, äußerte sich Gómez wie folgt: „Das Problem beim Nachweis des Völkermords liegt darin, daß belegt werden muß, daß das Massenmorden und die Vertreibung der Menschen mit der Absicht begangen werden, die Bevölkerung zu zerstören. Den Nachweis dieser Absicht zu führen, ist normalerweise schwierig, weil die Täter ihre Absicht nicht öffentlich erklären. Im Falle Palästina haben sich die israelischen Be-

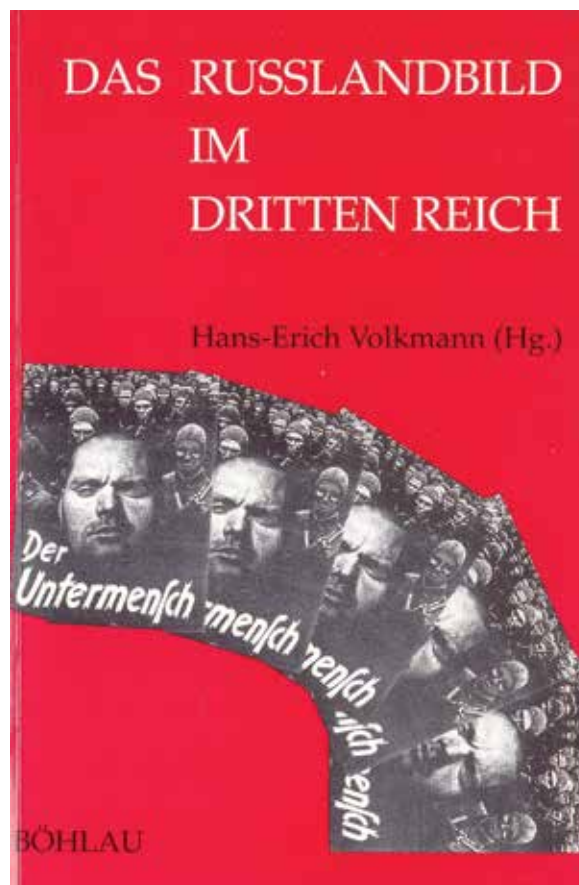
einem Schild zur Abwehr von Kritik an Israels Politik geworden, eines hochgerüsteten und über Atomwaffen verfügenden Staats, der ein Volk unterdrückt und entrechtet“. (Georg Auernheimer in: „Zweierlei Antisemitismus“)

Rassismus und Russophobie

Zehn Tage nach Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine am 24. Februar 2022 prognostizierte der französische Finanzminister Bruno Le Maire den Zusammenbruch der russischen Wirtschaft. Und auch Annalena Baerbock glaubte, mit Sanktionen als ökonomischen

Massenvernichtungswaffen Rußland ruinieren zu können. Allerdings hat sich herausgestellt, daß der kollektive Westen unter den Sanktionen ebenso oder noch mehr leidet, wie dies nach Einsatz von Nuklearwaffen der Fall wäre. Aber je klarer dies wird, desto rabiater werden die von Russenhaß und offensichtlichen Lügen getränkten Kommentare der politischen Akteure und ihrer verlängerten Arme in den Schreibstuben der Mainstream-Medien. Es ist bezeichnend, daß der neue Außenminister die „Wandel-durch-Annäherung-Jahre“ unter Willy Brandt quasi mit einem Tastendruck mit dem Satz „Rußland wird immer unser Feind bleiben“ löscht. Feindbilder, Aggression und Hochrüstung sollen den allgemeingültigen Diskurs bestimmen. Wer sich daran nicht beteiligt, hat sich bereits als „Lumpenpazifist“ (Blogger Sascha Lobo) vor „Putins Karren spannen“ lassen oder ist als „gefallener Engel aus der Hölle“ gestiegen (Ex-Bundeskanzler Olaf Scholz). Man mag es kaum glauben: Der zwischen US-Präsident Donald Trump und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vereinbarte „Deal“ über einen generellen Basiszoll von 15 Prozent auf alle EU-Exporte kam (nur) zustande, weil die Europäer die US-Unterstützung für die Ukraine nicht gefährden wollten. Genauer gesagt: Die EU ist bereit, ihr letztes Hemd (bzw. die letzten Hemden ihrer Bürger) zu verscherbeln, Hauptsache ist die Erlaubnis von „Daddy“ Trump, den Krieg gegen Rußland fortzusetzen. So etwas kann man auch Verrat an den europäischen Interessen nennen – ein Fall für den Staatsanwalt. Die aufgeblasene antirussische Kampagne hat ein an Wahnsinn grenzendes Ausmaß angenommen wie seit den Jahren des Faschismus nicht mehr. Sie wird mit Worten und Sätzen kommuniziert, die von einer angemessenen moralischen Überlegenheit ausgehen und zusehends rassistische Züge annehmen. Da drängt sich die Frage auf: Wollen sie es ein drittes Mal versuchen? Einen nochmaligen Nürnberger Prozeß wird es nach einem Nuklearkrieg nicht mehr geben ...

Hans Schoenefeldt



Feindbild Rußland mit unseliger Tradition

hören aber nicht die Mühe gemacht, ihre Absichten zu verbergen, sondern öffentlich bekanntgegeben, daß sie die Palästinenser als Untermenschen betrachten, die ausgerottet werden müssen.“ Ausrottung! Deren Durchführung durch das faschistische Deutschland gründete – damit sind wir wieder bei Rudenkos Plädoyer – auf der Idee der rassistischen Überlegenheit. Es ist unerträglich, daß führende politische Akteure eines Staates, der seine Existenz dem größten Menschheitsverbrechen mit zu verdanken hat, sich heute derselben Ausdrucksweise bedienen (Verteidigungsminister Galant: „Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend.“). Der Antisemitismus, „früher ein Kampfbegriff gegen die Diskriminierung und Entrechtung von Juden, einer schwachen, bedrängten Minderheit, ist zu

Die Kanonen-statt-Butter-Regierung

Oder wie uns das Kapital den letzten Cent aus der Tasche zieht

Der Blackrock-Kanzler Merz gibt sich nicht einmal den Anschein, ein Kanzler für die Werktätigen, die Rentner oder sozial Schwachen zu sein. In seiner Grundsatzrede vor dem Bundestag am 17. September 2025¹ bemühte er die üblichen sprachlichen Leerstellen und Floskeln von Freiheitserhaltung, Bedrohungen aus dem Osten, denen es zu begegnen gilt, und daß wir uns, weil das so ist, den „Sozialstaat“ in der vorliegenden Form nicht mehr leisten können, weswegen dringend Reformen am selben (sprich: schleifen des ganzen) notwendig seien. Merz und seine Regierungsmannschaft vertreten die Interessen der stärksten bürgerlichen Kreise, also der Großindustrie und Monopole. Die Interessen des sogenannten Mittelstandes oder der Handwerker werden nur unterstützt, wenn sie für die Großen nützlich sind. Interessen der Arbeiterklasse jedoch gelten nichts. Sie werden bekämpft, u.a. mit Legenden, welche die wahren Realitäten verschleiern sollen. So wird z.B. die Mär vom „Arbeitgeber“, der gnädig dem „Arbeitnehmer“ eine Arbeit gibt und ihn dadurch, von seinen Gnaden, gut leben läßt, immer wieder aufgetischt. Deswegen sind jene „Arbeitgeber“ und ihre Helfershelfer auch die Leistungseliten der Gesellschaft. In Wirklichkeit nehmen die „Unternehmer“ die Arbeit von den Werktätigen, die ein Produkt herstellen, zahlen aber nicht den vollen Preis der Ware Arbeit und behalten den Überschuß zum größeren Teil, um sich zu bereichern an der Arbeit der anderen. Die „Leistungseliten“ sind also die Produzenten und nicht die, welche sich an ihrer Arbeitskraft bereichern. Und auch die Behauptung, wir säßen alle in einem Boot, ist natürlich Humbug. Denn wie wir feststellen können, z. B. auf den Seiten des Statistischen Bundesamtes², sind aktuell 21,1 Prozent der Bevölkerung arm oder von Armut unmittelbar bedroht. Diese Quote steigt seit Jahren an. Gleichzeitig wächst die Zahl der Superreichen in der Bundesrepublik ständig an. So vermeldete die Tagesschau am 24. Juni 2025, daß es in der BRD nun 500 Superreiche mehr gibt: „In Deutschland wächst die Zahl der Superreichen rasant - 3.900 Menschen besitzen nun fast ein

Drittel des gesamten Finanzvermögens. Nur zwei Länder der Welt haben noch mehr Superreiche als Deutschland. In Deutschland leben inzwischen rund 3900 sogenannte Superreiche – das sind Menschen mit einem Finanzvermögen von mehr als 100 Millionen Dollar. Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der Superreichen um 500 Personen, das Vermögen dieser Gruppe wuchs um 16 Prozent. Ein Zuwachs, der sich vor allem durch die starken Kursgewinne an den internationalen Finanzmärkten erklären läßt. Superreiche besitzen fast ein Drittel des Finanzvermögens.“³ Dann wäre da noch das Thema der Erb-



George Grosz: Friede zwischen Kapital und Arbeit (1923)

schafts- und Vermögenssteuer für große Vermögen. Das gab es alles schon einmal vor 30 Jahren, wurde allerdings unter Kohl abgeschafft. Schließlich sollten die Vermögenden auch mal was von „ihrem“ Staat bekommen. Darauf folgte der Sozialdemokrat Schröder, der mit fröhlicher Unterstützung der Großindustrie „Hartz 4“ erfand – der Namensgeber war Finanzvorstand bei VW. Damals machte das Spottwort „Genosse der Bosse“ die Runde. Heute, mehr als 20 Jahre später, ist die direkte Einflußnahme der Industrie eine Selbstverständlichkeit, in den wichtigsten Ministerien sitzen zeitweilig oder dauerhaft Dauerleihgaben der Industrie, die helfen, Gesetzestexte zu

formulieren. Deren Interesse am Wohlergehen derer, die den Reichtum dieser Republik schaffen, an den Arbeitern und Angestellten, ist gering und nur insofern vorhanden, als daß es einer höheren Produktivität gilt. Zu all dem kommen die auf falscher Wirtschaftspolitik der neoliberalen Vertreter des Kapitals fußende Finanzkrise sowie eine veritable Wirtschaftskrise in unserer und anderen Wirtschaftsnationen des Westens noch hinzu. Was die BRD betrifft, ist auch diese Krise sowohl systemimmanent als auch hausgemacht. Sehen wir uns einige „hausgemachte“ etwas näher an.

Die Wirtschaft der Großindustrie in der BRD hat und hatte einige Schwachstellen. Bereits vor mehr als 30 Jahren fußte mehr als ein Viertel der bundesdeutschen Wirtschaft auf dem Automobilsektor. Herstellung, Zulieferindustrie, Ersatzteile, metallurgische Halbzeuge bis hin zum Vertrieb und Reparatur. Deutschland war Autoland. Und ähnlich wie bei anderen Industrieerzeugnissen war der inländische Markt nicht ausreichend. Durch den Export ist dieses Land reich geworden. Ähnlich sah es im Maschinenbau und anderen exportrelevanten Bereichen aus. Allerdings ist die BRD nicht besonders rohstoffreich. Die Produktion verschlang Unmengen an Rohstoffen und Energie. Auch deswegen stand schon 2006 im Weißbuch der Bundeswehr, daß es eine zukünftige Aufgabe der Bundeswehr sein würde, die Transportwege für Waren und Rohstoffe sicherzustellen.⁴ Jedoch bereits vor 20 Jahren verlagerten immer mehr Produzenten die Produktion nach Asien. Nur zwei Jahrzehnte später können China, Indien, Vietnam solche Produkte selbst herstellen und zwar in guter Qualität. Besonders in der Automobilindustrie haben sich Länder wie Südkorea oder China als innovativ und investitionsfreudig erwiesen. Nun drängen ihre Waren auf „unsere“ Märkte. Die saten und trügen deutschen Vorstände büßen nun für ihr weltfremdes, postkoloniales Herabschauen auf die „kleinen Gelben“, denen man so etwas nicht zugetraut hätte. Hinzu kommt ein weiterer Aspekt. Die deutsche Wirtschaft ist, wie andere große Volkswirtschaften auch, auf preiswerte Energie angewiesen, zumal die einheimischen fossilen Brennstoffe extrem knapp und im Zuge des Klimawandels auch immer mehr

1 Siehe Deutscher Bundestag, Texte unter <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw38-de-generaldebatte-1104006>

2 https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefährdung/_inhalt.html

3 Siehe <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/superreiche-vermoegen-finanzen-aktien-100.html>

4 Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, S. 22 f., Berlin 2006

obsolet wurden. Da war es doch ein großes Glück und auch ein Wettbewerbsvorteil, daß sich die Beziehungen zum erdöl- und erdgasreichen Rußland aufs prächtigste entwickelten. Rußland, mit seinem neuen Präsidenten Putin, war bestrebt, langfristige, gute, für beide Seiten vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen mit den westeuropäischen Ländern aufzubauen und weiterzuentwickeln. Putin betonte mehrfach, daß er das als Grundlage für ein friedliches europäisches Miteinander ansieht. Aber es kam, wie es kommen mußte. Überhebliche Politiker und Wirtschaftsbose sahen auf Rußland herab, die USA meinten sogar, es früher oder später nach seiner Pfeife tanzen lassen zu können. Versprechen gegenüber Rußland wurden gebrochen und seine Sicherheitsbedürfnisse in den Wind geschlagen. Man nahm die preiswerten Rohstoffe Rußlands, erschloß sich dort neue Märkte und rückte ihnen gleichzeitig mit der NATO auf den Pelz. Daß Polen und das Baltikum schnellstmöglich in die NATO strebten, war relativ klar. Beide sehen sich als Russenfeinde, versuchten seit Jahrhunderten, große und wirtschaftlich starke Länder als Verbündete gegen Rußland zu gewinnen und wurden seit Jahrhunderten von ihren neuen Verbündeten verraten. Die baltischen Länder wurden von Preußen deutsch dominiert und sprachen keine slawischen Sprachen. Die Polen wollten auch keine Slawen sein, gehörten jedoch mehr als 200 Jahre, zumindest zu einem Drittel, zum Zarenreich und wurden von jenem auch unterdrückt. Allerdings ebenso von den anderen Polenteilenbesitzern, Preußen und Österreich. Also, ab in die NATO, und schon war sie im Westen an die russische Grenze gerückt. Im Südosten rekrutierte man die ehemaligen Warschauer Vertragsstaaten Bulgarien und Rumänien, nicht, weil Bulgaren und Rumänen plötzlich Freunde des Wertewestens wurden, einzig und allein aus strategischem Kalkül, dichter an die russische Grenze zu kommen. blieb im Westen nur noch die Ukraine, die 1991 aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) entlassen und national selbständig wurde. Und obwohl es seit Mitte des 19. Jahrhunderts nationalistische ukrainische Gruppen gab, wurde eine Ukrainische Republik, als Teil der Sowjetrepubliken, auf Veranlassung Lenins gegründet, der verhindern wollte, daß sich extreme Nationalisten in Kiew an die Macht putschten. Die ukrainischen Nationalisten verwandelten sich zu großen Teilen in Terroristen, die mit Anschlägen gegen die Sowjetmacht vorgehen, was naturgemäß dazu führte, daß die sowjetischen Sicherheitsorgane gegen sie mit

aller Härte vorgehen. Hinzu kam, daß große Teile der Sowjetukraine wie auch Weißrußlands in Folge des Polnisch-Sowjetischen Krieges 1920/21 von der UdSSR abgetrennt wurden und an Polen fielen. Polen hat sich in den folgenden Jahren nie um jene Gebiete gekümmert. Es waren vor allem landwirtschaftliche und nur schwach entwickelte Gegenden. Die verbliebene Sowjetukraine erzielte, dank großzügiger Hilfe aus Moskau, in den Folgejahren industriell und bergbautechnisch einen großen Aufschwung. Das konnte jedoch nicht die



Aus einem antirussischen Plakat des Reichspropagandaministeriums, 1943

große Hungersnot Anfang der 30er Jahre verhindern, die auch in den polnisch-ukrainischen Gebieten und in großen Teilen der RSFSR und anderen Sowjetrepubliken herrschte. Übrigens waren es jene von Polen okkupierten ehemaligen sowjetischen Gebiete, welche die Rote Armee entsprechend des geheimen Zusatzabkommens zwischen der Sowjetunion und Deutschland nach Beginn des Überfalls Deutschlands auf Polen zurückholte. Deutschland sicherte sich damit das Stillhalten der UdSSR beim Überfall auf Polen und die Sowjetunion wollte durch die Zurücknahme ihrer Gebiete bei einem erwarteten Überfall auch ihres Landes durch die Nazis, ein Gebiet haben, in dem die Wehrmacht aufgehalten werden konnte. Das erwies sich zwei Jahre später als Fehlkalkulation. Nach dem Zweiten Weltkrieg gingen die Kämpfe u.a. in den Wäldern der Ukraine bis zum Ende der 40er Jahre weiter, unterstützt durch die Geheimdienste der ehemaligen Verbündeten der UdSSR sowie die deutsche Organisation Gehlen, schließlich hatte man Verpflichtungen. Als die Ukraine dann 1991 selbständig wurde, standen die alten Freunde wieder auf der Matte und

versuchten, erneut Einfluß zu gewinnen. Das endete 2014 mit dem Maidan-Putsch gegen die gewählte Regierung. Beim Aufteilen der Beute zwischen EU und USA fielen dann die bekannten Nuland Worte: Fuck the EU. Nun wird also seit 2014 Krieg in der Ukraine geführt, zwischenzeitlich durch diverse Minsk-Abkommen begleitet, die, wie die Ex-Kanzlerin ausplauderte, nur dem Hinhalten Rußlands dienten. Seit 2022 ist es ein offener Krieg zwischen der Ukraine und Rußland, wobei die arme Ukraine nicht allein dasteht. Hunderte NATO-Militärberater waren und sind seit Jahren vor Ort, nun wurde der komplette Nachschub übernommen sowie die für die Zielzuweisung wichtige Aufklärung durch Flugzeuge und Satelliten. Nur das Sterben mußten die Ukrainer (fast) allein im Kampf mit den Russen übernehmen. Mehrere Milliarden investierte allein die BRD im Kampf gegen Rußland. Kein Wunder, daß der aktuelle deutsche Kanzler konstatiert: Wir sind noch nicht im Krieg (mit Rußland), aber auch nicht mehr im Frieden. Und was tut unsere schicke neue Regierung, nachdem die vorherige dem Russen schon gehörig Schaden zugefügt hat, indem sie auf preiswerte russische Brennstoffe und Rohstoffe verzichtet hat, was zu gehörigen inländischen Kollateralschäden geführt hat? Sie investiert 600 (nicht vorhandene) Milliarden in den Rüstungssektor, denn natürlich bedroht nun der Russe, den wir seit einigen Jahren massiv militärisch bekämpfen helfen, unser Land. Hinter allem, was

in Deutschland schief läuft, steckt er, der Russe, sei es als Cryptorusse, als Drohenrusse, als Schattentankerflottenrusse und tut sich zu allem Überfluß auch noch mit anderen Ländern zusammen, die eigentlich den Segnungen der US- und der EU-Wirtschaft entgegenfiebern sollten. Natürlich ist der Kampf gegen das Böse nicht zum Nulltarif zu haben. Merz und Co. erklären uns immer wieder, wir müssen jetzt zusammenrücken, und sei es nur Ost und West (Ostrentner als Volksturmreserve), die faulen Elemente unserer Gesellschaft müssen endlich ihren Teil leisten (Rentner und Bürgergeldempfänger) und die Flüchtlinge sollen gefälligst zurückgehen in jene Länder, die wir wirtschaftlich abhängig gehalten oder durch Krieg mit verwüsten halfen. Nur jene sollen bleiben, die die große Industrie auch benötigt! Zu Marx' Zeiten nannte man das industrielle Reservearmee. Es gilt für alle (also die Steuern zahlen), den Gürtel enger zu schnallen. Die Devise heißt wieder: Kanonen statt Butter und irgendwann dann auch die Volksgemeinschaft und der gesunde Volkskörper. Na dann, gute Nacht!

Uli Jeschke

Frißt uns der „Sozialstaat“ auf?

Landauf, landab schallt aus allen Sprachrohren der Politik, daß Deutschland sich seinen ausufernden „Sozialstaat“ nicht mehr leisten könne. Lassen wir einmal beiseite, um welche Art von Sozialstaat es sich handelt, wenn ein Fünftel seiner Kinder in Armut aufwächst und das oberste Prozent der Bevölkerung über mehr Reichtum verfügt als der Rest des Volkes zusammengekommen. Auch Wohnungsnot, Obdachlosigkeit und flaschensammelnde Rentner wollen nicht so recht ins Bild eines wirklich sozialen Staates passen. Dessen ungeachtet orgeln Politiker und Medien seit Monaten Alarmrufe der Art „Hilfe, die Rentner wollen das Land kahlfressen!“ ins Land. Wahlweise sind es dann auch die die Kranken, die sozial Abgehängten und die Migranten, die angeblich dasselbe tun. Da ist es nicht schlecht, daß Tobias Weißert unter dem Titel „Sozialpolitik in Zeiten der Kriegsvorbereitung“ einmal einige Fakten zu diesem Thema zusammengestellt hat.

Er schreibt: „Die allermeisten Bürger sind in mehrfacher Weise mit Institutionen des Sozialstaats verbunden. Die Aufwendungen betragen, Löhne und Gehälter eingeschlossen, insgesamt etwa ein Drittel des Nettosozialprodukts und kosten nahezu eine Billion Euro.“ Das ist natürlich eine erkleckliche Summe. Da ist es kein Wunder, daß so manch einer verzückt auf diese Menge an Geld schaut. Vor allem dann, wenn sich damit mehr Kanonen bauen lassen würden, was für Rüstungskonzerne natürlich deutlich profitabler ist, als der Konsum eines normalen Durchschnittsbürgers.

Die Grundidee lautet also: Man muß doch am Sozialen genügend wegnehmen können, damit es für mehr Profite im Waffengeschäft zur Verfügung steht. Das ist gewiß unpopulär, aber mit gründlicher ideologischer Vorbereitung bestimmt machbar. Gerade deshalb läßt man uns jetzt von den sogenannten Wirtschaftsweisen dauernd erklären, daß die Staatsquote in Deutschland viel zu hoch sei. Eine Variante des alten Mantras gescheiterter Ökonomen „Weniger Staat – mehr Markt“. Die Staatsquote – das zur Erklärung – ist der Anteil des Bruttoinlandsprodukts, der über den Staat umverteilt wird. Es wird behauptet, sie sei mit 49,5 Prozent unerträglich hoch. Weißert kann allerdings beweisen, daß sie gar nicht so außergewöhnlich hoch ist. „In Ländern wie Frankreich, Italien und Österreich ist sie höher. Im EU-Durchschnitt

lag sie 2023 bei 49,4 Prozent, in Deutschland (dagegen) bei (nur) 48,2 Prozent.“ Auch der Anteil, der davon für Soziales ansteht, die Sozialquote also, entwickelt sich nicht ins Unbezahlbare. Sie ähnelt durchaus der in vergleichbaren anderen europäischen Staaten. Weißert hält ausdrücklich fest: „Die deutschen Sozialausgaben wachsen im internationalen Vergleich sogar eher moderat.“ In Deutschland lag die Sozialquote nach Berechnungen der Hans-Boeckler-Stiftung bei 26,7 %, während sie in Frankreich mit 31,6 %, in Italien mit 30,1 %, in Österreich mit 29,4 % und sogar in Spanien mit 28,1 % deutlich höher war. Steht der Sozialstaat vielleicht doch nicht unmittelbar vor dem Untergang? Die Bun-



Das System: spekulativer Wohnungsleerstand und Obdachlosigkeit

desregierung gibt die entsprechende deutsche Quote übrigens mit 31,2 % an. Eine kleine Mogelei vielleicht, damit wir die bittere Medizin leichter schlucken können? Schließlich muß man dem Volk überzeugend nahebringen, daß es über seine Verhältnisse lebt und nun die Zeit gekommen ist, den Gürtel enger zu schnallen. Übrigens liegen die genannten Quoten durchaus nicht höher als in vielen Jahren zuvor. Das aber wird absichtsvoll verschwiegen. „Dafür aber finden alle, die sich für sachverständig halten“, schreibt Weißert weiter, „die Höhe der Ausgaben für Arbeit und Soziales, die lediglich 38 % des Bundeshaushaltes ausmachen, auf Dauer untragbar.“ Sie waren bisher tragbar und nun sind sie es plötzlich nicht mehr und fressen das Land auf?

In ähnliche Richtung zielt das Gerede davon, die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung schaffe Zwänge, denen nur durch ein Abspecken im Sozialen und längere Lebensarbeitszeiten begegnet werden könne. Da wird dann außerordentlich dramatisch geschildert, welche Lasten sich zukünftig daraus ergeben, daß unsere Gesellschaft

altert. So nach dem Muster, früher hätten fünf Arbeitende einen Rentner durchzufüttern gehabt, während es in nächster Zukunft nur noch zwei sein würden, die alles erarbeiten müßten, was er faulenzend verbräuche. Es ist übrigens eine bewährte Methode, die Menschen gegeneinander auszuspielen. Hier die, die arbeiten, gegen die, die noch nicht oder nicht mehr arbeiten können. Dabei wird permanent verschwiegen, daß das ja der eigentliche Fortschritt ist, den die gewaltigen Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte möglich gemacht haben. Dank der zunehmenden Produktivität konnte die Gesellschaft diese Veränderungen in den vergangenen Jahrzehnten fast mühelos schultern. Warum sollte sie das plötzlich in Zukunft nicht mehr können?

Ist es nicht der eigentliche Ausdruck zivilisatorischen Fortschritts, wenn immer mehr Menschen auskömmlich davon leben können, daß die Arbeit heute nicht mehr mit Hacke und Spaten, sondern mit Maschinen und Automaten gemacht werden kann? Ist es denn wirklich negativ, wenn die Gesellschaft immer weniger Menschen braucht, die die Mühsal der produktiven Arbeit auf sich nehmen müssen, damit auch Kinder, Alte und Kranke ausreichend und gut mit allem Nötigen versorgt werden können?

Nein, es ist dem Kapital und seinen Helfershelfern einfach ein Graus, das Geld mit denen zu teilen, die es wirklich brauchen. Profit, Profit, ist seine einzige Devise, Rüstung und Krieg sind neuerdings die einzigen Wege dazu, diese Profite auch erzielen zu können, selbst dann, wenn sich die Gesellschaft im Niedergang befindet. Bundeskanzler Merz hat deutlich formuliert, was er im Zentrum seines „Herbstes der Reformen“ sieht: „Unsere Bevölkerung wird für Rente, für Altersversorgung, für die Gesundheit und für die Pflege in Zukunft mehr vom verfügbaren Einkommen aufwenden müssen.“ Dafür Soziales zu schleifen, ist dem Kapital, dessen Beauftragter er ist, selbstverständlich. Leute wie unsere „Wirtschaftsweisen“, die dem Volk in die Hirne pflanzen, daß auch der soziale Rückschritt zu seinem Wohle erforderlich ist, finden sich immer. Das bißchen Geld, das diese Leute kosten, kann man schließlich angesichts dessen, was sich daran verdienen läßt, bequem aus der Portokasse bezahlen.

Achim Seider

Kriegstüchtigkeit aus der historischen Versenkung geholt

Man glaubt, in einem Irrenhaus zu sein. Russische Drohnen über Polen, den baltischen Staaten, Drohnen über Rumänien, Bulgarien, mysteriöse Drohnen über Deutschland. Und zuletzt Drohnen über Kopenhagen und Oslo. Das kann nur Rußland gewesen sein. Beweise braucht man nicht, eine Behauptung genügt. Nun müsse die NATO ihre Wehrhaftigkeit unter Beweis stellen, hört man. Und die westlich unterwanderte UNO stimmt in diesen antirussischen Chor ein.

Laut NATO ist in einem künftigen Krieg Deutschland das Auf- und Durchmarschgebiet für Bundeswehr und NATO in Richtung Osten zur Abwehr der russischen Horden. Natürlich zur Erhaltung von Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechten, die es selbstredend nur im Westen gibt.

Wie auch in den 30er Jahren ist Deutschland angeblich wieder von Rußland bedroht. Für die entstandene Situation ist man selbst natürlich nicht verantwortlich. Deutschland will sich nur gegen das bedrohliche Rußland verteidigen. Man muß sich nur vergegenwärtigen, wieviele Milliarden Euro für die Unterstützung eines Krieges in der Ukraine, der mit Deutschland nichts zu tun hat, und Milliarden Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr aufgewendet werden. Kosten für Militär und Rüstung ist aus dem Fenster geworfenes Geld, das nur dem militärisch-industriellen Komplex nützt. Der Nebeneffekt sollte selbst für den teilnahmslosesten Bürger erkennbar sein und ist gekennzeichnet von maroder und immer mehr verfallender Infrastruktur. Verfolgt die Regierung unter dem Kanzler diese Politik weiter, wird es nicht mehr lange dauern und unvorstellbare Verhältnisse kehren hier mit Brachialgewalt ein. Die Masse des „Sondervermögens“ fließt nicht in die Infrastruktur, sondern in die Aufrüstung und Kriegstüchtigmachung. Wohin solche Politik führt, ist derzeit in Frankreich zu beobachten.

Dennoch: In Deutschland geht es unbeirrt um Kriegstüchtigkeit. Denn die Russen haben einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine begonnen, dem Land, in dem man Antifaschismus, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie täglich mit dem Morgenkaffee serviert bekommt. Derartigen Unsinn hört man nun von deutschen Politikern und dem Mainstream tagein und tagaus, so daß es einem nur übel werden kann. Welche Auswege bleiben demzufolge zur Vermehrung des vorhandenen Kapitals in monetärer

Form, im Besitz von Produktionsmitteln und Immobilien?

Die finanzielle Knebelung der Bevölkerung unter Vorspiegelung falscher Tatsachen. Die zunehmend maroden Infrastrukturen sind erste Anzeichen dafür. Die öffentliche Daseinsvorsorge des Staates wird Stück für Stück abgebaut, wie z. B. Verkehrs- und Gesundheitswesen, Bildung usw. und dem Kapitalmarkt überlassen. Die Folgen trägt der Bürger.

Aufnahme von sogenanntem Sondervermögen, bei denen zu fragen ist: Warum diese Umschreibung für Schulden, die über



Generationen nicht rückzahlbar sind? Ein Bekannter hat mir vor 15 Jahren seine Eindrücke von Atlanta (USA) plastisch geschildert. In der Stadt einerseits bittere Armut und Slums und andererseits protzige abgeschirmte Stadtviertel für die Reichen. Sein Fazit: Er sei froh, in Deutschland solche Verhältnisse nicht zu kennen. Jedoch, auf diesem Weg befinden wir uns gerade und das EU-weit.

Die dritte Möglichkeit ist Aufrüstung, um dem militärisch-industriellen Komplex zu den erwarteten Renditen zu verhelfen, verbunden mit Kriegsvorbereitungen und Krieg gegen einen erfundenen Feind.

Das haben die deutschen Faschisten vor Beginn des 2. Weltkrieges bereits schon einmal in ähnlicher Art getan. Man muß das Damalige nur kopieren, was dem deutschen Kriegsminister schon hervorragend gelingt. Das Oberkommando der Wehrmacht hatte 1940 angewiesen, dem Ausbau des Transportwesens in Form von Eisenbahn- und Straßenverbindungen und Brückenbau in Richtung Osten oder deren Verstärkung Priorität einzuräumen.

Es ging also damals, genau wie heute, um die Kriegstüchtigmachung des Landes. Die von der jetzigen deutschen Regierung vorgegebene und zu erreichende Kriegstüchtigkeit ist demzufolge dem Nazireich entlehnt,

womit auch Denkweisen und Horizonte der handelnden Politiker umrissen sind. Weichen die Kriegsvorbereitungen von einst eigentlich von den gegenwärtigen Aktivitäten des deutschen Kriegsministers und der NATO ab? Wohl kaum. Es ist nicht nur die gleiche Sprache, sondern es sind die gleichen Ziele. Die Eroberung von Land und Rohstoffen in jeglicher Art, die der Westen nicht besitzt. Das spricht man heute nur nicht so aus wie Hitler in „Mein Kampf“, in dem er Lebensraum im Osten für Deutschland forderte. Lebensraum wird heute lediglich ersetzt durch Freiheit, Menschenrechte und

Demokratie, die man den Russen und anderen Ländern bringen müsse.

Dazu wird gemeinsam mit der NATO genau das vorbereitet, was damals das Oberkommando der Wehrmacht plante. Ausbau des Straßen- und Eisenbahnnetzes, Neubau oder Verstärkung der Brücken gen Osten. Dazu die Einbeziehung ziviler Bereiche wie Zivilschutz, Gesundheitswesen, Universitäten, Schulen usw., die alle kriegstüchtig gemacht werden sollen. Mit Sarkasmus ausgedrückt, NATO und Bundeswehr bereiten die Wege für die russische Armee vor, die laut Pistoletto in drei oder vier Jahren die EU angreifen wird. Die

Spiegelfechter, allen voran die der EU, wollen damit Recht behalten und negieren absichtlich die objektiven Gefahren.

Im Verbund mit der Politik und dem Kapital feuern die gleichgeschalteten Medien aus allen Rohren, um die Menschen ideologisch kriegsbereit zu machen und zeichnen ein Feindbild von Rußland, welches vorn und hinten mit Lügen durchsetzt ist. Hilfreich stehen die verschiedensten Thinktanks und NGO's zur Seite, wie die Atlantikbrücke, Weltwirtschaftsforum, Münchner Sicherheitskonferenz, European Council on Foreign Relations, Aspen Institute, Goldman Sachs Foundation, The American Interest, Atlantik Council, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Rockefeller Foundation, German Marshall Fund (GMF), Atlantische Initiative – insgesamt weit über hundert Organisationen, in denen das derzeitige „Führungspersonal“ (z. B. U.v.d Leye, Baerbock, Habeck) EU-weit gezüchtet wurde, das zu einer objektiven politischen und diplomatischen Beurteilung nicht in der Lage, aber zu allen verschärfenden Maßnahmen fähig ist. Es sind dem Kapital hörige und höfisch ergebene politische Blindflieger. Sie sind das Ergebnis einer seit Jahrzehnten verfolgten Linie, um sich die gesamte Welt unterwürfig und zum Diener zu machen.

Reiner Neubert, Berlin

Deutschland ist die BlackRock-Speerspitze in Europa

Werner Rügemer erklärt den langen Vorlauf des US-Einflusses auf die Wirtschaft in Deutschland und Europa. Inzwischen ist BlackRock einer der Hauptakteure bei der De-Industrialisierung Deutschlands und bei der Fortführung des Krieges in der Ukraine. Friedrich Merz ist dafür ein wichtiges Werkzeug.

Interview von Felicitas Rabe mit Dr. Werner Rügemer

Ist es Zufall, daß in Europa ausgerechnet in Deutschland ein ehemaliger BlackRock-Funktionär Regierungschef wurde?

Nein, das ist kein Zufall. Seit dem ersten Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer ist Deutschland der wichtigste Standort für die Expansion der USA in Europa. Das gilt sowohl wirtschaftlich wie militärisch und auch kulturell.

Nach dem 2. Weltkrieg war dieser Standort zunächst in dem von den USA erzwungenen Separatstaat im Westen Deutschlands: in der BRD. Von 1990 bis 1994 organisierte die deutsche Treuhand den Ausverkauf der Ex-DDR. Dabei dominierten die US-amerikanischen Unternehmen McKinsey, PricewaterhouseCoopers und JPMorgan. Ab dem Jahr 2020 förderte die SPD-Grüne Bundesregierung mit Bundeskanzler Schröder und Vizekanzler Fischer schließlich auch den Ausverkauf der Unternehmen und Wohnungen in Westdeutschland an US-Unternehmen.

Seit Adenauer betreiben die USA in keinem anderen NATO-Mitgliedsstaat auch nur entfernt so viele Militärstützpunkte wie in Deutschland. Und in keinem anderen europäischen Staat haben die neuen US-Kapitalakteure wie BlackRock, Vanguard, State Street, KKR, Blackstone so viele Aktien und das heißt Miteigentum an den wichtigsten Unternehmen wie in Deutschland.

Beim Treffen „Made for Germany“ am 21.7.2025 im Kanzleramt nahmen neben 61 Konzernchefs auch der deutsche BlackRock-Vertreter teil. Der Kapitalorganisator BlackRock ist ja, wie schon erwähnt, selbst der größte Aktionär in Deutschland, durch seine Anteile etwa in den DAX-Konzernen, zum Beispiel bei Rheinmetall, bei der Deutschen Bank, bei SAP, Vonovia, Bayer, BASF, Deutsche Post DHL, Siemens, RWE, Zalando und gut 100 weiteren Aktiengesellschaften.

Worin besteht der konkrete „Auftrag“ von BlackRock an Merz?

Den wichtigsten Auftrag für BlackRock hat Merz bereits von 2016 bis 2020 erfüllt: Zu der Zeit war er Vorsitzender des Aufsichtsrats der deutschen BlackRock-Tochtergesellschaft, also der BlackRock Asset Management Deutschland AG. In dieser Funktion hat er nichtöffentliche Treffen seines Chefs, des New Yorker BlackRock-Vorstandsvorsitzenden Lawrence Fink, mit den Finanzministern der

Merkel-Regierung arrangiert: mit Wolfgang Schäuble von der CDU und auch mit Olaf Scholz von der SPD, dem späteren Bundeskanzler.

Solche Lobbyisten-Treffen hat Merz auch mit dem Chef des Bundeskanzleramts Helge Braun (CDU) und mit dem Wirtschafts-Staatsminister Jörg Kukies (SPD) organisiert. Darüber haben Schäuble, Scholz, Braun, Kukies und auch Merkel selbst nie öffentlich gesprochen. So konnte sich BlackRock geräuschlos als führender Aktionär in Deutschland einkaufen.

Wie versucht BlackRock, Einfluß auf den Bundeskanzler Friedrich Merz zu nehmen?

Das zeigte sich im Januar 2025: Da hat BlackRock-Chef Fink seinen Ex-Angestellten Merz während des Weltwirtschaftsforums abseits vom offiziellen Programm zu einem privaten Dinner nach Davos eingeladen. Mitten in der Endphase seines Wahlkampfes nahm Merz sich die Zeit und flog in die Schweiz. Es ging offensichtlich um die von beiden Seiten erhoffte Kanzlerschaft von Merz. Wie das *Handelsblatt* später berichtete, war auch Jamie Dimon, der Chef der größten US-Bank JPMorgan, bei diesem Treffen dabei. BlackRock ist Großaktionär der Bank und Dimon lobte: „Der Kanzler macht genau das Richtige.“

Vor seiner Wahl hatte Merz dem neu gewählten US-Präsidenten Donald Trump selbst einen Deal vorgeschlagen: Deutschland und die EU kaufen mehr Frackinggas und mehr Rüstungsgüter in den USA, dafür sollen die Zölle nicht so hoch werden. Dieses unterwürfige Angebot hat Trump jetzt im Abkommen mit der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dankend angenommen. BlackRock freut sich darüber.

Warum managt und lobbyiert BlackRock in Zeiten des Souveränitätsverlusts der europäischen Staaten seine Interessen nicht über die EU-Kommission?

BlackRock sitzt auch vielgestaltig in Brüssel. Die Schattenbank unterhält dort ein eigenes Lobby-Büro und ist Mitglied in einem Dutzend internationaler Lobbyorganisationen, mit privilegiertem Zugang zu den Kommissaren und ihren Arbeitsgruppen. Im Jahr 2020 hat BlackRock mit der Kommissionspräsidentin von der Leyen einen Beratervertrag abgeschlossen. Gleichzeitig ist BlackRock auch Berater

der Europäischen Zentralbank. Insofern ist dieses Kapitalunternehmen Mitorganisator des Souveränitätsverlusts der EU-Staaten.

So wie sich BlackRock den deutschen Bundeskanzler Friedrich Merz kauft, kauft sich das Unternehmen auch in den anderen wichtigsten europäischen Staaten hochrangige Ex-Politiker und Ex-Banker als hoch bezahlte Lobbyisten, so etwa in Frankreich, England, der Schweiz. So ist der Kapitalorganisator auch größter Aktionär in England, Frankreich, Belgien, Luxemburg usw., übrigens auch in der Schweiz.

Welche Folgen hatte diese Wirtschaftspolitik für Deutschland?

BlackRock & Co. sind jeweils die größten Aktionäre in den größten Wohnungskonzernen in Deutschland, also bei Vonovia, Deutsche Wohnen und LEG. Sie bilden mit etwa 700 000 Wohnungen das europaweit größte private Wohnungsmonopol, das es je gegeben hat. Damit steigern BlackRock & Co. die Mieten und Nebenkosten.

Weder die Wohnungskonzerne noch die anderen DAX-Konzerne mit ihrem Aktionär BlackRock fragen die Bundesregierung um Erlaubnis, wenn sie Abteilungen verkaufen, ins Ausland verlagern und Arbeitsplätze vernichten. So organisieren BlackRock & Co. seit etwa einem Jahrzehnt die De-Industrialisierung Deutschlands und steigern damit ihre Gewinne.

Die Aktienkurse steigen, der DAX ist gerade in der „Wirtschaftskrise“ der letzten Jahre so hoch gestiegen wie nie, weit über 20 000. Die Volkswirtschaft wird geschrumpft, aber BlackRock & Co. haben eben keine Krise, sondern verdienen an der Schrumpfung.

Im Deutschen Bundestag war und ist BlackRock kein Thema. Übrigens hatte der grün lackierte Wirtschaftsminister Habeck die BlackRock-Managerin Elga Bartsch zur Leiterin der Grundsatzabteilung in seinem Ministerium gemacht, nachdem Merz bei BlackRock zurückgetreten war. Der Kapitalorganisator hat viele Freunde, auch die Grünen. Und beim jetzigen SPD-Vizekanzler und Finanzminister Lars Klingbeil haben BlackRock & Co. die große Freiheit. Ihr Handeln wird zusätzlich geschützt dadurch, daß Regierung, Parlament und Leitmedien nicht darüber sprechen. Auch bei der Finanzaufsicht und beim Kartellamt ist BlackRock kein Thema. Der Deutschland-Chef von

BlackRock, Dirk Schmitz, ist in der Öffentlichkeit völlig unbekannt.

Kanzler Merz zeichnet sich in der EU ganz besonders durch seine Unterstützung für den Krieg der Ukraine und seine Russophobie aus. Warum will BlackRock diesen aus Sicht der Ukraine und der NATO eigentlich schon verlorenen Krieg unbedingt fortsetzen?

BlackRock wurde mithilfe der US-Regierung von Joe Biden offizieller Koordinator für den „Wiederaufbau“ der Ukraine, vertraglich vereinbart mit der Selenskij-Regierung. BlackRock ist der größte Aktionär in den US-Rüstungskonzernen, bei Lockheed, Raytheon/RTX, Northrop, Boeing, General Dynamics usw., auch in den kriegswichtigen Energie- und Datenkonzernen: Je mehr durch den Krieg gewinnbringend zerstört wird, desto höher sind die Gewinne beim Wiederaufbau. So einfach ist das in der Logik von BlackRock und seiner mithilfe von Briefkastenfirmen unsichtbar gemachten superreichen Kunden. Unter Trump hat BlackRock die Funktion als Koordinator des „Wiederaufbaus“ der Ukraine beendet, der Zugriff läuft jetzt über die EU. Das erste Versuchskaninchen,

die Ukraine, das heißt der erste US-Stellvertreter-Krieger gegen Rußland, ist jetzt ausgelaugt. Nachdem mehrere hunderttausend ukrainische Soldaten unsichtbar auf dem Altar der „westlichen Werte“ geopfert wurden. Die US-Ersatz-Stellvertreter-Krieger sind auf Anordnung von US-Präsident Trump jetzt die europäischen NATO-Staaten, geführt von Merz, Macron und Starmer. Diese haben sofort die Forderung von Trump erfüllt: Die Militärbudgets auf fünf Prozent des Brutto-sozialprodukts erhöhen! Nun braucht BlackRock in Kiew nicht mehr in einem Büro neben der korrupten Selenskij-Regierung zu sitzen.

Denn BlackRock sitzt neben der Europäischen Kommission und ist Großaktionär in den wichtigsten Rüstungskonzernen in der EU, also vorneweg im größten europäischen Rüstungskonzern, bei BAE Systems in England, dort auch bei Rolls Royce, bei Rheinmetall in Deutschland, bei Leonardo in Italien, bei Airbus in Deutschland, Frankreich, Spanien und England. Von hier aus wird nun – unterstützt von den jeweiligen Regierungen – geliefert, und besonders von Merz in Deutschland.

Der von Politik und Medien geschürte Russenhaß gehörte schon vor Hitler und dann auch nach Hitler zum deutschen Kapital. Diesen Russenhaß betrieb der Gründungskanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, mit seiner CDU weiter und immer im Verbund mit dem zusätzlichen Antreiber CSU. Diese Russophobie wurde und wird durch die USA verstärkt. Zudem propagieren die deutschen Leitmedien von BILD bis FAZ und zusammen mit den staatlichen Zwangsmedien ARD, ZDF, DLF den Russenhaß. Da kann Merz aus dem Vollen schöpfen. Obendrein besteht bei Merz die Hoffnung, in der Rüstungsindustrie einen Ersatz für die abgeschrunpften deutschen Leitindustrien im Bereich Auto, Maschinenbau, Stahl zu finden. Und dafür braucht die Merz-Truppe einen Krieg, einen möglichst langen Krieg mit einer langen Vorbereitung.

Redaktionell gekürzt

**Dr. Werner Rügemer, Köln, ist Philosoph und Publizist.
Felicita Rabe ist freie Journalistin.**

Übernommen vom Deutschen Freidenkerverband, 6.8.2025

RF dokumentiert einen Text aus dem Buch „Nie wieder Krieg – Die Charta der Vereinten Nationen“, das Michael von der Schulenburg aus Anlaß des 80. Jahrestag des Inkrafttretens der Charta der Vereinten Nationen schrieb.

Ist ein wiedervereintes Deutschland erneut auf dem Kriegspfad?

Als sich im Jahre 1945 – also unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf dem europäischen Kontinent; in Asien dauerte er noch länger – die Delegierten der 50 alliierten Staaten trafen und sich auf die Charta der Vereinten Nationen zur Nachkriegsregelung einigten, war Deutschland noch ein Feindstaat. Es sollte dann auch bis 1972 dauern, bis die damals noch zwei deutschen Staaten in die Weltgemeinschaft der Vereinten Nationen (UN) aufgenommen wurden. Und es dauerte bis 1994, bis die unter anderem auf Deutschland bezogenen Feindstaatenklauseln in der Charta von der UN-Generalversammlung als „obsoleter“ (hinfällig) erklärt wurden. Diese Klauseln wurden jedoch nie aus der UN-Charta entfernt. Deutschland wird dadurch dauerhaft daran erinnert, daß seine Kriegsverbrechen einst Anlaß dafür waren, eine solche Charta zu schaffen. Die Präambel der Charta bezieht sich ausdrücklich auf die beiden Weltkriege und spricht davon, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal in unserem Leben unsagbares Leid über die Menschheit

gebracht hat. Hier sollten sich Deutsche besonders angesprochen fühlen, da viele ihrer Vorfahren für das unsagbare Leid, das in den einunddreißig Jahren der Kriege zwischen 1914 und 1945 verursacht wurde, eine schwere Verantwortung trugen. Es waren die Kriegserklärungen Deutschlands an Rußland am 1. August 1914 und zwei Tage später an Frankreich, mit denen ein lokaler Konflikt auf dem Balkan zum Ersten Weltkrieg eskalierte. Und es war die bedingungslose Kapitulation Nazi-Deutschlands am 8. Mai 1945, mit der der Zweite Weltkrieg in Europa beendet wurde. Die Rolle Deutschlands war damals vom Großmachtstreben und der Überzeugung geprägt, Kriege für sich entscheiden zu können. Die daraus resultierende Selbstüberschätzung führte bis hin zu einem mörderischen Rassenwahn, dem Millionen unschuldiger Zivilisten – Juden, Polen, Russen, Weißrussen, Ukrainer, Roma und andere als angeblich minderwertig angesehene Menschengruppen – zum Opfer fielen. Die UN-Charta sollte ein solches Inferno für alle Zukunft verhindern. Deutsche Regierungen – auch die

heutige – sollten sich daher dem Friedensgebot der UN Charta in besonderem Maße verpflichtet fühlen. Doch scheint dies nicht der Fall zu sein. Wenn man sich die Aussagen der aktuellen Bundesregierung anhört, bekommt man den Eindruck, daß sich Deutschland wieder einmal auf dem Kriegspfad befindet. Das Klima ist von einer wahren Kriegshysterie und einem Haß gegen Rußland erfüllt. Es entsteht erneut der Eindruck einer Erbfeindschaft. „Rußland wird immer unser Feind sein“, so der deutsche Außenminister, oder wenn der Bundeskanzler Putin den „schwersten Kriegsverbrecher unserer Zeit“ nennt. Hier soll keineswegs ein Vergleich mit dem NS-Regime gezogen werden – das heutige Deutschland ist ein völlig anderes. Und doch zeigen sich im Handeln der Bundesregierung so viele Parallelen zu den beiden Weltkriegen, daß man sich fragen muß, warum deutsche Politiker offenbar so wenig aus unserer Geschichte gelernt haben. Sind ihnen diese Parallelen nicht bewußt? Und sind sie wirklich überzeugt, daß es keine Alternative gibt, als auf einen Krieg mit Rußland zuzusteuern?

Beschleunigte Mobilmachung

Anfang Oktober beriet der Bundestag in erster Lesung den Entwurf für ein „Bundeswehr-Planungs- und Beschleunigungsgesetz“ (BwPBBG). Eckpunkte sind: Militärspezifische Aufträge können vergeben werden, „ohne daß (deren) Finanzierung gesichert ist“, zeitaufwendige öffentliche Vergabeverfahren treten hinter der Direktvergabe zurück, bei Ausschreibungen werden die Fristen zum Teil auf wenige Tage gekürzt, Aufträge werden nicht mehr kleinteilig, sondern im Paket vergeben (was vor allem die großen Rüstungskonzerne begeistern wird), Beschwerderechte der zivilen Vertragspartner (zum Beispiel Bau- oder Transportunternehmen) werden weitestgehend gekappt. Alles mit dem Ziel, das Katherina Reiche (CDU), Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, so zusammenfaßt: „Wir brauchen mehr Rüstungsgüter und wir brauchen sie schneller.“

Es geht auch um „Military Mobility“, die zügige und nahtlose Bewegung von militärischem Personal, Material und militärischen Mitteln innerhalb und außerhalb des NATO-Gebiets. Es ist nach 2020 und 2022 bereits das dritte Mal in fünf Jahren, daß die Bundesregierung ein Gesetz zur Beschleunigung von Aufträgen an die Rüstungsindustrie und zum Ausbau des Aufmarschkorridors Richtung Osten auf den Tisch legt. Damit sollen die letzten bürokratischen Hemmnisse zur Herstellung der Kriegsbereitschaft im Bereich der NATO-Logistik beseitigt werden.

Eingebettet ist das Papier in die auf EU-Ebene unlängst beschlossene Richtlinie „Weißbuch zur europäischen Verteidigungsbereitschaft“, in der von den EU-Mitgliedsländern „massive

Investitionen über einen längeren Zeitraum“ gefordert werden. Die EU hat zu diesem Zweck 800 Milliarden Euro freigestellt. Still und leise waren bereits zum 1. August einschlägige Verwaltungsvorschriften geändert worden. So können seit zwei Monaten, abweichend von der bisherigen Regelung in der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A), Direktaufträge mit einem Auftragswert von bis zu 1,19 Millionen Euro ohne Ausschreibung und Bieterwettbewerb freihändig an Rüstungskonzerne, Transport- und Materialwirtschaft vergeben werden.

Am 26. September hat der Bundesrat einhellig dem Entwurf zugestimmt und betont, „um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu stärken, bedarf es auch einer umfassenden Aktivierung rüstungswirtschaftlicher Potenziale in der Breite der Wirtschaft“. Zuvor zeigten sich auch die Führung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) angetan. In der Stellungnahme des DGB werden Aufrüstung und Kriegsinfrastruktur als Chance begriffen. Mit „konsumtiven Milliardeninvestitionen zur Stärkung der Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit“ würden „gute Arbeit und faire Löhne“ einhergehen.

Am 7.10. traf Kriegsminister Boris Pistorius (SPD) bereits die Vertreter der Länderbauministerien zur Auswertung der 38 Einzelprojekte, die seit dem Beschluß des letzten Bundeswehrvergabebeschleunigungsgesetzes im Jahr 2022 eingeleitet worden sind. Hierzu gehören unter anderem der Ausbau militärischer Unterbringungskapazitäten, die Erweiterung und Modernisierung von Ausbildungs- und

Übungsflächen oder der Bau von Lager-räumen für Waffensysteme und Munition. Der Chef des Immobilien-Giganten Vonovia, Rolf Buch, bekundete bereits sein Interesse als Betreiber neuer Soldatensiedlungen. Der Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) freut sich ob der neuen Bundeswehr „als Fahrschule der Nation“ auf Synergieeffekte zur Überbrückung des Mangels an Lkw-Fahrern. Angesichts des vom Planungsamt prognostizierten Bedarfs von 32.500 Militärtransportfahrzeugen bis 2027 und 59 000 bis zum Ende des Jahrzehnts keine unbegründete Hoffnung. Ein „Leuchtturmprojekt“ militärisch dominierter, aber eigentlich ziviler Logistik ist das Projekt „Regiolog Süd“ in Südbaden. Hier entsteht ein groß dimensioniertes Hochregallager in Modulbauweise nach dem „Dual Use-Prinzip“ (heute Butter, morgen Granaten). Nach dem Kooperationsvertrag profitiert der Lebensmittelgroßhandel in Friedenszeiten. Nach schneller Räumung wird das Lager frei für Munition, Raketen-teile und Artikel zur Verwundetenversorgung. Über 20 solcher Projekte sind bundesweit in Planung.

Der Finanzierungsbedarf des BwPBBG wird zum größten Teil aus dem durch das Sondervermögen erweiterten Militärhaushalt bezahlt. Die Informationen über die Umsetzung des BwPBBG werden in Zukunft nur noch spärlich fließen, denn „weitere Beschleunigungen (stehen) unter Beachtung des Geheimschutzes sowie des Schutzbedürfnisses der militärischen Anlagen“ – Geheimnisse im Vorkriegsstadium.

Dr. Ralf Hohmann

Redaktionell gekürzt

Aus: Unsere Zeit, DKP, 10.10.2025

Kriegstüchtige Landwirtschaft

Mit dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) will die Europäische Union (EU) eine grundlegende Neuausrichtung ihrer Ausgabenpolitik in Richtung Kriegsfähigkeit durchsetzen. Das läßt sich einer Reihe von Verordnungsentwürfen entnehmen, die den nationalen und regionalen Parlamenten im Rahmen der sogenannten Subsidiaritätskontrolle übermittelt wurden. Den deutschen Landtagen gingen zuletzt dreizehn solcher Dokumente zur Prüfung zu, die sich auf den Finanzplan 2028 bis 2035 beziehen. Ein zentraler Fokus liegt dabei auf der Agrarpolitik, dem traditionell größten Posten des EU-Etats. Die Mittel für klassische Fördermaßnahmen zugunsten landwirtschaftlicher Betriebe sollen demnach um rund 30 Prozent auf etwa 300 Milliarden Euro sinken.

Für Umwelt- und Artenschutzmaßnahmen, die Einkommenssicherung der Bauern und dergleichen soll es lediglich noch Mindestvorgaben geben. Auch die nicht zweckgebundenen Direktzahlungen an Betriebe will die Kommission zusammenstreichen.

Darüber hinaus sehen die Vorschläge vor, den Agrarsektor auf den Ernstfall zu orientieren. Vorgesehen ist, die Mitgliedstaaten zu verpflichten, Vorsorge- und Reaktionspläne zu erstellen, um die Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Krisen zu sichern. Ein EU-Mechanismus zur Krisenvorsorge und -reaktion, der Behörden und Akteure der Lebensmittelkette in Notsituationen koordiniert, soll eingerichtet, Informationen über Lagerbestände, Logistik und Schwachstellen sollen gebündelt werden.

Auch der Aufbau strategischer Reserven ist geplant. Ebenso ein „Solidaritätsmechanismus“, über den die Reserven unbürokratisch geteilt werden können, wenn das nötig wird. Die Neuausrichtung des EU-Haushalts betrifft weitere Bereiche. So sollen zahlreiche Budgets zu einem gesonderten „Europäischen Fonds“ zusammengepackt werden – aus dem im Bedarfsfall jederzeit Mittel zugunsten der Rüstungsindustrie zweckentfremdet werden können. Ausdrücklich vorgesehen ist, daß die Gelder, wenn notwendig, der „Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten der Union und der Sicherheit in allen Regionen“ zugeführt werden können.

Sebastian Edinger

Redaktionell gekürzt

Aus: junge Welt, 13.10.2025

„Wir sind nicht mehr im Frieden“

Der Nachrichtesender ntv. zitierte am 29. September Bundeskanzler Merz wie folgt: „Ich will's mal mit einem Satz sagen, der vielleicht auf den ersten Blick ein bißchen schockierend ist, aber ich mein ihn genau, wie ich ihn sage: Wir sind nicht im Krieg, aber wir sind auch nicht mehr im Frieden.“ Mit anderen Worten: Friedrich März steht an der Spitze derer, die eine zunehmende Kriegsgefahr durch den FEIND RUßLAND geradezu herbeibeschwören.

Das ist sehr gefährlich und verantwortungslos. Der Amtseid des Kanzlers verpflichtet ihn, seine „Kraft dem Wohle des deutschen Volkes (zu) widmen, seinen Nutzen (zu) mehren, Schaden von ihm (zu) wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes (zu) wahren und (zu) verteidigen, (seine) Pflichten gewissenhaft (zu) erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann (zu) üben ...“

Dem Wohle des deutschen Volkes dient die finanzielle und direkte militärische Unterstützung der Ukraine auf keinen Fall! Man

vergleiche nur die Summen der „Haushaltslöcher“ im sozialen Bereich – Stichwort Krankenversicherung und Pflege – mit den Milliardenbeträgen, die in die Ukraine fließen. Das Geld geht in ein Land, das bekanntermaßen zu den korruptesten Regimen der Welt gehört, dessen faschistischer Charakter mit einem „Nationalhelden“ Bandera keines weiteren Kommentars bedarf. Es ist pure Scharfmacherei, daß Rußland Deutschland oder andere NATO-Staaten bedrohen würde. Die in diesen Tagen verbreiteten Meldungen über Drohnenüberflüge militärischer und wirtschaftlicher Objekte der BRD, Dänemarks und Norwegens sind Ausdruck dieser Politik. Nichts Genaues weiß man nicht, aber sicher ist man: „Der Russe war's.“ So sagte die bekannte Militärspezialistin Ursula von der Leyen, es obliege den dänischen Behörden, die Herkunft der Drohnen zu klären. Insgesamt sei jedoch ein Muster von Luftraumverletzungen zu sehen, „und dieses Muster kommt aus Rußland“. Da hätte man doch gerne genauere Informationen.

Auch der schwedische Regierungschef Ulf Kristersson vermutete Rußland hinter den Vorfällen. Die Wahrscheinlichkeit sei „ziemlich hoch, daß Rußland eine Botschaft an Länder senden will, welche die Ukraine unterstützen“, sagte Kristersson am 29. September dem Sender TV4.

Noch eine Bemerkung zu den sogenannten hybriden Angriffen. Daß Geheimdienste aktiv sind, ist sicher keine Neuigkeit, es betrifft aber die Dienste aller Länder. Erinnert sei an das „Handy der Kanzlerin“: „Abhören unter Freunden geht gar nicht.“ Doch, es geht. Wer an dieser Praxis zweifelt, glaubt wahrscheinlich noch an den Klapperstorch. Der Bundeskanzler sei daran erinnert: Politik zum Wohle des deutschen Volkes muß in erster Linie auf die Erhaltung des Friedens ausgerichtet sein! Kriegsgeschrei, Ankurbelung der Rüstung und Einschnitte im sozialen Bereich sind das krasse Gegenteil. Versuchen wir im Schulterschuß mit allen Friedenskräften, diesen verhängnisvollen und brandgefährlichen Weg zu stoppen!

Oberst a.D. Friedemann Munkelt

Leipzig

Wir müssen friedentüchtig werden

Die Unfähigkeit, sich die Zerstörungskraft der Atomwaffen vorzustellen, diese „Fähigkeitslücke“ aller Aufrüstungsbefürworter, zeigt sich heute in besonderer Weise. War es vor wenigen Jahren noch eine ernsthafte Diskussion, ob das Zwei-Prozent-Ziel der NATO sinnvoll und notwendig sei, so sind heute die „Rüstungsexperten“ aller Couleur in Politik und Journalismus überzeugt, daß es unabdingbar ist, fünf Prozent des BIP auszugeben, um die „Fähigkeitslücken“ gegenüber Rußland zu schließen.

Bereits in der Vergangenheit fruchteten alle Hinweise darauf, daß die NATO im Vergleich zu Rußland das Zehnfache für „Verteidigung“ ausgibt, nichts.

Kaufkraftbereinigt sei es ja nur das Vierfache der Ausgaben Rußlands, beschwichtigten die Aufrüstungsbefürworter, und schließlich ginge es ja nicht um absolute Zahlen, sondern eben um das Schließen von Fähigkeitslücken.

Aber spätestens jetzt, nach der Bejahung des Fünf-Prozent-Ziels durch die führenden Politiker Deutschlands, von Friedrich Merz bis Alice Weidel, und alle Bundestagsparteien einschließlich der Linken – sie macht im Bundestag Lärm, stimmt aber im Bundesrat dem Aufrüstungspaket zu – ist die Grenze zum Wahnsinn endgültig überschritten.

Wer ernsthaft behauptet, man könne 250 Milliarden Euro, die Hälfte des Bundeshaushaltes, für Aufrüstung ausgeben, ist nicht mehr zurechnungsfähig. (...)

Das ganze Kriegstüchtigkeitsgelaber ist angesichts des atomaren Potentials der Russischen Föderation nur noch lächerlich. Als Gegenargument taugt auch der Kinder Glaube an den verlässlichen Atomschirm der USA nicht mehr. Kein US-Präsident, welcher Couleur auch immer, wird die Zerstörung New Yorks, San Franciscos oder Chicagos riskieren, um Europa zu retten. Daß Trump dieses Risiko eingehen würde, glauben wahrscheinlich nur noch Ursula von der Leyen und Kaja Kallas.

(...) Doch Sicherheit gibt es nur gemeinsam, und Sicherheit für Europa gibt es nur gemeinsam mit Rußland.

Wir müssen friedentüchtig werden und wieder in der Lage sein, ernsthafte Friedensverhandlungen zu führen. Das setzt voraus, auch die Sicherheitsinteressen der anderen Seite, in diesem Fall Rußlands, zu berücksichtigen. So wie die USA keine russischen Truppen und Raketen ohne Vorwarnzeiten an ihren Grenzen dulden würden, so wenig kann man erwarten, daß Rußland Truppen und Raketen aus NATO-Ländern an seinen Grenzen akzeptiert. Wer das, wie die europäischen Staatsmänner

Merz, Macron und Starmer, nicht begreift, wird den seit Jahren herbeigesehnten Frieden in der Ukraine nicht erreichen. Dabei hat der von den USA vom Zaun gebrochene Ukraine-Krieg nicht nur in der Ukraine selbst, sondern auch in ganz Europa bereits großen Schaden angerichtet, während in den USA noch keine einzige Fensterscheibe klirrte.

Uncle Sam reibt sich die Hände, macht Milliardenengeschäfte mit Rüstung, zerstört die europäische Gasleitung Nord Stream, um sein Fracking-Gas zu verkaufen, erhebt Zölle, erzwingt europäische Investitionen in den USA und hat sich den Zugriff auf die seltenen Erden der Ukraine gesichert. Nicht zu vergessen: Den Wiederaufbau des zerstörten Landes soll Europa finanzieren.

Im Atomzeitalter kann man nicht mehr in den Kategorien des Ersten Weltkrieges denken, militärisch nicht und schon gar nicht geostrategisch. (...)

Vernunft und Diplomatie sind im Atomzeitalter wirkungsvollere Waffen als Panzer und Raketen.

Oskar Lafontaine

Redaktionell gekürzt

Quelle: Weltwoche Nr. 33.25

Gedanken zur militärischen Abschreckungslogik

Die vom deutschen Exkanzler Scholz im Zusammenhang mit dem Eingreifen Rußlands in den Ukraine-Konflikt im Februar 2022 deklarierte „Zeitenwende“ wurde von der bewaffneten Antwort auf eine mehrjährige, sich steigernde Beschießung des ukrainischen Ostens durch das 2014 an die Macht geputschte Maidan-Regime in Kiew hergeleitet. Für die Bundesrepublik war mit der Begrifflichkeit der „Zeitenwende“ der Auftakt für eine fundamentale Veränderung in Richtung Mi-

bildete die gegenüber dem nunmehr kapitalistischen Rußland wortbrüchige Osterweiterung der NATO seit 1999. Im Zuge ihrer Einkreisungsstrategie und des frühzeitig im Aufbau befindlichen Raketen-Kernwaffenpotentials der USA in Polen und Rumänien (vorgeblich gegen das „Mullah-Regime im Iran“ gerichtet) wurden die Sicherheitsinteressen Moskaus rundweg ignoriert. Die zwischen Rußland und den USA im Spätherbst 2021 gescheiterten Verhandlungen, in denen

die der Bedrohungslage der USA in der Kuba-Krise von 1962 ähnelte. Mit dem NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens 2024/25 wurde die Ostsee praktisch zu einem Binnenmeer des westlichen Bündnisses, was die russischen Wahrnehmungen einer militärstrategischen Einkreisung nachvollziehbar unterstreicht. In dieser sich weiterhin zuspitzenden Konfrontation zwischen der NATO und Rußland sowie die damit in Frage gestellten Sicherheitsinteressen veranlaßt nunmehr beide Seiten, sich jeweils auf die gesteigerte Notwendigkeit einer Abschreckung des potentiellen militärischen Gegners zu berufen.



Aufrüstung statt aktiver Friedenspolitik (Foto: reuters)

litarisierung aller ihrer Sphären gegeben worden. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist mit dieser politischen Zäsur eine bisher nie gekannte Hetze der Rus-sophobie und massenmedial geschürter Kriegsangst entfesselt worden. Die wirkliche Zeitenwende war allerdings mit Ende der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten Osteuropas bereits 1989 bis 1991 eingetreten. Die danach zunächst aufkommenden Hoffnungen auf einen gesicherten Frieden (z. B. Pariser Deklaration über die Beendigung des Kalten Krieges 1991) innerhalb eines nunmehr nicht mehr vom sozialistischen Staatensystem herausgeforderten „westlich-freiheitlichen“ Kapitalismus erwies sich im Sinne der Lenin-schen Imperialismus-Theorie als blutiger Irrtum. Erinnert sei an die Kriege 1999 gegen Jugoslawien, 2003 gegen den Irak, 2008 gegen Abchasien und Südossetien, gegen Libyen 2011 sowie die vom Westen – vor allem von den USA – inspirierten und finanzierten Staatsstrieche in Georgien und in der Ukraine 2014. Den allgemeinen weltpolitischen Rahmen hierfür

die Berücksichtigung der russischen Bedrohungsempfindungen von Seiten der NATO auf taube Ohren gestoßen waren, und die zugleich bereits damals enormen Waffenlieferungen des Westens an die Ukraine, führten beiderseits zur Berufung auf die Bedrohung der jeweils eigenen nationalen Sicherheitserfordernisse: Vor allem in der Ukraine, den baltischen Staaten, Polen, Rumänien und Bulgarien durch Rußland auf Grund seiner wieder erstarkten internationalen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt auch militärischen Positionen. Auf russischer Seite wuchs die Beunruhigung über die Aufrüstung der Ukraine, die haßvoll gesteigerte Unterdrückung von russischer Kultur und Sprache sowie die in der Verfassung beabsichtigte NATO-Mitgliedschaft. Letzteres würde eine Stationierung von kernwaffenfähigen Raketen zusätzlich zu den bereits in Polen und Rumänien vorhandenen Systemen mit einer denkbaren Flugzeit von 6 bis 10 Minuten bis Moskau nicht mehr ausschließen. Im Umkehrschluß wäre dies aus Sicht Moskaus eine Situation,

Abschreckung mit geschichtlichem Pro und Kontra

Ganz allgemein kann man konstatieren, daß die Logik der Abschreckung, geschichtlich betrachtet, seit den urgemeinschaftlichen Stammesstrukturen bis hin zu den heutzutage jeweils verschiedensten Varianten staatlicher Machtausübung funktioniert hat. Ob die Stammesrivalität um die besten Jagdgründe oder der seit Jahrtausenden geführte Kampf um Territorien und Grenzen herrschaftlicher Macht – stets war hierfür die Anwendung von Gewalt erforderlich. Entweder willkürlicher Art oder durch unterschiedlichste Strafgesetzbildungen – zumeist in beiden Formen nebeneinander – aber niemals ohne die hierfür auch erforderliche repressive bewaffnete Gewalt (Polizei, innenpolitische Streitkräfte in Gestalt von Nationalgarden, Geheimdiensten). Auch der individuelle Anspruch auf Schutz vor Gewalt scheint „menschlich naheliegend“ – wie beispielsweise in den USA – durch das vermeintliche Recht auf Waffenbesitz gewährleistet zu sein. In gleicher Weise spielte bisher die Logik der Abschreckung in den internationalen Beziehungen bei den unausbleiblichen Interessenkonflikten der Staaten (und heute zunehmend auch in diskretem Auftrag weltumspannender finanzwirtschaftlicher und mafiöser Kooperationsverbände) die dominierende Rolle bei der Legitimierung der Aufrüstung von Streitkräften mit alten und neuen Waffengattungen. Damit war zumeist die Tendenz zur Militarisierung der jeweiligen Gesellschaften verbunden. Die Abschreckungslogik hat für die Zwecke einer militärisch-aggressiven Außenpolitik bislang in aller Regel zur Rechtfertigung gegenüber den zu Opfern aufgerufenen Volksmassen stets funktioniert. Aber auch für die gesellschaftliche Mobilisierung einer tatsächlichen Verteidigung bedrohter staatlicher Souveränität gegenüber einem (zunächst potentiellen und schließlich tatsächlichen) Aggressor

war sie ausschlaggebend, wie im Fall des Zweiten Weltkriegs für den Sieg der Sowjetunion und der Anti-Hitlerkoalition.

Hochkonjunktur für Abschreckungspropaganda

Die „Abschreckung“ erfährt als legitimierender Begriff aus dem Militärwesen in Politik und medialer Propaganda eine nie gekannte Konjunktur. Sie steht für eine vermeintliche Bedrohung des kollektiven Westens – vor allem in Gestalt von NATO und EU – durch Rußland und China, die eine Hochrüstung, Militarisierung und verstärkte Überwachung sowie soziale Opfer der Zivilgesellschaft gleichsam für ein Überleben erforderlich macht. Sie verschleierte einseitig, daß der globale Allmachtsanspruch der USA (trotz eines weltweiten Netzes von fast 800 Militärbasen) und mit ihnen der G-7-Staaten erodiert, nicht zuletzt, weil das westlich-amerikanische Sicherheitskonzept auf der Basis überlegener Waffentechnik und -masse („security by superiority“) nicht mehr trägt. Die russophobe, an die Nazizeit erinnernde Haßpropaganda gegenüber Moskau mit der Behauptung, daß Rußland 2029/30 die NATO oder einen einzelnen Bündnisstaat überfallen könnte, wird anhand des Kriegsgeschehens in der Ukraine und mit

einer Dämonisierung von Präsident Putin festgemacht. Die für die Rüstungsindustrie höchst profitable politische Lage (zwanzigfach gestiegener Aktienkurswert bei Rheinmetall) ist nicht wegen eines jetzt schon beinahe beschworenen Einmarsches der Russen in Berlin im Fall ausbleibender deutscher Aufrüstung so gefährlich. Die Gefahr eines Kriegsausbruchs (zur Zeit noch eher ungewollt durch Fehlinterpretation der generischen Absichten als gewollt) steigt wegen der Haltung von NATO und EU, Rußland jeglichen Anspruch eigener Sicherheitsinteressen ignorant absprechen zu können. Allein auf Grund seiner historischen Erfahrungen mit dem Westen – seien es die Napoleonischen Kriege in den Anfängen des 19. Jahrhunderts, der 1. Weltkrieg und die in seinem Gefolge abgewehrte 14-Staaten-Intervention von 1918 bis 1922 gegen die Oktoberrevolution oder der Überfall Nazi-Deutschlands 1941 mit dem zögerlichen Auf-Zeit-Spiel des Westens zur Eröffnung der zweiten Front – wird ganz offensichtlich das sicherheitspolitische Denken auf Seiten Rußlands für die heutigen militärischen Herausforderungen geprägt.

Grenzen militärischer Logik

Die auf den Ergebnissen der KSZE von Helsinki 1975 fußenden Prinzipien der

Olof-Palme-Kommission für internationale Sicherheit (1982) besagen in aller Eindeutigkeit, daß Sicherheit nicht einseitig, sondern nur gemeinsam unter Einschuß der jeweiligen potentiellen militärischen Gegner durch entsprechende, zweifellos Geduld erfordernde, Verhandlungen zu erzielen ist.

Es ist höchste Zeit, sich von der Logik der Abschreckung schleunigst zu verabschieden und die Wege zu diplomatischen Kontakten und Verhandlungen trotz unverkennbarer großer politisch-ideologischer (und auch mancher persönlich-psychologischer) Hindernisse im Sinne gemeinsamer Sicherheit zu erschließen. So wie die Erkenntnis der Endlichkeit unserer ökologischen Ressourcen und der sich vollziehende Klimawandel unseres Planeten durch die bisherige menschliche Wirtschaftstätigkeit, hat nunmehr auch die Abschreckungslogik ihre Grenzen erreicht. Ein Krieg zwischen den Großmächten unter Ausschöpfung der vorhandenen Massenvernichtungsmittel kennt keine Sieger mehr, weil das zu verteidigende oder zu erobernde Gut weder menschenwürdig noch rational zu nutzen sein wird.

Prof. Dr. Gregor Putensen

Greifswald

Redaktionell gekürzt

DGB-Jugend positioniert sich gegen Militarisierung und Zwangsdienste Nein zur Wehrpflicht!

Der Widerstand gegen die neue Wehrpflicht nimmt Fahrt auf. Neben Jugendverbänden wie der SDAJ und Schülervertretungen gibt es vermehrt Stimmen aus den Gewerkschaften gegen den neuen Kriegsdienst. Am 15. September faßte der DGB-Bundesjugendausschuß einen Beschluß unter dem Titel „Wehrpflicht und andere Pflichtdienste verhindern!“

RF dokumentiert einen Auszug.

Die DGB-Jugend bleibt antimilitaristisch. Wir setzen uns gegen jede Militarisierung unserer Gesellschaft ein. Unser Handeln steht im Geiste der Friedensbewegung unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“

Krieg und die Vorstellung davon dürfen nicht normalisiert werden. Frieden ist und bleibt das Ziel gewerkschaftlicher Politik und muß das Ziel des Staates sein.

Unsere Haltung bleibt klar: Die DGB-Jugend lehnt eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und des Zivildienstes und die Einführung anderer Pflichtdienste für junge Menschen ab. Bestehende rechtliche Möglichkeiten zum Pflichtdienst oder zur Arbeitspflicht müssen abgeschafft werden. Jede Form der Wehrrfassung lehnen wir ebenfalls ab. Es besteht die reale

Gefahr, daß verpflichtende Ersatzdienste zur Umgehung struktureller Probleme im Sozial- und Pflegebereich genutzt werden. Das unterwandert bestehendes Fachpersonal und darf nicht für die Beschaffung billiger Arbeitskräfte mißbraucht werden. (...) Die DGB-Jugend positioniert sich strikt gegen die Präsenz von Bundeswehr und Militär an Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen. Wir lehnen den Einsatz von Jugendoffizierinnen und allgemein alle Werbeversuche für die Bundeswehr an Schulen strikt ab. (...)

Auch ein freiwilliger Wehrdienst belastet insbesondere junge Menschen aus Haushalten mit geringem Einkommen. Für sie scheint der Dienst eine attraktive Alternative zu einer Ausbildung zu sein, die sie sich finanziell nicht leisten können.

Doch ohne abgeschlossene Berufsausbildung steigt das Risiko, später in prekäre Beschäftigung zu geraten. So verstärkt selbst ein freiwilliger Dienst soziale Ungleichheit.

(...) Anlässlich des vorgelegten „Wehrdienst-Modernisierungsgesetzes“ stellt die DGB-Jugend darüber klar: Das Gesetz sieht die Möglichkeit vor, mit Beschluß der Bundesregierung und Zustimmung des Bundestags die Wehrpflicht wieder in Kraft zu setzen. Die Möglichkeit für solch einen weitreichenden Eingriff in die Grundrechte junger Männer darf es nicht geben!

(...)

Aus: Unsere Zeit (UZ), DKP, 3.10.2025

Kann das Monster „Ukraine-Konflikt“ deeskaliert werden?

Zur Lage an den Fronten (Oktober 2025)

Die strategische Initiative in der Sonderoperation (SO) befindet sich derzeit vollständig bei den russischen Streitkräften (SK RF), welche allein in diesem Jahr über 5000 km² mit 212 Ortschaften unter ihre Kontrolle gebracht haben.

Die SK der RF setzen ihre neuen und modernisierten Waffen (z.B. Kampfdrohnen, die selbständig andere Drohnen bekämpfen können, Vermunungsautomaten, ballistische -und Hyperschallraketen, die die ukrainische Luftverteidigung überlasten, überwinden und ausschalten können) gezielter und präziser ein. Sie zwingen die gegnerischen Truppen, deren eigene und verbündete Führungskräfte neuerdings unter ständigem Vernichtungsdruck handeln müssen, mit neuen Taktiken und Kampfmethoden immer mehr Ortschaften und deren Bevölkerungen zu evakuieren sowie ihre Stellungen oftmals fluchtartig zu verlassen oder aufzugeben und sich in Gefangenschaft zu begeben. So besonders an der Nordfront geschehen.

Dennoch werden die ausgedünnten und ausgelaugten ukrainischen Truppen, deren immer größer werdende Löcher in den Verteidigungsabschnitten durch Einheiten aus nicht so stark belasteten Frontabschnitten ständig notgestopft werden, gezwungen, die Front trotz weiterer großer Verluste zu stabilisieren, um so den Vormarsch der russischen Streitkräfte zu verlangsamen. Die zunehmende Anzahl der Durchbrüche der RF-SK, die Zerbröselung der vielen festungsartigen Verteidigungsanlagen und die militärische Auflösung der Halb- und Vollkessel, die über die ganze Front verteilt sind, durch russische Vakuum- und Gleitbomben sowie Artillerie zeigen an, daß keines der Ziele der Ukraine und der NATO bisher erfüllt werden konnte. Das ist eine Situation, die wegen der vielen Zwangsgezoenen, Kriegsunwilligen und Kriegsmüden und trotz der westlichen Waffenberge von den neuerdings auch noch im Dunkeln sitzenden Ukrainern nicht mehr lange durchgehalten und ertragen werden kann. Die Verlustzahlen der Ukraine sollen sich lt. S. Ritter auf 1,7 Millionen totale Verluste plus Verwundete und Gefangene erhöht haben, was trotz der ungeheuren Waffenlieferungen des Westens zur Schwächung der Kampffähigkeit der ukrainischen SK führt. Der personelle Mangel soll durch die neu eingezogenen 18-Jährigen und zwangsmobilisierte Ukrainer, durch versöldnerte NATO-Soldaten und Söldner aus

der ganzen Welt ausgeglichen werden, was aber nicht annähernd gelingt. Die Wirkung der neuen russischen Waffen und der erfahrenen SK der RF auf dem Gefechtsfeld führt sogar zu einer Rückläufigkeit dieses Prozesses.

In Anbetracht der Bedrohung der RF durch die Ukraine und die NATO, wobei letztere derzeit immer noch über größere Streitkräfte in der Ukraine verfügen (850 000 bis 900 000 gegenüber 700 000 bis 750 000 RF-SK) sowie relativ großer russischer Verluste, weil sich die RF über längere Zeit im Angriffsmodus befindet, sieht sich Rußland gezwungen, in diesem Herbst eine umfangreiche Mobilisierung (bis zu 2 Mio.) durchzuführen. Damit soll erreicht werden, daß sich die Angriffsgeschwindigkeit der RF-SK vergrößert und daß das Land auf einen möglichen Angriff durch die NATO vorbereitet ist.

Welche konkreten Fakten gibt es für die katastrophale Situation in der Ukraine Anfang Oktober?

- Die am 1.10.25 in Dnipro erstmals angewandte Plasma-Waffe des Typs EMP (elektromagnetische Impuls-Zacharow-Bombe) setzte mit einem Schlag die gesamte Stromversorgung der Stadt außer Kraft, ohne daß dazu eine Bombe gefallen war oder daß Menschenleben in Gefahr gebracht worden waren. Derzeit wird diese Waffe auch in anderen Großstädten eingesetzt, so daß die ukrainische Bevölkerung bald im Dunkeln leben muß und auch große Teile der Streitkräfte und des MIK nur noch eingeschränkt handeln können. Die Ukraine und die Westlichen sind nicht in der Lage, zeitnah etwas dagegen zu setzen.
- In Tschassow Jar ist vornehmlich durch den Einsatz von Hyperschall-Raketen des Typs „Kinshal“ ein verbunkertes Führungszentrum der Ukraine und der NATO mit hunderten ukrainischen und verbündeten Führungskräften und Spezialisten in wenigen Sekunden ausgelöscht worden, ohne daß die westlichen Komplexe der LV reagiert haben.
- Solche Ereignisse hat es im Herbst 2025 mehrfach gegeben, was darauf hinweist, daß die Ukraine und die NATO plötzlich nicht mehr in der Lage sind, ihre wichtigsten Objekte mit den „besten Mitteln der LV der Welt“ zu schützen. Rußland verfügt neuerdings über Fähigkeiten, die dem Westen im Luftraum die Reaktionsmöglichkeiten nimmt und ist dabei, die militärische Führung der uk.-SK und der

NATO auf ukrainischem Territorium zu enthaupen, d. h. handlungsunfähig zu machen.

- Kinshal-Raketen u. a. Flugkörper der RF waren es auch, die im Hafen von Tschernomorsk (bei Odessa) die Anlege-Piers und die Lagerhallen für westliche Waffen und andere Hafeninfrastruktur mit mehreren Schlägen und wieder ohne vernichtende Gegenwirkung der LV (Patriot) zerstörten. Danach sollen die Briten und die Franzosen Odessa aufgeben haben.
- Als katastrophal muß man auch die Situation an den umkämpften Frontschwerpunkten bezeichnen:

Die ukr.-SK in Pokrowsk sind voll eingekreist und von ihren Nachschublinien abgeschnitten.

Die Angriffsgruppierung, die den Kursk-Angriff in Richtung Belgorod wiederholen sollte, wurde vollständig aufgerieben, was zu Evakuierungen großen Maßstabs (über 40 Orte) wurde.

Hunderten ukrainischer Soldaten und Söldner bei Cherson blieb nur die Möglichkeit, ihr Leben durch den Weg in die Gefangenschaft zu retten.

Die westlichen Waffenlieferungen wurden bereits und werden weiterhin an den Grenzen der Ukraine zu 40 % bis 60 % dezimiert. Ihre weitere Zerstörung findet vor deren Truppeneinsatz in den Lagern und Abschußstellungen statt.

Der begonnene Einsatz von Vakuum-Bomben und EMP-Waffen sowie die verstärkte Anwendung von Hyperschall- und anderen effektiven Flugkörpern der RF zerstörten oder setzen wertvolle Ziele in der gesamten Ukraine außer Funktion und erzeugten ernste Zweifel an der Führung des Landes, der Armee und an den immer verantwortungsloseren Verbündeten.

Der in der Ukraine stattfindende fürchterliche Abnutzungskrieg, welcher der RF größere Vorteile als der Ukraine bringt, hat dank Anwendung von neuesten und stark modernisierten Waffensystemen, die auf bisher unbekannten futuristischen Technologien (tungistische Technologien) beruhen, auf dem ukrainischen Territorium durch Rußland ein so hohes technologisches Niveau erreicht, daß die ukrainischen Streitkräfte trotz aller politischer, ökonomischer, finanzieller und militärischer Hilfe des gesamten kollektiven Westens nicht mehr in der Lage sind, ihre eigenen Führungsstrukturen und Truppen und auch die der Verbündeten auf

dem Gefechtsfeld zu schützen. Die Folge ist, daß die USA, Frankreich, Deutschland und Großbritannien damit beginnen, ihre Generäle, Offiziere und Spezialisten unter fadenscheinigen Gründen aus der Ukraine abziehen. Auch die Ukraine hat damit begonnen, politische und militärische Führungsstrukturen, aber auch kritische Produktionen ins grenznahe Ausland zu verlegen und neue Übergabepunkte für westliche Waffen zu finden. Die Ukraine soll auch bereits nicht mehr aus Kiew regiert werden.

Zu all diesen erschreckenden und niederlagenträchtigen Fakten, die sich derzeit in der Ukraine ereignen, und die die Frage nach der militärtechnischen Überlegenheit der Seiten eindeutig beantwortet, schweigen die sonst so propagandaeifrigen westlichen Partner. Haben sie die Gefahren, die sich bei der Fortsetzung ihrer derzeitigen Kriegspolitik für ihre Sicherheit ergeben, nicht erkannt oder wollen sie diese nicht sehen (Polen und Baltikum)?

US-Präsident Trump hat im Gespräch mit Putin erklärt, daß er die Gefahren, die sich in der Ukraine auftun, erkennt und deshalb die Lieferung von weitreichenden Angriffsraketen in das Konfliktgebiet verweigert. Es wird nicht nur aus Eigeninteresse gewesen sein, er scheint auch begriffen zu haben, daß die Abgabe von Tomahawk-Raketen an die Ukraine den Konflikt nur verlängern und blutiger machen würde und daß die USA und er als Präsident die Kontrolle über den von ihnen selbst initiierten Krieg verlieren könnten. Es scheint ihm aber auch um die Einbindung und Kontrolle des erstarkenden Rußlands zu gehen, da die USA darauf fixiert sind, sich auf eine militärische Auseinandersetzung mit China vorzubereiten.

Erläuterung:

Da es bisher nicht gelungen ist, sich im Ukraine-Konflikt mit den USA und der Ukraine auf etwas Konkretes zu einigen, müßten zwar die Kämpfe in Ermangelung von Alternativen weitergeführt werden (Peskow), aber gleichzeitig war die RF, und ist es auch bis heute, offen für ernsthafte Verhandlungen, die aber bis zum Telefonat zwischen den Präsidenten Trump und Putin durch die Lieferdrohung von weitreichenden US-amerikanischen „Tomahawk“, deutsch-schwedischen Flügelraketen „Taurus“ und anderer weitreichender Raketen an die Ukraine in den Hintergrund gerückt wurden.

Warum wollten die USA überhaupt die Ukraine mit weitreichenden Raketen ausrüsten? War es nur eine Drohung mit dem Ziel der Erpressung Rußlands oder hat es handfeste Hintergründe?

Es ist davon auszugehen, daß es besonders den USA um handfeste Wirtschaftsinteressen,

d.h. die Beherrschung des Energie- und Rohstoffmarkts in der Welt geht.

Nach dem erfolglosen Hinüberziehversuchen Rußlands durch die USA in Alaska und nach den gescheiterten Einschüchterungsversuchen gegenüber Moskaus Handelspartnern China und Indien, hatte man nun vor, den Konkurrenten Rußland auf dem Energie- und Rohstoffmarkt ernsthaft zu schwächen. Die Zerstörung der russischen Energie-Infrastruktur wollte die Ukraine auf Geheiß der USA mit den dazu vorgesehenen weitreichenden Tomahawk- und Taurus-Raketen, Storm Shadows und Skalps, aber auch mit eigenen Entwicklungen vollziehen.

Dazu erklärte der russische Experte Boris Dscherelijewski: „Auch schon ohne ‚Tomahawk‘-Raketen wurden die Einrichtungen der Energieinfrastruktur Rußlands – von Ölraffinerien bis hin zu Kraft- und Umspannwerken – zu vorrangigen Zielen von ukrainischen Langstrecken-Raketen und Drohnen.“

Obwohl die Gegenmaßnahmen der russischen Streitkräfte schlagkräftiger und effektiver sind, scheint die Ukraine davon nicht sonderlich beunruhigt zu sein, denn alle strategischen Ressourcen des Kiewer Regimes und seiner Streitkräfte kommen aus dem Ausland, wo sie für die RF-SK nicht erreichbar sind.“

Dieser von Selenskyj und seinen Geheimdiensten begonnene Infrastrukturkrieg führte aufgrund der Angriffe der RF zur Erhöhung des Gasverbrauchs in der Ukraine, was enorme Finanzierungsprobleme zur Folge hat. Die damit verbundene drastische Preiserhöhung könnte zu bedrohlichen Unruhen für das Regime führen.

Die Angriffe auf russische Energieanlagen in den Gebieten Belgorod und Brjansk sowie auf das Kernkraftwerk Nowoworonesch gelten als Test für die Umsetzung dieser westlich-ukrainischen „Strategie“ in den zentralen Gebieten Rußlands.

Kiew setzte seine Hoffnungen vor allem auf die Tomahawk-Marschflugkörper, die wohl, entsprechend den typischen US-amerikanischen Verhaltensweisen, schon vor einer offiziellen Entscheidung in geringer Anzahl in der Ukraine waren.

Obwohl diese Waffen nur mit US-Personal und -Unterstützung eingesetzt werden können und von den Europäern zu bezahlen sind, wollen die USA die EU-Europäer für die dadurch entstehende Eskalation des Konflikts verantwortlich machen.

Die Tomahawks sind keine perfekten Waffen. Sie besitzen neben ihren bedeutenden Vernichtungseigenschaften auch eine große Radarsichtbarkeit, sind relativ langsam und anfällig gegen moderne funkelektronische Kampfmittel, was die russischen Spezialisten bei der erfolgreichen Bekämpfung dieser Waffen bereits in Syrien berücksichtigten.

Die Tomahawk-Systeme und ähnliche können nur mit einem mehrstufigen

Luftverteidigungssystem, über welches die RF verfügt, effektiv und ökonomisch bekämpft werden.

Könnten diese Raketen der RF Schaden zufügen? Darauf antwortete Putin: „Ja, denn wir sind nun mal das größte Land der Erde. Genau aus diesem Grund müßte bei der Lieferung von Tomahawk-Raketen an die Ukraine eine ausreichend harte asymmetrische Reaktion seitens Rußlands erfolgen, die dem Weißen Haus so weh tut, daß es von weiteren Experimenten mit dem Überschreiten ‚roter Linien‘ Abstand nimmt.“ Es kann angenommen werden, daß dieses Szenarium auch Gegenstand des Telefonats Trumps mit Putin am 16.10.25 gewesen ist. Kiew beabsichtigte, auch ohne Tomahawks, d.h. mit eigenen Raketen oder weitreichenden Drohnen, die Objekte der russischen Energie- und Treibstoff-Industrie weiter anzugreifen, mußte aber feststellen, daß die Raketen aus Sowjetzeiten weitgehend verbraucht sind und daß die Fabriken der „Capcan“-Raketen, aber auch die Entwicklungs- und Produktionsstätten der zukünftigen weitreichenden (3000 km) „Flamingo“-Raketen, auf die auch der die Entwicklung unterstützende Westen setzte, zerstört wurden. Dazu kommt noch, daß leistungsfähigere Radaranlagen der RF die Erfüllung der Ziele der Ukraine im russischen Hinterland immer unmöglicher machen würden.

Die für die große Angriffstiefe benötigten Verteidigungssysteme der RF werden nicht ausreichen, um die gesamte Bevölkerung und alle wichtigen Objekte des Landes zu schützen. Es ist notwendig, betriebliche und regionale Luftschutzmittel und -einheiten aufzubauen, was schwierig und aufwendig ist, aber lagebedingt so schnell wie möglich getan werden muß. Es gilt dabei, die bereits existierenden Erfahrungen zu nutzen. (*Homepage der Zeitung „Wsgljad“, 13.10.25*)

Ergänzung:

Die *Financial Times* tat kund, daß die USA in der Lage sein könnten, 20 bis 50 Tomahawk-Langstreckenraketen und eine neu entwickelte Abschußplattform (für Bodenstart) an die Ukraine zu übergeben. Offizielle US-Stellen und auch der Militärexperte D. McDonald verlautbarten, daß diese geringe Zahl der Raketen die Kampfhandlungen kaum beeinflussen könnte.

Das ist, so Putins Sprecher Peskow, für die RF so nicht hinnehmbar.

Da die Tomahawks atomar oder auch konventionell bestückt werden können, was man im Anflug nicht nachprüfen kann, könnten sie einen Atomkrieg auslösen.

Sie könnten aber auch strategische Ziele in Rußland (von denen es in der RF nach westlichen Angaben 2000 geben soll) treffen und damit die Existenz des Landes bedrohen, denn in dem riesigen Land können

noch nicht einmal alle wichtigen Einrichtungen geschützt werden.

Antworten der RF auf die eventuell gelieferten Tomahawks und auf den Einsatz westlicher Waffen gegen die RF

- Die kosmische Aufklärung der RF stellte fest, daß auf der größten NATO-Basis vor der Grenze zur Ukraine in Rzeszow (Polen) ungewöhnlich viele Militärtransporter neue Waffen anlieferten, worunter auch Tomahawk-Raketen- und Komponenten ausgemacht werden konnten. Entsprechend der neuen Strategie der RF, den vielen Warnungen an den Westen gegen solche Lieferungen nun unangekündigte Taten folgen zu lassen, führten die SK der RF am 3.10.25 überraschende Luftschläge mit modernisierten Gerandrohnen zur Niederhaltung der dortigen Luftverteidigung sowie mit Iskander- und Hyperschall-Kinshal-Raketen zur totalen Zerstörung der Tomahawk-Raketen durch. Die RF begründete diesen Schlag mit der direkten Bedrohung der Sicherheit ihres Landes. Das Baltikum und Polen forderten die Anwendung des § V der NATO. Passiert ist aber bisher nichts. Offensichtlich wurden hier der Hauptverantwortliche für die Eskalation des Konflikts und seine Helfershelfer auf frischer Tat bestraft.
- Wie vermutet, befand sich, trotz aller Diskussionen, bereits Anfang Oktober eine geringe Anzahl an Tomahawks auf dem Transportweg oder auch schon in der Ukraine. Und um sofort einen propagandistisch auswertbaren Erfolg zu haben, wurden die ersten Exemplare gegen Energieobjekte auf der Krim eingesetzt. Der Luft-Kosmischen Verteidigung (LKV) der RF gelang es dabei, alle Tomahawk-Raketen abzuschießen oder elektronisch abzulenken. Dabei soll es nur bei einem Energie-Objekt zu reparablen Schäden gekommen sein. Die USA und die Ukraine haben ihre Fehleinschätzung der Leistungsfähigkeit der russischen Luft-Kosmischen Verteidigung und über die

Wirksamkeit bei diesem Waffensystem prompt bestätigt bekommen.

- Auch die weitreichenden Taurus-Raketen (500 bis 700 km), die geheim in die Ukraine (auf Weisung des Kanzlers Merz) geliefert wurden, konnten vor ihrem Einsatz bei Lwow und bei Tschugujew (Charkow), einschließlich ihrer Logistik mit der Hyperschall-Rakete „Kinshal“, zerstört werden. Hierbei wurde klar, daß Deutschland durch diese Lieferung zum aktiven Teilnehmer am Ukraine-Konflikt geworden ist, womit ernste Konsequenzen zu erwarten sind.
- Bei diesen Luftschlägen kam es auch zur Vernichtung von einigen der hochgelobten US-LV-Komplexe „Patriot“. Überhaupt hat sich die Abschußquote der Patriots von 42 % im Vorjahr auf 6 % im Herbst dieses Jahres verringert. Die RF konnte sogar wesentliche Komponenten des Patriots erobern und ist dabei, diesen ihre Geheimnisse zu entreißen. Ähnliches erfuhr die britische Storm-Shadow-Rakete und das sogar öffentlich. Abrams- und Leopard-Panzern u. a. westlichen Waffensystemen erging es genauso. Der Verlust der angedichteten Überlegenheit ist noch das Geringste, was man dazu feststellen kann.
- Bei seinem Besuch in Tadschikistan äußerte sich Putin u. a. zu den Tomahawk-Raketen für die Ukraine und zu Rußlands neuen Waffen. Sollten die USA Tomahawk-Raketen an die Ukraine liefern, so Putin, würde das zur Eskalation des Ukraine-Konflikts und zu einer höheren Bedrohungsstufe führen, auf die die RF antworten muß und wird. Dazu hat Rußland technologisch neue Waffensysteme entwickelt, deren Möglichkeiten größer sind als die eines jeden Atomwaffenstaats der Welt. (Es soll sich dabei um die bereits erfolgreich erprobte Burja-M-Rakete handeln, die eine Geschwindigkeit von 20 Mach entwickelt, unsichtbar ist und ihre Flugbahn nach Gefahrenlage selbst verändern kann, mehrere unabhängige

Ziele suchende Gefechtsköpfe besitzt und die derzeit nicht abgefangen werden kann, d.A.) Die Zweitschlagfähigkeit der RF wird dadurch neu definiert. Jeder Punkt der Erde kann in wenigen Minuten entscheidend getroffen werden, wodurch die Abschreckung des Westens in Frage gestellt wird.

- Putin führte weiter aus, daß durch solche Komplexe wie „Burevestnik“, „Poseidon“, „Zirkon“ und die neusten EMP- und Grom-Waffensysteme sich das globale Kräfteverhältnis zuungunsten des Westens entwickeln wird. Das von der NATO bedrohte Kaliningrad wird mit mobilen Oreschnik-Raketen, mit neuen LKV-Komplexen und Laser-Systemen verstärkt, die übrigens auch für Belarus, Kuba, Venezuela und Nikaragua vorgesehen sind. Rußland ist vorbereitet und hat die meisten dieser und weiterer neuer Technologien bereits in der Ukraine getestet.
- Nicht unbeachtet sollte die neue Haltung Chinas sein, welche die Lieferung von Tomahawk-Raketen durch die USA an die Ukraine konsequent ablehnt und nun die RF mit allen notwendigen Mitteln unterstützt. Dazu landen chinesische Militärtransporter seit einigen Tagen ununterbrochen auf russischen Flugplätzen.

Die beim Telefonat Trump-Putin durch letzteren angeführten Argumente waren offensichtlich so durchschlagend, daß Trump Selenskyj ohne Tomahawk-Raketen wieder nach Hause schickte. Die von Trump nachgesandte Hiobsbotschaft beinhaltet, daß er sich zeitnah mit Putin auch zur Beendigung des Ukraine-Konflikts treffen wird.

Die Frage ist nun, was das für die USA, die RF, die EU, den Washington-Besucher aus der Ukraine und für eine möglich schnelle Beendigung des Ukraine-Konfliktes für reale Folgen haben wird.

Oberst a.D. Gerhard Giese



(globallookpress.com)

NOTRUF

Verzweiflung pur zum Haare raufen!
Der Russ ein Muss und Grund dafür?
Das Unheil schäumt aus allen Traufen,
Wie wär's mit Freundschaft, Wodka saufen
Und Balken weg von Tor und Tür?
Ein Feindbild lässt sich blitzschnell bauen.
Auch darin ist die Welt perfekt.
Zum Stechen, Hauen, Länder klauen,

Der Menschheit Lebensglück versauen,
War Homo Sapiens nie defekt.
Wie wär's mit Frieden in zwei Wochen?
Nobelpreiswert für Hund und Katz!
Wachhund weg, samt Napf und Knochen?
Zum Glück hat sich herumgeprochen:
Im Himmel wäre noch ein Platz.

Lutz Jahoda

Putin umreißt Prinzipien einer polyzentrischen Welt

Während der Plenarsitzung der jährlichen Tagung des Waldai-Diskussionsklubs legte der russische Präsident Wladimir Putin am 2. Oktober seine Sichtweise auf die weltweiten Prozesse dar und nannte die Hauptursachen für die aktuellen Konflikte, darunter auch jenen in der Ukraine.

Der Staatschef beschrieb sechs Prinzipien einer neuen polyzentrischen Welt. Genau diesem Thema war der Jahresbericht des Waldai-Klubs gewidmet.

Als **erstes** Prinzip nannte Putin einen viel offeneren „kreativen Raum für außenpolitisches Handeln“.

Putin (P.): „Praktisch nichts ist im Voraus festgelegt, alles kann unterschiedlich verlaufen. Vieles hängt von der Genauigkeit, der Abgewogenheit, der Ausdauer und der Durchdrachtheit der Handlungen jedes einzelnen Teilnehmers an der internationalen Kommunikation ab.“

Der **zweite** Grundsatz ist die Dynamik des multipolaren Raums.

P.: „Veränderungen vollziehen sich schnell und manchmal plötzlich, einfach über Nacht. Es ist natürlich sehr schwierig, sich darauf vorzubereiten, und manchmal sind sie unvorhersehbar. Man muß sofort reagieren, sozusagen in Echtzeit.“

Das **dritte** Prinzip ist, daß dieser Raum „viel demokratischer“ ist und „einer großen Zahl politischer und wirtschaftlicher Akteure Möglichkeiten und Wege eröffnet“.

P.: „Wahrscheinlich gab es noch nie so viele Länder auf der Weltbühne, die Einfluß auf die wichtigsten regionalen und globalen Prozesse haben oder haben wollen.“

Er fügte als **viertes** Prinzip hinzu, daß „die kulturellen und historischen Besonderheiten sowie die zivilisatorischen Besonderheiten verschiedener Länder“ eine größere Rolle denn je spielen.

P.: „Wir müssen nach Gemeinsamkeiten und übereinstimmenden Interessen suchen. Niemand ist mehr bereit, nach Regeln zu spielen, die von jemandem weit weg aufgestellt wurden, wie es ein sehr bekannter Chansonnier gesungen hat: ‚dort, hinter den Nebeln‘ oder dort, hinter den Ozeanen.“

Der **fünfte** Grundsatz besagt, daß „alle Entscheidungen nur auf der Grundlage von Vereinbarungen möglich sind, die alle betroffenen Parteien oder die überwiegende Mehrheit zufriedenstellen“.

P.: „Andernfalls wird es überhaupt keine tragfähige Lösung geben, sondern nur lautstarke Phrasen und ein fruchtloses Spiel der Ambitionen. Um ein Ergebnis zu erzielen, braucht es also Harmonie und Ausgewogenheit.“

Der **sechste** Grundsatz ist die Untrennbarkeit der Chancen und Gefahren einer multipolaren Welt.

P.: „Natürlich sind die Abschwächung des Diktats, das die vorherige Periode geprägt hat, und die Erweiterung des Freiraums für alle ein unbestreitbarer Vorteil. Gleichzeitig ist es unter solchen Bedingungen viel schwieriger, dieses äußerst stabile Gleichgewicht zu finden und herzustellen, was an sich schon ein offensichtliches und außerordentliches Risiko darstellt.“

Putin erinnerte an die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Rußland, da „unser westlichen Kollegen nicht bereit waren, sich von geopolitischen und historischen Stereotypen, von einem vereinfachten, schematischen Weltbild zu befreien“.



Putin auf dem Waldai-Gipfel am 2. Oktober in Sotschi, in der Hand den Roman Alexander Puschkins „Eugen Onegin“

Die Unterordnung der Mehrheit unter die Minderheit, die laut dem Präsidenten für die internationalen Beziehungen in der Zeit der Dominanz der westlichen Länder charakteristisch war, weicht nun einem multilateralen, kooperativeren Ansatz.

P.: „Seiner Grundlage liegen Vereinbarungen der führenden Akteure und die Berücksichtigung der Interessen aller zugrunde. Das garantiert natürlich keineswegs Harmonie und absolute Konfliktfreiheit. Die Interessen der Länder stimmen nie vollständig überein, und die gesamte Geschichte der internationalen Beziehungen ist zweifellos ein Kampf um deren Verwirklichung.“

Doch die grundlegend neue Weltlage läßt hoffen, daß „alle Akteure bei der Lösung regionaler und globaler Probleme in irgendeiner Weise die Interessen der anderen berücksichtigen müssen“. Denn „im Grunde

kann niemand seine Ziele allein, isoliert von den anderen, erreichen“.

Putin erinnerte an die Bemühungen der Gegner, Rußland „aus dem Weltgefüge zu verdrängen, uns in die politische, kulturelle und informationelle Isolation und wirtschaftliche Autarkie zu treiben“.

P.: „Was die Anzahl und den Umfang der gegen uns verhängten Strafmaßnahmen angeht, die schamhaft als Sanktionen bezeichnet werden, ist Rußland der absolute Rekordhalter in der Weltgeschichte: 30 000, vielleicht sogar noch mehr Einschränkungen.“

Letztendlich erlitten die Gegner eine totale Niederlage, weil „Rußland der Welt ein Höchstmaß an Stabilität bewiesen hat, die Fähigkeit, dem stärksten Druck von außen standzuhalten, der nicht nur ein einzelnes Land, sondern eine ganze Koalition von Staaten hätte zerbrechen können“.

Aber wie sich herausstellte, läßt das Weltgefüge, „aus dem man uns vertreiben, verdrängen wollte, Rußland einfach nicht los ... weil Rußland als sehr wichtiger Teil des allgemeinen Gleichgewichts notwendig ist ... vor allem, weil sich ohne Rußland kein Weltgleichgewicht aufbauen läßt: weder wirtschaftlich noch strategisch, noch kulturell, noch logistisch – überhaupt kein Gleichgewicht“.

P.: „Ich denke, daß diejenigen, die versucht haben, all dies zu zerstören, sich gerade davon überzeugt haben. Einige hoffen allerdings hartnäckig, doch noch ihr Ziel zu erreichen: Rußland, wie sie sagen, eine strategische Niederlage zuzufügen.“

Er fügte hinzu, daß selbst die hartnäckigsten Dummköpfe letztendlich die Vergeblichkeit dieses Plans erkennen würden.

Der Präsident erinnerte an die Drohungen mit einer vollständigen Blockade und die Versuche, das russische Volk leiden zu lassen: „Es wurden Pläne geschmiedet, einer fantastischer als der andere.“

Der Staatschef meint:

„Ich denke, es ist an der Zeit, sich umzuschauen, die Realitäten zu verstehen, den Verstand einzuschaltwn und die Beziehungen in eine ganz andere Richtung zu lenken.“

„Die Philosophie der Komplexität“

Seinen Worten zufolge ist die heutige Welt ein äußerst komplexes, vielschichtiges System, für dessen Beschreibung und Verständnis „einfache Gesetze der Logik nicht ausreichen“. „Hier braucht man eine Philosophie der Komplexität – etwas, das der Quantenmechanik ähnelt, die in gewisser Weise weiser und komplexer ist als die klassische Physik.“

Statt dessen verfolgt Europa weiterhin eine „Blockpolitik“ und stilisiert Moskau zum Feindbild. Seiner Meinung nach können nur „entweder sehr inkompetente“ oder „einfach unehrliche Menschen“ glauben, daß Rußland die NATO angreifen werde, „denn sie glauben selbst nicht daran, sondern versuchen nur, ihre Bürger davon zu überzeugen“. Der Präsident wandte sich mit folgenden Worten an die europäische Öffentlichkeit: *P.: „Beruhigt euch, kümmert euch endlich um eure eigenen Probleme. Schaut euch an, was auf den Straßen europäischer Städte passiert, was mit der Wirtschaft, der Industrie, der europäischen Kultur und Identität geschieht, mit den enormen Schulden und der sich verschärfenden Krise der Sozialver-*

Problemen der Länder im allgemeinen und in diesem Fall dieses bestimmten Landes und der in den Konflikt verwickelten Länder zu tun hat“.

P.: „Das ist nur ein Vorwand und ein Mittel, damit sie ihre geopolitischen Ziele erreichen, ihren Einflußbereich erweitern – und ein bißchen am Krieg verdienen. So sind sie mit der NATO-Infrastruktur an unsere Türschwelle ‚gekrochen‘ und haben jahrelang teilnahmslos die Tragödie im Donbass, den Völkermord und die Vernichtung der russischen Bevölkerung auf unseren angestammten, historischen Territorien beobachtet, die 2014 nach dem blutigen Staatsstreich in der Ukraine begonnen hat.“

wirtschaftliche, kulturelle und weltanschauliche Souveränität erlangen“.

„Es gibt noch nichts Besseres als die UNO“

Die UNO, die kürzlich ihr 80-jähriges Bestehen feierte, sei eine „internationale Organisation, in deren Rahmen es möglich ist, drängende weltweite Probleme zu lösen“.

P.: „Man hört derzeit oft, daß das System der UNO gelähmt ist und in einer Krise steckt. Einige behaupten sogar, daß sie sich überlebt habe und zumindest radikal reformiert werden müsse. Ja, natürlich gibt es sehr viele Probleme in der Arbeit der UNO, sehr viele. Aber es gibt auch noch nichts Besseres als die UNO. Das muß man ebenfalls anerkennen.“

Putin ist der Ansicht, daß sich die UNO an die sich verändernden Realitäten anpassen muß.

P.: „Die Länder der Weltmehrheit bilden nun natürlich auch eine überzeugende Mehrheit innerhalb der Vereinten Nationen, und das bedeutet, daß ihre Struktur und ihre Leitungsgremien an diese Tatsache angepaßt werden müssen, was übrigens auch viel besser den Grundprinzipien der Demokratie entsprechen würde.“

Am Ende seiner Rede stellte der Präsident fest, daß „die Welt Versuche der Vereinheitlichung erlebt hat, bei denen allen ein angeblich universelles Modell aufgezwungen wurde, das den kulturellen und ethischen Traditionen der meisten Völker zuwider lief“.

P.: „Oberflächliches, Künstliches, das zudem von außen aufgezwungen wird, hält sich nicht lange. Und wer seine eigenen Traditionen respektiert, vergreift sich in der Regel auch nicht an fremden.“

Der russische Präsident bezog sich noch einmal auf die USA und sagte, daß die derzeitige US-Regierung ihre Interessen ohne jede Heuchelei offen darlege.

P.: „Aber dann behält sich auch Rußland das Recht vor, sich von unseren nationalen Interessen leiten zu lassen, zu denen übrigens auch die Wiederherstellung vollwertiger Beziehungen zu den USA gehört. Und wie groß die Gegensätze auch sein mögen, wenn man sich gegenseitig mit Respekt begegnet, dann wird das Verhandeln – selbst wenn es noch so hart und hartnäckig ist – dennoch das Ziel haben, sich zu einigen, und das bedeutet, daß letztendlich für beide Seiten akzeptable Lösungen möglich sind.“

Andrei Restschikow

Redaktionell gekürzt

Entnommen der Webseite der Zeitung Wsgljad vom 2.10.2025

Andrei Restschikow ist Analyst bei der Zeitung Wsgljad.



Der russische Außenminister Sergej Lawrow spricht auf dem Panel „Die Zukunft einer multi-polaren Welt“ beim International Science Fiction Symposium, Moskau, 4. November 2024 (Foto: IMAGO / SNA)

sicherungssysteme, der außer Kontrolle geratenen Migration, der Zunahme von Gewalt, einschließlich politischer Gewalt, der Radikalisierung linker, ultraliberaler, rassistischer Randgruppen.“

Putin verwies zudem auf die zunehmende Militarisierung Europas.

Die Gegenmaßnahmen Rußlands würden nicht lange auf sich warten lassen. Putin erinnerte daran, daß Rußland „immer wieder bewiesen hat: Wenn unsere Sicherheit, der Frieden und die Ruhe unserer Bürger, unsere Souveränität und unsere Staatlichkeit bedroht sind, reagieren wir schnell.“

Rußland habe „konsequent den Grundsatz der Unteilbarkeit der Sicherheit verteidigt und verteidigt ihn auch weiterhin“.

P.: „Die Sicherheit der einen kann nicht auf Kosten der anderen gewährleistet werden. Andernfalls gibt es überhaupt keine Sicherheit, für niemanden.“

Nach Ansicht Putins ist die Situation in der Ukraine für eine Reihe von Ländern „eine Karte in einem anderen, viel größeren Spiel, und zwar in ihrem eigenen Spiel, das in der Regel nicht einmal mit den konkreten

Der Pragmatismus der Weltmehrheit

Im Gegensatz zum Verhalten Europas und der USA unter der früheren Regierung von Joe Biden stehen „die Handlungen der Länder der Weltmehrheit“, die „sich weigern, Partei zu ergreifen, und sich bemühen, wirklich zur Schaffung eines gerechten Friedens beizutragen“. Nach den Worten des Präsidenten ist sich die Weltmehrheit „ihrer wahren Interessen bewußt“ und fühlt sich stark und zuversichtlich genug, „diese Interessen trotz äußerer Einflüsse zu verteidigen“. Sie ist „bereit, mit Partnern zusammenzuarbeiten, das heißt, internationale Beziehungen, Diplomatie und Integration in eine Quelle ihres Wachstums, Fortschritts und ihrer Entwicklung zu verwandeln“.

Es wachse „die Fähigkeit, Interessen zu vereinen, die zwar nicht immer übereinstimmen, im Wesentlichen aber auch nicht im Widerspruch zueinander stehen“. Er fügte hinzu, daß derzeit eine neue Welle der faktischen Entkolonialisierung an Kraft gewinnt, „in der ehemalige Kolonien neben ihrer Staatlichkeit auch politische,

Zwei Städte – eine gemeinsame Sprache, eine Kultur

Mitte der 60er Jahre entschloß sich meine Mutter, mit ihren beiden Söhnen Freunde in der Sowjetunion zu besuchen. Mit Hilfe ihrer dortigen Freundinnen organisierte sie die Reisepapiere, Fahrkarten und Tickets für einen Flug von Leningrad nach Kiew. Zuerst ging es nach Leningrad. Dort wohnte Maya mit ihrer Familie, die uns eine günstige Unterkunft boten. Ihre typisch russische Gastfreundschaft genossen wir in vollen Zügen. Maya sprach Deutsch und begleitete uns durch die Stadt zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten in der berühmten Stadt Peters des Großen, die uns in ihren Bann zog.

Beeindruckend waren für uns Kinder das Winterpalais mit der Ermitage, die Peter-und-Paul-Festung, der Peterhof, der Katharinenpalast, die Isaak-Kathedrale und vieles mehr. Ausgiebig Zeit verbrachten wir in der Ermitage, die wesentlich das Kunstempfinden von uns Kindern prägte. Eine Fahrt mit einem Schiff auf der Newa fehlte nicht. Es sieht großartig aus, wenn die Brücken der Newa nachts hochgezogen sind.

Wir Kinder konnten die Eindrücke gar nicht so schnell verarbeiten, da kam bereits das nächste Abenteuer. Wir sollten zum ersten Mal im Leben mit einem Flugzeug fliegen, von Leningrad nach Kiew. Es handelte sich um einen Inlandsflug ohne irgendwelchen Service. Dieser Flug blieb uns deshalb in Erinnerung, weil er mit einer älteren Propellerschiffmaschine erfolgte. Man konnte in die Pilotenkabine schauen und der Crew beim Steuern der Maschine zusehen.

Die Reisenden, die in das Flugzeug einstiegen, waren einfach angezogen wie zu einer normalen Busfahrt. Alle hatten viel Gepäck. Sie waren sehr freundlich und schenkten uns Kindern Obst, was wir gerne annahmen, denn unsere Mutter hatte einfach vergessen, etwas zu essen einzupacken. Und der Flug nach Kiew dauerte doch „etwas“ länger.

Als wir in Kiew landeten, wurden wir von Evelyn, einer Freundin meiner Mutter, und ihrer Tochter Ira herzlich in Empfang genommen. Jetzt begann eine spannende Zeit. Natürlich besichtigten wir die Stadt

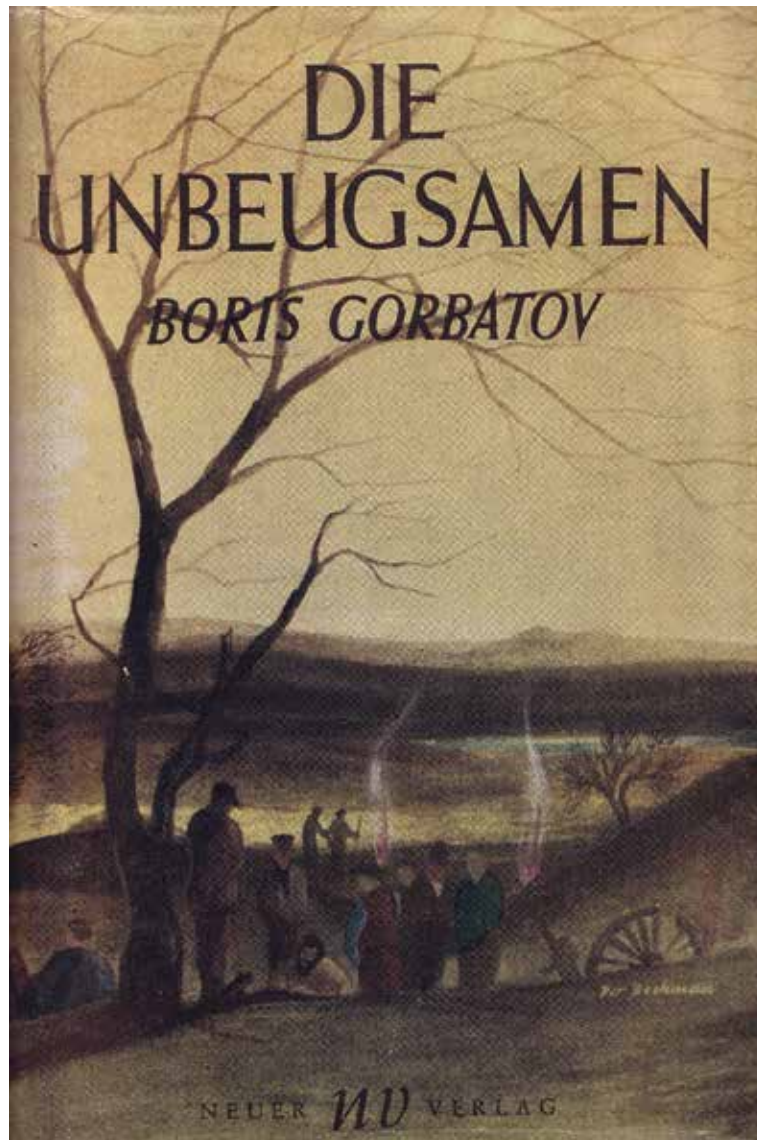
und die Sehenswürdigkeiten. Im Gedächtnis ist die Prachtstraße „Krestchatik“ mit ihren beeindruckenden Gebäuden, Wohnhäusern und Einkaufszentren geblieben. Er ist die zentrale Straße der Stadt und

Evelyn meinte jedoch, daß es für einige ältere Menschen nicht immer einfach sei, die deutsche Sprache zu hören. Sie spürte, daß wir Kinder diese Bemerkung nicht so richtig deuten konnten. Kurzenschlossen fuhr

sie mit uns zur Gedenkstätte Babi Jar. Dort wurden am 29. und 30. September 1941 innerhalb von 48 Stunden mehr als 33 000 jüdische Männer, Frauen und Kinder durch deutsche Truppen, deutsche Sicherheitspolizei und SD ermordet. Evelyn bat uns, nie zu vergessen, zu welchen Greueln deutsche Soldaten und Faschisten an den Menschen des Sowjetlandes fähig waren. Sie berichtete unter anderem auch über ukrainische Kollaborateure und Bandera-Faschisten, die an der Seite der Deutschen Krieg führten und Verbrechen gegen die eigene Bevölkerung begingen.

Als Kind ist man neugierig. Deshalb fragte ich nach der ukrainischen Sprache, die ich hier und da hörte. Die Kinder, mit denen wir zusammen waren, lachten. Sie erklärten uns, daß Ukrainisch vorwiegend in der West-Ukraine in den Dörfern gesprochen wird. Russisch wäre jedoch die leichtere und modernere Sprache, mit der man in der ganzen Sowjetunion zurechtkäme. Ein Mädchen, das durch ihre Großmutter etwas Ukrainisch konnte, meinte, daß Belorussisch, Ukrainisch und Russisch die gleichen Wurzeln hätten. Sie erzählte uns, daß Kiew die Gründungshauptstadt des russischen Reiches war.

An einem schönen Sommertag nahm mich Evelyn mit in die Kiewer Universität. Sie lehrte dort die deutsche Sprache. Ich war überrascht, wie ordentlich es im Sprachunterricht an der Uni zuzuging. Zwei Stunden konnten mich die Studentinnen und Studenten befragen und mit mir sprechen. Danach, es war ein heißer Sommertag, war ich ziemlich geschafft. Aber es hatte mir viel Spaß bereitet, auf die vielen Fragen über das Leben in der DDR zu antworten. Natürlich hatte ich auch Fragen an die Studierenden. Dabei



Mark Donskoi hatte den Roman „Die Unbeugsamen“ von Boris Gorbатов (deutsche Erstausgabe 1944 in Stockholm erschienen) in Babij Jar verfilmt (1945). Das Buch hatte in der Sowjetunion in der Erstausgabe eine Auflage von über 5 Millionen Exemplaren.

erinnerte mich etwas an die Karl-Marx-Allee in Berlin. Die Menschen sprachen Russisch, strahlten Zufriedenheit und Selbstbewußtsein aus.

Die schönste Zeit verbrachten wir auf der „Datscha“ unserer Freunde. Schnell fanden wir Kontakt zu anderen Kindern der Siedlung. Sie zeigten uns ihre Gärten und kleinen Häuschen. Wir waren auch am legendären Dnepr und haben dort gebadet. Wo wir auch hinkamen – überall waren wir willkommen.

stellte ich fest, daß sie ein großes Interesse am Erlernen der deutschen Sprache und an der deutschen Kunst und Kultur hatten. Evelyn mußte kaum in die Unterhaltung eingreifen.

Am Ende unseres Besuchs erwartete meinen Bruder und mich eine letzte Überraschung. Evelyns Mann organisierte einen Besuch in einer Kadetten-Schule. Wir besichtigten Ausbildungsräume und konnten bei einer Sportstunde zusehen. Dort ist mir aufgefallen, daß am Sportunterricht Kinder und Jugendliche teilnahmen, die

unterschiedlich alt waren. Sie folgten den Anweisungen der Lehrkraft gewissenhaft und unterstützten sich gegenseitig beim Geräteturnen. Die Lehrkraft war ein Offizier mit einer sportlichen Figur. Er war über zwei Meter groß und wirkte ausgeglichen. Er war wie ein Vater, der Fehler beim Turnen erläuterte und dem die Kadetten aufmerksam folgten.

Diese Urlaubsreise in die beiden Städte, Leningrad und Kiew, habe ich immer im Gedächtnis. Sie war für mich eine Bildungsreise, die viel über die großartige

russische und sowjetische Kunst und Kultur lehrte. Aber auch die typisch russische Gastfreundschaft in beiden Städten war für mich als Kind ein Erlebnis. Damals habe ich verstanden, welche Bedeutung die russische Sprache für den Zusammenhalt der Völker in der UdSSR hatte.

Eine Freundin, die immer noch Kontakte in die Ukraine hat, berichtete mir, daß heute die Nutzung der russischen Sprache im öffentlichen Raum in Kiew und in der Ukraine verboten ist, selbst in Kindergärten.

Dr. Ulrich Sommerfeld

KI-gestützte Systeme und Autonome Waffen (Teil 2 und Schluß)

Stand die Öffentlichkeit Künstlicher Intelligenz noch vor wenigen Jahren skeptisch gegenüber, hat sich das Bild heute komplett gewandelt: Obwohl sich an den mit dem Einsatz Künstlicher Intelligenz verbundenen Problemen nichts geändert hat, wird sie nun geradezu als „Allheilmittel“ propagiert. Der militärische Bereich bildet da keine Ausnahme. Dabei stand man gerade hier dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz lange Zeit skeptisch gegenüber. Noch 2022 wies z.B. eine als Ergänzung zu dem gerade publizierten, seit Juni 2025 überholten, „Defence Strategy Review“ vom britischen Verteidigungsministerium veröffentlichte Schrift explizit auf die mit dem militärischen Einsatz von KI verbundenen Risiken hin. Die zu ihrer Überwindung aufgeführten Vorschläge machten theoretisch durchaus Sinn, nur wären sie in der Praxis schwer zu realisieren gewesen. Im neuen „Defence Strategy Review“ ist von diesen Bedenken nur noch wenig zu finden. Stattdessen werden Entwicklung und Einsatz KI-basierter Militärtechnik darin entschieden propagiert. Dies betrifft sowohl den weiten Bereich KI-unterstützter Aufklärung als auch Autonome Waffensysteme (AU). Wenn ein deutscher Abgeordneter des EU-Parlaments die britische „20-40-40“-Strategie kürzlich als leuchtendes Vorbild lobte, die Einrichtung eines „Zukunftskommandos Autonome Systeme“ für Deutschland forderte und eine aus 60 bis 80 Prozent „unbemannten Wirksystemen“ bestehende Ausrüstung der Bundeswehr bis 2032 als erstrebenswertes Ziel propagierte, so vergißt er die damit verbundenen Risiken vollkommen. Vielleicht sind sie ihm und seinesgleichen auch nur nicht bewußt.

Tatsächlich birgt der Einsatz Künstlicher Intelligenz sowohl in rechtlicher Hinsicht als auch im operativen und strategischen Bereich enorme Risiken. Beginnen wir mit den rechtlichen Problemen: Hier stellt sich die Frage, ob automatisierte Systeme, ob Autonome Waffen überhaupt die international anerkannten Regeln der Kriegsführung einhalten können? Sind sie z.B. in der Lage, zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten zu unterscheiden? Antwort: Nein. Zweite Frage: Wer übernimmt die Verantwortung, wenn etwas schiefgeht? Den Computer kann man schlecht bestrafen. Nicht zu vernachlässigen ist außerdem die Gefahr des nicht adäquaten Einsatzes Autonome Waffensysteme: In Kampfsituationen ist die Versuchung, vorhandene Technik zu modifizieren und damit existierende Kontroll- und Sicherheitssysteme außer Kraft zu setzen, groß.

Auch im operativen Bereich existieren enorme Risiken. Beispielsweise wird oft vergessen, daß KI immer nur so gut ist wie die Daten, mit denen sie gefüttert, d.h. trainiert wird. Natürlich ist sie lernfähig, aber nur im Rahmen ihrer Algorithmen. Technisch bedingten Fehlinterpretationen ist damit Tür und Tor geöffnet. Bei KI-unterstützten Aufklärungssystemen besteht zudem die Gefahr, daß Soldaten und Kommandeure die gelieferten Daten entweder fehlinterpretieren oder mit der Datenflut schlichtweg überfordert sind. Nehmen wir zum Beispiel das kürzlich von verschiedenen NATO-Staaten angeschaffte Maven Smart System, das, den Behauptungen des amerikanischen Center of Security and Emerging Technology zufolge, kleinen Militäreinheiten bis zu 1000 taktische Entscheidungen pro Stunde ermöglicht. Der Soldat muß also

innerhalb weniger Sekunden entscheiden, ob das vom System vorgeschlagene potentielle Ziel tatsächlich militärischer Natur ist oder nicht. Ganz davon abgesehen, läßt sich KI wie jede andere computerbasierte Technik leicht manipulieren.

Ein beliebtes Argument der Befürworter KI-basierter Militärtechnik ist, daß KI-unterstützte Zielerfassungssysteme und Autonome Waffen die Kriegsführung genauer, menschlicher und unabhängig von Emotionen machen würde. Es ist leicht nachzuvollziehen, daß bis auf den letzten Punkt genau das Gegenteil der Fall ist. Menschen haben moralische Bedenken – KI-Systeme nicht.

Last but not least, sind KI-basierte Aufklärungssysteme keineswegs unfehlbar. Im Gegenteil. Das Risiko von Fehlinterpretationen ist groß und das wiederum birgt eine nicht zu unterschätzende Gefahr der Konflikteskalation in sich. Stellen wir uns vor, ein KI-unterstütztes Beobachtungssystem meldet: „Feindlicher Panzer nähert sich der Grenze.“ Dem diensthabenden Offizier bleiben nur wenige Minuten, um eine Entscheidung zu treffen und sonstige Informationsquellen sind rar. In einer solchen Situation ist die Gefahr groß, daß er die schnelle Reaktion einer sorgfältigen Datenanalyse vorzieht. Was, wenn der vermeintliche Panzer in Wirklichkeit ein Reisebus war? Die Konsequenzen wären fatal; im schlimmsten Fall würde das Nachbarland einen Vergeltungsschlag führen.

Dies sind nur einige der Risiken, die KI-basierte Militärtechnik mit sich bringt. Die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft sollten sich genau überlegen, ob sie mit der Propagierung dieser Technik nicht die Büchse der Pandora öffnen!

Dr. Dörte Hansen

„Zur Kriegführung gehört auch Propaganda“

*Große Medien übernehmen Regierungslinie zum Genozid in Gaza oft unkritisch. Ein Gespräch mit **Fabian Goldmann** (Islamwissenschaftler)*

Sie sind als Kritiker der Berichterstattung über die Gewalt in Gaza in Erscheinung getreten. Wie kam es dazu?

Aus der Notwendigkeit heraus, weil mir aufgefallen ist, daß da seit dem 7. Oktober 2023 viel schief läuft. Ich schreibe auch gerade ein Buch zur Rolle deutscher Medien beim Genozid in Gaza.

Der Titel lautet „Staats(räson)funk“. Was meinen Sie damit?

Das soll quasi bedeuten, daß es eben kein Staatsfunk ist, wie manche das manchmal so vereinfacht darstellen, sondern eher über den Begriff der Staatsräson zu verstehen ist, warum die Berichterstattung so schlecht ist.

In welchem Duktus erfolgte die von Ihnen untersuchte Berichterstattung?

In fast allen Medien, die ich untersucht habe, wurden sehr unkritisch Begriffe aus dem israelischen PR-Apparat übernommen. Auffällig ist zum Beispiel auch: Wenn Israelis sterben, dann häufig im Aktiv und der Täter wird genannt: „ Hamas tötet drei israelische Soldaten.“ Während Palästinenser häufig

im Passiv sterben: „Fünf Palästinenser bei Explosionen im Gazastreifen ums Leben gekommen.“ Die Erzählung beginnt im Grunde auch immer mit dem 7. Oktober. Davor gab es quasi keinen Nahostkonflikt, wenn man den Berichten vieler Medien Glauben schenkt.

Wie kommt es, daß Journalisten diese Vorgeschichte nicht kennen oder andere Quellen nicht benutzen?

Die proisraelische Schieflage ist bei allen großen Medien nachzuweisen, ob *Bild*, *Tagesschau*, *Süddeutsche* oder *Taz*. Bild ist mit Abstand am schlechtesten. *Tagesschau* ist auch eine Katastrophe.

Sie reden oft über die mediale Entmenslichung der Palästinenser. Wie kommt diese zustande?

Zum Beispiel, indem nur über Zahlen berichtet wird. Wobei Todeszahlen immer wieder in Frage gestellt werden. Wenn man Bilder aus Gaza sieht, fehlen da oft Menschen. Es sind riesige Trümmerwüsten. Eine Ausnahme ist vielleicht noch, wenn es „getötete Terroristen“ sind wie Sinwar. Der war ganz prominent in den Medien.

Sind die Journalisten eher von der Staatsräson überzeugt oder bekommen sie Druck von ihren Chefs?

Viele sind wirklich überzeugt. Es gibt diese Vorstellung, daß Israel an unserer Stelle die westlichen Freiheiten gegen die islamische Barbarei verteidigt. Und dann gibt es die vielen, die es eigentlich besser machen würden, aber Angst davor haben. Man landet schnell als Antisemit in der Bild-Zeitung. Man bekommt sehr schnell Stress mit dem Vorgesetzten bei dem Thema. Viele trauen sich nicht, gute Berichterstattung zu machen. Das ist eines der größten Probleme unseres Nahostjournalismus.

Inwiefern macht sich der mitschuldig am Genozid in Gaza?

Zur Kriegführung gehört nicht nur, Bomben zu werfen und Artilleriegeschosse abzuschießen, sondern auch Propaganda. Die beginnt damit, Orte als Angriffsziele zu markieren. Nehmen wir die Zerstörung des palästinensischen Gesundheitssystems in Gaza. Die begann mit Schlagzeilen wie „ Hamas-Kommandozentrale unter Krankenhaus vermutet“ – oder auch oft als Tatsache präsentiert. Sehr viele Medien haben unkritisch diese Zuweisung übernommen. Dadurch haben sie dazu beigetragen, diese zu schützenden Einrichtungen in legitime Angriffsziele umzudeuten.

Interview: Ignacio Rosaslanda

*Redaktionell gekürzt
Aus: junge Welt, 15.10.25*

„Großaktion Gaza“ erinnert an „Großaktion Warschau“

Der polnische Widerstandskämpfer Kazimierz Moczarski (1907–1975) hat mit dem SS-Gruppenführer Jürgen Stroop (1895–1952), der für die „Großaktion Warschau“ (19. April 1943–16. Mai 1943) verantwortlich war, vor dessen Hinrichtung in einem Warschauer Gefängnis lange Gespräche geführt. Diese in Polen 1977 veröffentlichten und 1981 in der DDR publizierten „Gespräche mit dem Henker“ (Verlag der Nation Berlin) sind ein einzigartiges historisches Dokument über die gesellschaftlichen Bedingungen für Völkermord in der Vergangenheit und in der Gegenwart.

Erschreckend ist die Analogie der mörderischen Befehlsgewalt des deutschen SS-Generals Jürgen Stroop mit der mörderischen Befehlsgewalt des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Die von Moczarski aufgezeichneten Zitate nennen die jüdischen und polnischen Opfer des deutschen Faschismus in Warschau. Nirgends ist ein Unterschied von diesen zu den

palästinensischen Opfern des israelischen Faschismus zu erkennen. Israels Militärs operieren auf Befehl von Netanjahu in Gaza nach dem Vorbild der deutschen SS und der deutschen Wehrmachtseinheiten in Warschau.

„Zur Säuberung der Niska [d. i. Straßename in Warschau] setzte ich [d. i. Stroop] etwa vierhundert ausgesuchte SS-Leute und die gesamte mir unterstellte Wehrmacht ein. Wir kämpften bis in die Nacht, bis zweiundzwanzig Uhr dreißig. Die Methode, nach der die ‚Schlacht um die Niska‘ geführt wurde, war die gleiche wie früher. Anmarsch, erster Feuerwechsel. Nachrücken der Artillerie. Kurzer, heftiger Angriff. Als wir die ersten Verwundeten haben, lasse ich die Flammenwerfer in Front gehen. Die ganze Zeit schießen die Maschinengewehre. Das Feuer frißt sich vorwärts, wir legen die Brände mit dem Wind. Langsam, langsam folgen wir, suchen bewegliche Ziele. Die Juden springen aus Fenstern, von Balkons, Dachböden und Dächern. Scharfschützen

nehmen sie aufs Korn. Manche Juden sind verzweifelt und niedergeschlagen. Andere kämpfen bis zuletzt, sind herausfordernd, verwünschen und verfluchen uns. Sie singen die polnische Nationalhymne, manche auch Psalmen. Spezialeinheiten mit Sprengpionieren fangen inzwischen auf dem Gelände, das nach dem Brand etwas abgekühlt ist, damit an, Bunker aufzuspielen und in die Luft zu sprengen. Die meisten dieser Bunker leisten Widerstand. Rauchkerzen müssen eingesetzt werden, manchmal auch Flammenwerfer. Wir holen die Juden heraus und sortieren sie. Wer widerspenstig oder unverschämt ist, wird erschossen. [...] Schließlich wurden fünfundsiebzig Prozent der Juden und Polen liquidiert, die sich außerhalb des Gettos sammengerettet hatten.“ („Gespräche“, S. 206 f.).

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

*Redaktionell gekürzt
Aus: Zeitung der Arbeit, Wien, 24.9.2025*

Zollangriff auf die ganze Welt

Die USA importieren mehr Waren, als sie exportieren. Beahlt wird mit selbst gedruckten Dollars. Die Industrie hat seit Beginn der neoliberalen Ära ihre Produktionsstätten ins Ausland verlagert, weil dort die Arbeitskraft billiger ist und oft bessere Subventionen winken, gut für den Profit der Firmen, schlecht für die Handelsbilanz der USA. Offene Märkte, einst das Credo des Westens, war die Voraussetzung dafür. Die Verschuldung der USA beträgt inzwischen 130 % des BIP, jährlich kommen rund tau-

Generalangriff auf Freund und Feind

Die Zölle treffen nicht nur Länder, die von Trump als „unfreundliche Staaten“ eingestuft werden, sondern alle Länder der Welt, darunter auch strategische Partner und treue Verbündete wie die EU, Japan, Korea, Indonesien usw., Länder, welche die USA für ihren Krieg gegen Rußland und für den geplanten Krieg gegen China eigentlich auf ihre Seite ziehen möchten. Auch die G7-Staaten sind von „Reziprok-

und „Amerika“, das Amerika, das sie meinen, wird untergehen wie einst Atlantis. Die OECD prognostiziert für 2025 ein US-Wachstum von 1,8 %, die Hälfte des Wachstums vor Einführung der Zölle.

Gegenreaktionen

Trump fordert von allen Handelspartnern einen Basis-Zollsatz von 10 %, dazu 25 % auf Stahl und Aluminium und 50 % oder mehr für Autos, Elektronik und andere Waren. Für China, Rußland, Indien und Brasilien noch mehr.

An Trumps „Reziprozitäten“ ist nichts Gegenseitiges dran. Die Welt soll für die gescheiterte neoliberale Wirtschaftspolitik der USA bezahlen. Die USA sind zum globalen Wegelagerer geworden, der Tribut für Zugang fordert. Sie haben ihrerseits mitnichten vor, dieselben Zölle zu zahlen, die sie ihren „Partnern“ auferlegen. Sie fordern für sich den freien Zugang zu allen Märkten und obendrein noch Milliardeninvestitionen im Rostgürtel als Bedingung dafür, die Einfuhrzölle nicht noch weiter zu erhöhen. Sie zielen mit Vorliebe auf Rußland, China und die BRICS-Staaten generell, aber auch auf Staaten, die sich ihnen nicht unterwerfen. Die wirtschaftlich stärksten Länder können sich wehren und Gegenmaßnahmen ergreifen, während Länder mit einer schwachen Verhandlungsposition Zugeständnisse machen müssen. Wirtschaftliche Gegenmaßnahmen sind für sie keine Option.

Mit China eskalierte der Zollstreit bereits im April, nachdem Trump das Land mit Einfuhrzöllen von insgesamt 145 % belegt hatte. China reagierte mit Gegenzöllen in etwa gleicher Höhe, woraufhin eine Pause vereinbart wurde, während der sie auf 30 % zusätzlich zu bereits bestehenden Zöllen gesenkt wurden. Die Pause gilt bis zum 10. November. Trump wirft China vor, den Ukraine-Krieg zu finanzieren und fordert seine Satellitenstaaten auf, gegen China weitere Sanktionen und Zölle von 100 % zu erheben. China muß sich jedoch nicht auf Washingtons Erpressungsversuche einlassen. Das Land ist kaum noch auf Importe aus den USA angewiesen. Es hat seine Wirtschaft autark gemacht und durch andere globale Partnerschaften neue Bezugsquellen erschlossen. Zudem besitzt China seltene Erden (u.a. Dysprosium), ein unverzichtbares Produkt für die Verteidigungsindustrie, das der Westen nicht ohne Weiteres ersetzen kann. Die USA haben China zum Gegner Amerikas erklärt, beschimpfen China bei jeder Gelegenheit und bedrohen das Land militärisch, ungeachtet dessen, daß solche Schritte Gegenreaktionen provozieren. China wird seine Ausfuhr von seltenen Erden nach Westen noch weiter beschränken.



Illustration: Kay Strathus

send Milliarden US-Dollar dazu, was den Wert dieser Währung schwächt. Der Dollar wäre wahrscheinlich schon längst wertlos, wäre er nicht das Welt-Zahlungsmittel. Die Fabriken in den Industrieregionen des mittleren Westens rosten derweil vor sich hin, die Region ist jetzt ein Rostgürtel.

Die USA sind bereits der größte Schuldner der Welt, weshalb das internationale Kapital der Sache langsam nicht mehr traut und zögert, weiterhin US-Staatsanleihen zu kaufen. Laut IWS München ist „der Anteil der US-Güterproduktion an der Weltgüterproduktion ... von 2001 bis 2023 von 28,4 % auf 17,4 % zurückgegangen. Von 1997 bis 2024 wurden fünf Millionen Arbeitsplätze in der Güterproduktion abgebaut“.

Um das Handelsbilanzdefizit zu verringern, hat Trump im April angekündigt, die Zölle mit allen Handelspartnern neu festzulegen und eine Flut von Gegenzöllen festgelegt, wobei er sich auf den International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) beruft, um das Handelsungleichgewicht der USA zur nationalen Notlage zu erklären. Hohe Zölle sollen die abgewanderten Industrien zurückkehren lassen, und ausländisches Kapital soll in den USA produzieren, wenn sie ihre Waren dort absetzen wollen.

zöllen“ betroffen. Die Strafzölle mögen die Außenhandelsbilanz der USA verbessern, aber sie schwächen das Kapital, schrecken Investoren ab, stören die Lieferketten und verursachen Chaos und Leid. Der IWF warnt vor einem weltweiten Einbruch des Handelswachstums.

Trump setzt wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen und Drohungen als Druckmittel ein, um Zugeständnisse zu erzwingen, die Regeln zu Gunsten Washingtons neu zu definieren und die globale Vorherrschaft der USA zu festigen. Es ist ein Angriff auf das globale Handelssystem der Nachkriegszeit, das die Vereinigten Staaten einst selbst entworfen haben.

Es ist der Versuch, das Entstehen einer multipolaren Welt, in der die Macht der USA und die Dominanz des Dollars schwindet, durch Protektionismus zu bremsen, die neue Form des US-Imperialismus.

Die Trump-Zölle machen Amerika mitnichten wieder groß, sondern verarmen die Bevölkerung und verprellen die Partner, die sich bereits nach Alternativen umsehen und sich gegen die US-Herrschaftsansprüche zusammenschließen. Das Genie im Weißen Haus und seine Helfershelfer schießen sich damit selbst ins Knie, die Dominanz des Dollars wird weiter schwinden,

Trump will die Höhe der Zölle gegen Rußland davon abhängig machen, ob Putin einen Friedensvertrag nach Trumps Gusto mit der Ukraine abschließt, aber auch Rußland hat längst andere Länder gefunden, in die es seine Produkte, vor allem Öl und Gas exportiert. China und Indien sind die neuen Abnehmer, nachdem die USA Nord Stream gesprengt haben und Europa nichts mehr von Rußland kaufen will. Moskau macht sich keine Illusionen und braucht die USA nicht mehr.

Seinen „very good friend“ Modi hat Trump vor den Kopf gestoßen, als er einen Strafzoll von 50 % gegen Indien verhängte, weil Indien weiterhin russisches Öl kauft und weiterverkauft und weil Modi sich wohlweislich weigert, den indischen Agrarmarkt, in dem fast die Hälfte der Bevölkerung arbeitet und der 16 % des BIP umfaßt, für Importe aus den USA zu öffnen. Während der kurzen militärischen Auseinandersetzung mit Pakistan im April hatte Trump, der sich damit brüstet, „sieben endlose Kriege beendet“ zu haben, zum Waffenstillstand aufgerufen. Trump behauptet, er habe auch den Krieg mit Pakistan beendet, eine Behauptung, die Neu-Delhi zu rückweist. Daß Pakistan und Indien nach wenigen Tagen einen Waffenstillstand vereinbarten, ist nicht Trump zu verdanken. Um sich bei ihm einzuschmeicheln, hat Pakistan seine Nominierung für den Nobelpreis angeregt. Und bekam 19 % Strafzoll aufgebrummt. Mittlerweile scheinen die USA Pakistan als Partner gegen China zu bevorzugen. Modi hingegen wendet sich derweil wieder verstärkt China zu und hat

sich gleich nach Verhängung der Strafzölle gegen sein Land demonstrativ zusammen mit Putin und Xi Jinping auf dem Gipfeltreffen der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) ablichten lassen.

Brasilien wurde mit einem Strafzoll von 50 % belegt, weil es gewagt hat, Trumps Kumpel Bolsonaro wegen versuchten Staatsstreichts zu 27 Jahren Haft zu verurteilen.

Auswirkungen

Trump's erratische Zickzack-Politik, heute Hü, morgen Hott, stört die Lieferketten und verursacht sowohl Chaos als auch Leid. Die Strafzölle haben die Länder in Asien erschüttert und für Turbulenzen an den Börsen gesorgt. Ihr Wirtschaftswachstum wird wegen des Exportrückgangs zurückgehen und die Zölle auf pharmazeutische Produkte belasten das Gesundheitssystem. Trumps Forderungen für zollfreien Zugang zu den einheimischen Märkten und Investitionen in den USA sind eine Belastung, die manche Länder nicht stemmen können. Die einheimischen Wirtschaften geraten unter Druck, weil der Zoll für Einfuhren aus den USA auf Null gesenkt wurde, während sie selber für Exporte dorthin 19 % und mehr zahlen. Regierungskrisen und Massendemonstrationen sind in vielen Ländern an der Tagesordnung. Auch wenn die Zölle nicht der Hauptauslöser dafür sind, so haben die daraus resultierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Bevölkerung verärgert, die Regierungen unter Druck gesetzt und zu Regierungskrisen geführt. (Japan, Indonesien, Südkorea, Thailand, Philippinen ...)

Die SCO und die BRICS-Staaten lehnen die neokoloniale Politik und die Versuche, anderen ihre Hegemonie aufzuzwingen, ab. Der SCO-Gipfel in Tianjin Ende August, an dem mehr als 30 Staatschefs und internationale Organisationen teilnahmen, war ein voller Erfolg für die Geburt einer neuen Weltordnung. Die SOC vereint die Kräfte, die eine multipolare Weltordnung anstreben und ergreift dafür auch konkrete Maßnahmen. Die Stärkung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen und die Umgehung der westlichen Sanktionen und des Dollarsystems waren das Hauptthema des diesjährigen Gipfels.

Die Hegemonie des US-Dollars ist das wichtigste Instrument der globalen Macht der USA. In Tianjin wurde beschlossen, eine eigene Entwicklungsbank der SCO zu gründen, um Projektfinanzierungen und Finanztransaktionen zwischen den SCO-Ländern zu vereinfachen und dem Sanktionsdruck des kollektiven Westens entgegenzuwirken. Die Schaffung einer neuen Sicherheitsarchitektur in Asien über eine enge Zusammenarbeit zwischen den SCO-Mitgliedstaaten ist der nächste Schritt. Neue Investitionsprojekte sind geplant, u.a. der Bau einer Eisenbahnverbindung zwischen Afghanistan, Indien, Iran, Pakistan, Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan. Der SCO-Gipfel war der nächste konkrete Schritt zur Konsolidierung des Globalen Südens auf Grundlage einer multipolaren Welt.

KLJ

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten Kubas Kriegshandlung gegen Venezuela muß gestoppt werden

Kuba hat wiederholt vor der zunehmenden Eskalation der Maßnahmen der Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Bolivarische Republik Venezuela gewarnt, deren offensichtliches Ziel es ist, die verfassungsmäßige Regierung von Präsident Nicolás Maduro Moros zu stürzen und eine unterwürfige Regierung zu installieren, die den Vereinigten Staaten das Erdöl, andere wichtige natürliche Ressourcen und sogar die Souveränität dieses Bruderlandes zur Verfügung stellt.

Nach der illegalen Zerstörung von Schiffen auf See, die angeblich dem Drogenhandel dienen, deren Zusammensetzung und Ziel jedoch unbekannt sind, und der Ermordung ihrer Besatzungsmitglieder, verschärft sich die Androhung von Gewalt gegen Venezuela durch die Ankündigung einer neuen Eskalationsphase, die militärische Aktionen gegen Ziele an Land beinhalten würde.

Die Vorwände für diesen außergewöhnlichen und irrationalen Militäraufmarsch der Vereinigten Staaten sind unbegründet und beruhen auf Unwahrheiten. Es ist weder rechtlich noch moralisch akzeptabel, daß diese Vorwände als Grundlage für eine militärische Aggression gegen einen souveränen Staat dienen. Die Gefahren für den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in Unserem Amerika sind real und unmittelbar.

Die venezolanische Regierung hat vor einem vereitelten Plan gewarnt, die US-Botschaft in Caracas mit Sprengstoff anzugreifen, der von einem rechtsextremen Teil Venezuelas organisiert worden war, um einen Vorwand für ein Eingreifen der US-Streitkräfte auf hoher See als Reaktion auf den angeblichen Terroranschlag auf ihre diplomatische Vertretung zu schaffen. Es wäre nicht das erste Mal, daß die Vereinigten Staaten zu solchen Manövern greifen, um militärische Aggressionen zu rechtfertigen.

Kriegstreiber wie der derzeitige Außenminister und die antikubanischen Kongreßabgeordneten aus Florida drohen unverantwortlich damit, die Militärmacht der Vereinigten Staaten gegen eine souveräne Nation Unseres Amerikas einzusetzen, als handele es sich um eine Polizeirazzia in einem Stadtteil.

Kuba ruft erneut dazu auf, die internationale Gemeinschaft zu mobilisieren, um eine Kriegshandlung gegen Venezuela zu verhindern.

Wir bekräftigen erneut unsere entschiedene und unerschütterliche Unterstützung für die bolivarische und chavistische Regierung Venezuelas und für die Militärische Volksunion des venezolanischen Volkes. Lateinamerika und die Karibik müssen eine Zone des Friedens bleiben.

Havanna, 9. Oktober 2025

<https://cubaminrex.cu>

Der Weg zum Nichtangriffsvertrag (Teil 3)

Im November 1938 war der rumänische König in Paris wegen Hilfe gegen die Deutschen vorstellig. Dort sagte man ihm eindeutig, daß in Osteuropa nun die Deutschen das Sagen hätten. Rumänien könne eine Sicherheitsgarantie für seine Unabhängigkeit, nicht aber für seine territoriale Integrität erhalten. Tatsächlich gab der Westen im April 1939 Rumänien eine derartige Sicherheitsgarantie, die aber nichts wert war.

Jene Sicherheitsgarantien hatten einen rein propagandistischen Effekt, täuschten Aktivität vor, schienen die eigene Bevölkerung zu beruhigen und hielten das Vertrauen an die Westmächte und ihren politischen Einfluß in Osteuropa am Leben.

Allein der Begriff Sicherheitsgarantie, und das durch Großmächte gegeben, suggeriert Autorität, Solidität, Effektivität und einen höheren Wert als direkte militärische Bündnisse. Praktisch hatten sie keinen Wert und verhiessen keinen wirksamen Schutz. In der Praxis waren sie weitläufig interpretierbar und beinhalteten keine konkreten Verpflichtungen.

Damit hatten sich Briten und Franzosen von jeglicher Hilfeleistung im Osten verabschiedet und diese Länder den Deutschen überlassen. Diese Tatsache ist heute kaum bekannt. Zudem hatten Paris und London sich Hitlerdeutschland gegenüber im Herbst 1938 zum Nichtangriff verpflichtet. Die Nazis hatten also freie Bahn! Daher konnten sie im März 1939 ohne die geringsten Bedenken das Münchener Abkommen brechen, die restliche ČSR zerschlagen und das Memel-Land annektieren.

Dennoch brachte die Zerschlagung der ČSR Unruhe in den Westen, allerdings keine Kampfbereitschaft. Um die Bevölkerung zu beruhigen, wurden nun Verhandlungsangebote zu einem antideutschen Bündnis nach Moskau gesandt und Polen, das sich nun den deutschen Forderungen widersetzt, Sicherheitsgarantien gegeben. Das Land hatte durch seine enge Zusammenarbeit und sein Zusammengehen mit den Nazis bei der Zerschlagung und Besetzung der ČSR 1938 im Westen an Sympathie verloren. Insofern war das ein außenpolitischer Erfolg.

Die Sowjetführung hingegen, die seit 20 Jahren die Westmächte als Hauptgegner hatte, blickte erneut weiter voraus. Auf dem XVIII. KPdSU-Parteitag im März 1939 wurde verkündet, daß die UdSSR nicht für andere die Kastanien aus dem Feuer holen

werde. Die Sowjetunion würde sich nicht in einen Konflikt europäischer Mächte untereinander einmischen, sondern draußen bleiben. Der spätere Nichtangriffsvertrag konnte also keine Überraschung sein, wie bis heute behauptet wird.

Doch gerade das wollte der Westen nicht. Die UdSSR sollte in ein diffuses Bündnis

Die UdSSR verhandelte dennoch weiter aus drei Gründen: Der Westen nutzte erstens propagandistisch seine diplomatischen Aktivitäten, um Friedenswillen und Verhandlungsbereitschaft zu demonstrieren. Moskau mußte darauf eingehen, solange noch eine geringe Chance zu einem Bündnis bestand.

Zweitens war Polen kampfbereit, was Moskau immer wieder in den diplomatischen Verkehr einbrachte und Hoffnungen auf ein Bündnis nährte.

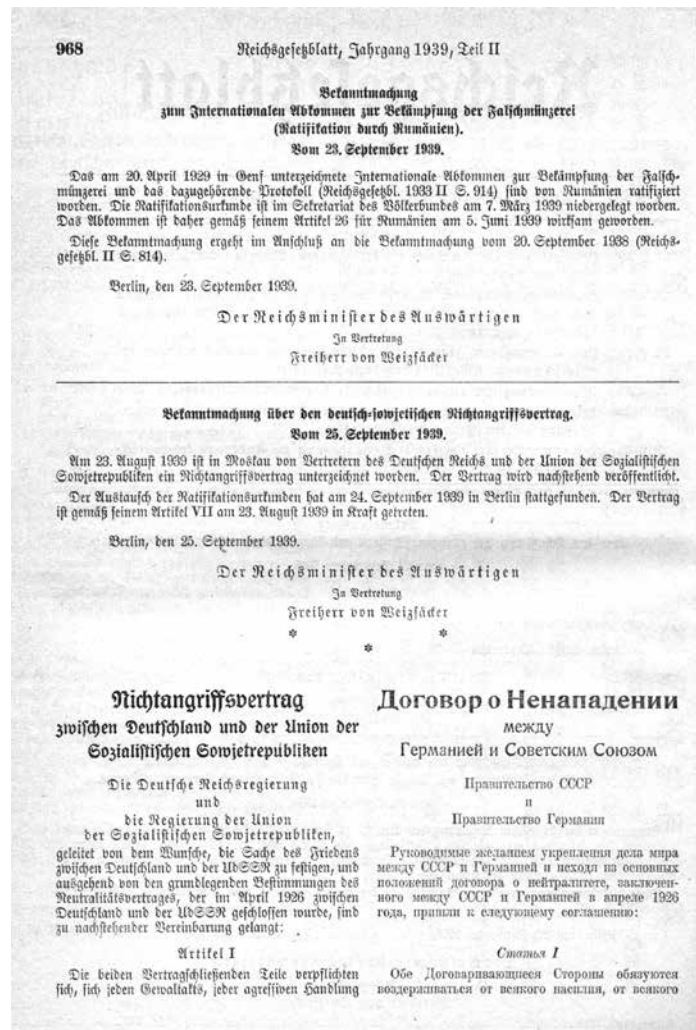
Drittens gab es eine ernste Gefahr für die UdSSR im Fernen Osten. Japan begann im Mai 1939 einen Angriff auf mongolisch-sowjetische Streitkräfte und konnte erst im August besiegt werden. Moskau mußte also alle Möglichkeiten prüfen und nutzen, um sich aus einem Zweifrontenkrieg herauszuhalten und nicht in die Falle der Westmächte zu tappen.

Am 17. April 1939 schlug Moskau dem Westen ein ausgewogenes Militärbündnisprojekt vor, das nur die UdSSR, Großbritannien und Frankreich betroffen hätte. Polen wäre nicht einbegriffen, doch durch die westlichen Sicherheitsgarantien, verstärkt durch ein wirksames Bündnis, geschützt gewesen. Doch Polen lehnte wieder ab. Für den Westen war das ein Vorwand, auf das Projekt nicht einzugehen.

Selbst wenn Polen sich weiter verweigert hätte, wäre bei einem effektiven Kampfeinsatz des Westens gegen die Nazis für Polen eine günstige Lage entstanden, die möglicherweise eine direkte sowjetische Beteiligung überflüssig gemacht

hätte. Daher war Moskau in erster Linie an der Realisierung seines Vorschlags interessiert, doch der Westen äußerte sich nicht. Nach fast zwei Monaten ergebnisloser diplomatischer Bemühungen warf Moskau am 29. Juni dem Westen in einem „Prawda“-Artikel vor, nicht an einem Bündnis interessiert zu sein und nicht kämpfen zu wollen. Damit wurde erreicht, daß der Westen nun direkte Verhandlungen ankündigte, die allerdings erst zwei Monate später stattfinden sollten. Die Hoffnung auf ein Bündnis mit Großbritannien und Frankreich schwand immer mehr, doch Moskau gab nicht auf.

Der Westen hatte allerdings schon seine Entscheidung getroffen. Wie der polnische Historiker Lech Wyszczelski herausfand, wurden sich Paris und London bereits am



Aus dem „Reichsgesetzblatt“, 1939

in Osteuropa gebunden, ihr die Hauptlast zugeordnet und so bei einem deutschen Angriff zur direkten Konfrontation mit den Nazis gezwungen werden.

Daran wollten die Westeuropäer allerdings nicht direkt beteiligt werden. Doch dem widersetzten sich die Polen, die kein Bündnis mit Moskau wollten. Sowjetische Truppen sollten nicht nach Polen kommen. Sollte ganz Polen durch die Nazis besetzt werden, so könnte anschließend die Rote Armee eingreifen, ohne polnisches Territorium zu betreten. Damit hätte der Westen sein Ziel erreicht!

Da die Polen bis zum Schluß bei ihrer Ablehnung blieben, waren die westlichen Pläne zur Einbeziehung der UdSSR in ein selbstmörderisches oder zumindest fragwürdiges Bündnisssystem praktisch vom Tisch.

4. Mai einig, Polen nicht zu unterstützen, es aber hinzuhalten. So schloß Paris im gleichen Monat mit Polen eine Militärkonvention ab, nachdem Frankreich und somit der Westen 15 Tage nach einer deutschen Aggression auf Polen im Westen eine Großoffensive gegen die Nazis beginnen sollte. Die Polen fühlten sich erleichtert und sicher. Die Nazis waren offenbar über die kapitulantenhafte Haltung der Westmächte ausreichend informiert.

Am 23. Mai hatte Hitler auf einer Kommandeurstagung erklärt, den Krieg auch zu beginnen, wenn sich die UdSSR und die Westmächte gegen ihn verbünden würden: „Grundsatz: Auseinandersetzung mit Polen – beginnend mit Angriff gegen Polen – ist nur dann von Erfolg, wenn der Westen aus dem Spiel bleibt. Ist das nicht möglich, dann ist es besser, den Westen anzufallen und dabei Polen zugleich zu erledigen ... Ein Bündnis Frankreich-England-Rußland gegen Deutschland-Italien-Japan würde mich veranlassen, mit einigen vernichtenden Schlägen England und Frankreich anzugreifen.“

Hitler wollte unbedingt den Krieg, die UdSSR hatte daran keinen Anteil. Es war Hitlers Wunsch, noch zu seinen aktiven Lebzeiten den Krieg zu führen, aber es gab zudem wirtschaftliche Gründe: Die deutsche Kriegswirtschaft, die vor allem auf Pump finanziert wurde, kam an ihre Grenzen. Die Reserven reichten nur noch für ein Jahr. Eine Wirtschaftskrise stand bevor, die das Nazisystem hätte grundsätzlich erschüttern können. Der Krieg mußte also bald kommen!

Hitlers Plan wäre so kaum durchführbar gewesen und hätte Deutschland sofort in einen Zweifrontenkrieg geführt. Den wollte er unbedingt vermeiden.

Einem Bündnis des Westens mit der UdSSR, die im Falle einer deutschen Aggression gegen Polen nicht untätig geblieben wäre, war Deutschland noch nicht gewachsen. Angesichts des regen diplomatischen Verkehrs des Westens mit Moskau war man sich in Berlin nicht mehr sicher, ob der Westen auch dieses Mal Deutschland gewähren ließ. So begannen Geheimverhandlungen mit den Briten, die unterhalb der Regierungsebene bis November 1939 geführt wurden. Sie brachten den Nazis keinen Erfolg, obwohl die Briten zu weitgehenden Zugeständnissen bereit waren. Zugleich signalisierten sie, daß sie mit dem Westen rechnen mußten. Das war in Moskau bekannt.

Es schien nun angeraten zu sein, die ungünstigere Option ins Auge zu fassen, die schon auf dem letzten KPdSU-Parteitag in aller Munde war: Wir bleiben bei einem Krieg draußen. Das hieß, mit den Deutschen einen Nichtangriffsvertrag zu schließen.

Heute wird behauptet, daß sich Moskau aus imperialen Gründen von vornherein mit den Deutschen einigen wollte und die Option eines Bündnisses mit dem Westen ablehnte. Der Westen habe sich geweigert, die UdSSR

dadür mit einem Gebietszuwachs zu honorieren. Hitler hingegen sei dazu bereit gewesen und das hätte den Ausschlag gegeben.

Falsch: Man brauchte die Sowjets nicht zu honorieren, denn sie wollten seit Jahren ein Bündnis mit dem Westen. Zu keiner Zeit gab es in diesen Verhandlungen sowjetische Gebietsansprüche.

Im Verlauf der nächsten Jahre waren es hingegen die Westmächte, die alle sowjetischen Gebietszuwächse von 1939/40 auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam bestätigten.

Eine „deutsche Option“, eine andere Entscheidungsmöglichkeit für die UdSSR, gab es bis zum Sommer 1939 nicht.

Eine auf vielen Gebieten erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Berlin und Moskau, wie in der Weimarer Republik, gab es aber nicht mehr. Dennoch wurde unter Hitler die Verlängerung des Berliner Neutralitätsvertrages von 1926 im Mai 1933 ratifiziert und war fortan gültig.

Hier gab es also rein formal ein Vertragswerk, an das man anknüpfen konnte. Das wird heute verschwiegen, auch, daß das Nichtangriffsabkommen de facto einem Neutralitätsabkommen gleichkam. Es entbehrt jeder Grundlage, dessen Zustandekommen der UdSSR anzulasten. Ein derartiges Abkommen konnte auch keinen Krieg auslösen, wie der UdSSR bis heute angelastet wird. Es konnte vielmehr für beide Vertragspartner Krieg verhindern, was die Sowjets wollten.

Es wird behauptet, daß der Nichtangriffsvertrag von der UdSSR initiiert worden sei. Der Nazi-Außenminister Joachim von Ribbentrop bekannte sich allerdings während des Internationalen Kriegsverbrecherprozesses in Nürnberg im März und April 1946 eindeutig zur deutschen Initiative. Hitler und er waren hierbei die treibenden Kräfte. Am 28. Juni machte der deutsche Botschafter Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg dem Außenminister Wjatscheslaw Molotow in Moskau den Vorschlag eines Nichtangriffsvertrages. Der wich einer konkreten Antwort aus. Am 26. Juli wandte sich die deutsche Regierung erneut an die sowjetische Botschaft in Berlin. Wiederum erfolgte keine Reaktion aus Moskau.

Nun legte Berlin zu. Am 3. August bat Außenminister Ribbentrop den sowjetischen Geschäftsträger zu sich. Ribbentrop versprach ein aktualisiertes Neutralitätsabkommen. Moskau erklärte sich dazu nicht. Einen Tag später meldete von der Schulenburg nach Berlin, daß in Moskau alles für ein Bündnis mit den Franzosen und Briten spreche. Jetzt wurde man in Berlin unruhig und verlangte am 10. August vom sowjetischen Vertreter eine unverzügliche Stellungnahme aus Moskau.

Dort wartete man aber auf die Briten und Franzosen, die sich erst am 5. August in Bewegung setzten. Ihre Vertreter trafen am 10. August ein und verhandelten ohne Kompetenz und Vollmacht, so daß die

sowjetische Seite sich zusätzlich nicht als gleichberechtigt, sondern auch noch hintergangen und hingehalten fühlte.

In dieser Situation überreichte am 17. August der deutsche Botschafter Außenminister Molotow eine Note seiner Regierung, in der die Bereitschaft zum Abschluß eines Nichtangriffsvertrages bekundet wurde.

Damit war für die Sowjetunion eine neue Lage entstanden, die heute von der westlichen Geschichtsschreibung und der Propaganda völlig ausgeblendet wird: Die Ablehnung eines Nichtangriffsabkommens kann die ablehnende Seite völkerrechtlich ins Unrecht setzen, den Verdacht von Kriegsvorbereitungen nahelegen und, was noch wichtiger ist, einen eigenen Angriff als berechtigte Gegenmaßnahme rechtfertigen. Die UdSSR stand also unter Zugzwang, auf den sie aber vorbereitet war. Noch am gleichen Tag erklärte sich Moskau bereit, den deutschen Außenminister am 26. oder 27. August zu empfangen. Moskau wollte also auch hier noch mindestens eine Woche abwarten und mit den Westmächten zu irgendeinem Ergebnis kommen, was auch wieder für die Bevorzugung der westlichen Option spricht. Doch mit den britischen und französischen Unterhändlern, die nicht legitimiert waren, kam man nicht weiter. Sie wichen einem Bündnisvertrag aus, über den noch Monate verhandelt werden sollte. Damit waren für die sowjetische Seite alle Möglichkeiten ausgereizt.

Die westliche Seite hatte nichts anzubieten, noch nicht einmal die Möglichkeit, durch ein Bündnis dem sich abzeichnenden Krieg entgegenzuwirken. Die erfolglosen Verhandlungen mit den westlichen Vertretern wurden daher abgebrochen.

Eine westliche Option, eine mögliche reale Wahl, eine Alternative zur deutschen, gab es für die UdSSR nicht! Schlimmer noch: Die UdSSR hatte keine andere Wahl!

Die Sowjetunion betonte jedoch damals, daß sie weiterhin an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den Westmächten interessiert sei und Verhandlungen später fortgeführt werden könnten. Sie signalisierte damit, daß sie zwar nicht jetzt, aber in Zukunft über das gleiche Thema diskutieren könnte. Diese Erklärung wurde vom Westen bewußt falsch interpretiert: Die Sowjets hatten sich einem Bündnis mit dem Westen nicht verweigert, sondern es verschoben. Das war insofern wichtig, da die Westmächte später fast reibungslos die Beziehungen mit der UdSSR intensivieren konnten.

Es gab also keine Entscheidung gegen den Westen und für die Nazis, denn der Nichtangriffsvertrag war kein Bündnisvertrag.

Am 21. August ließ Hitler persönlich in einer Eilbotschaft in Moskau anfragen, ob Ribbentrop schon in den nächsten Tagen empfangen werden könne. Der Außenminister wurde am 23. August in Moskau empfangen und der Vertrag unterzeichnet.

Dr. Holger Michael

Warum das Adenauer-Kabinett eine historische Chance ausschlug

Vor 75 Jahren, am 30.11.1950, schlug der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, in einem persönlichen Schreiben an Bundeskanzler Konrad Adenauer die Bildung eines paritätischen, aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zusammengesetzten „Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates“ vor. Die Einsetzung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung sollten vorbereitet, die vier Siegermächte bei der Ausarbeitung eines Friedensvertrages konsultiert und gesamtdeutsche Wahlen organisiert werden. Adenauer ließ sich mit einer Antwort bewußt Zeit. Kein persönlicher Antwortbrief an Grotewohl, keine Debatte im westdeutschen Parlament, geschweige denn in der Öffentlichkeit. Bundespräsident Theodor Heuss bot am 4.12.1951 Adenauer an, die Antwort selbst zu formulieren („Vielleicht haben sie sich schon Gedanken gemacht, ob und wie Sie hierauf reagieren werden. Ganz ohne Reaktion sollte (...) das Schreiben nicht bleiben, und nach meinem politischen Gefühl erträgt die Unruhe, die durch diese Tage geht, keine pointierte Verschärfung.“). Doch der Kanzler reagierte nicht. Nachdem der Volkskammerabgeordnete Max Seydewitz (SED) ebenfalls um eine Antwort des Bundeskanzleramts nachgesucht hatte, setzte das Bonner „Ministerium für gesamtdeutsche Fragen“ am 9.1.1951 eine Besprechung an. Im Protokoll ist zu lesen: Adenauer wolle die „amerikanische Position auf der Viererkonferenz (gemeint war die bevorstehende Viermächtekonferenz) stärken. Diese Stärkung kann nur durch ein Scheitern der innerdeutschen Gespräche erfolgen“. Kein Wort sollte über dieses Motiv nach außen dringen. Am 12.12.1950 wurde auch die SPD-Fraktion von Adenauer zur Geheimhaltung verpflichtet.

Seit Ende 1947 waren die Kontakte zwischen der Sowjetunion und den Westalliierten eingefroren. Ursprünglich sollte ein Friedensvertrag mit Deutschland ausgearbeitet werden und auf Vorschlag der Sowjetunion das Thema nun wieder auf die Tagesordnung kommen. Zu klären sei auch der aktuelle Stand der sich aus dem Potsdamer Abkommen für Ost- und Westdeutschland ergebenden Verpflichtungen und insbesondere die Entmilitarisierung Deutschlands. Die USA verzögerten die Durchführung einer Viererkonferenz und schufen derweil vollendete Tatsachen. Als die Alliierten dann doch im Februar 1954 zusammenkamen, ging man wegen unüberbrückbarer Positionen vorzeitig

wieder auseinander. Dabei hatte die Adenauer-Regierung schon 1950 die Weichen in Richtung endgültiger Trennung beider deutscher Staaten gestellt. Die Einbindung Westdeutschlands in transatlantische Strukturen wurde forciert und hierzu dienliche vertragliche Bindungen eingegangen. Auf der „Londoner Konferenz“ der Außenminister der Westalliierten (11. bis 13.5.1950) war das Basiskonzept der Westintegration politisch beschlossen worden,



Briefmarke aus der Zeit des Kampfes um ein friedliches einheitliches Deutschland (zum 3. Deutschen Volkskongreß, 1949)

ökonomisch befördert durch den wenige Tage zuvor veröffentlichten „Schuman-Plan“ (benannt nach dem französischen Außenminister Robert Schumann). Der Weg der BRD führte in die „Montan-Union“ („Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“), die später in das Konstrukt der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)“ mündete. Dementsprechend eingeordnet, fiel Adenauers Reaktion auf die Vorschläge Grotewohls aus. Da der Kanzler den unbequemen Vorhaltungen der KPD im Bundestag entgehen wollte, wählte er den Weg über eine Proklamation und trat am Mittag des 15.1.1951 vor die Bonner Hauptstadtpresse. Selbstverständlich fiel kein Wort zu seinen wahren Absichten, Adenauer schlug mit verhetzter Diktion die ausgestreckte Hand des DDR-Ministerpräsidenten aus: Kein gemeinsamer Weg beider deutscher Staaten. „Die gegenwärtigen Machthaber in der sowjetischen Besatzungszone“ führten eine bloße Propagandakampagne „mit dem Ziel ‚im deutschen Volke den Eindruck zu erwecken, daß die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes an dem bösen Willen der Bundesrepublik Deutschland scheitert (...)‘. Nur zehn Tage nach dem Grotewohl-Brief wurde in der Ostzone das Gesetz erlassen, daß

den schönen Namen führt ‚Zum Schutze des Friedens‘. Dieses Gesetz (...) stellt ein Instrument des Terrors dar, das den antikomunistischen Widerstand in der Ostzone brechen, aber auch die entschlossene freiheitliche Haltung der westdeutschen Bevölkerung und ihrer aus freien Wahlen hervorgegangenen Vertretungen erschüttern soll.“

Das DDR-Friedensgesetz also ein „Instrument des Terrors“? In der Tat konnte sein Inhalt jeden Revanchisten, Militaristen und Kriegsvorbereiter das Grausen lehren. Das am 16.12.1950 in Kraft getretene Gesetz stellte das Propagieren eines Angriffskrieges, die Kriegshetze, „die Wiederaufrichtung des aggressiven deutschen Militarismus und Imperialismus oder die Einbeziehung Deutschlands in einen aggressiven Militärblock“ und die „Verwendung von Atomwaffen oder anderer Massenvernichtungsmittel“ unter Strafe. Das konnte keinem Revanchisten gefallen. Worüber in der Bonner Pressekonferenz nicht geredet wurde: Am 19.9.1950 hatte die Adenauer-Regierung per Kabinettsdekret bereits den Startschuß für die flächendeckende Verfolgung der Kommunisten und Friedenskräfte gegeben. Zielsetzung: „Die Anhänger des Kommunismus aus den Stellen der Bundesregierung, seien sie als Arbeiter, als Angestellte, als Beamte tätig, rücksichtslos zu entfernen.“ Die Anträge zum FDJ-Verbot (1951) und KPD-Verbot (1956) lagen schon in der Schublade des Innenministeriums, das Strafrechtsänderungsgesetz vom 30.8.1951 brachte die Hatz auf Friedensfreunde und kritische Geister auf ein neues Level: Tausende Berufsverbote, bundesweit über 125 000 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren und 7000 Angeklagte, die wegen politischer Delikte verurteilt wurden. Neun von zehn Beschuldigten waren Mitglieder oder Sympathisanten von KPD und FDJ. Mit Organisationsverboten, Straf- und Disziplinarverfahren gegen Kommunisten sollten die zentralen Anliegen eines fortschrittlichen und friedliebenden Deutschlands aus den Köpfen der Menschen verbannt werden. Die Initiativen Wilhelm Piecks („gerechter Friedensvertrag und Abzug aller Besatzungstruppen“, 26.8.1950), Otto Grotewohls, der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“, als auch die von SED und KPD, durch Briefe, diplomatische Noten, Aufrufe und Kundgebungen einen Prozeß der innerdeutschen

Konsultationen, Beratungen hin zu freien gesamtdeutschen Wahlen und einem blockfreien Deutschland, das als erstes einen Friedensvertrag abschließen würde, waren zwischen 1950 und 1952 unzählig. In der gleichen Phase arbeitete die Adenauer-Regierung an der Vertiefung der innerdeutschen Spaltung, der Intensivierung der Westbindung und dem Hintertreiben eines Friedensvertrages. Schon im Oktober 1950 hatte der französische Premierminister René Pleven einen Plan zur Schaffung einer europäischen Armee vorgelegt, die BRD sollte sich daran beteiligen. Adenauer formulierte die Bedingungen: Ablösung des Besatzungsstatuts und Wiederbewaffnung. Am 27.5.1952 unterzeichneten die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs, der Niederlande, Italiens und der BRD den Vertrag zur Gründung der gemeinsamen Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Dieser trat nur deshalb nicht in Kraft, weil im August 1954 das französische Parlament seine Zustimmung verweigerte. Die Alternative war schnell gefunden, bereits im Mai 1955 trat die BRD der NATO bei, im November des gleichen Jahres formierte sich die Bundeswehr.

Die fortschrittlichen Kräfte ignorierten diese Entwicklung nicht, sondern organisierten unermüdlich und auf allen Ebenen den Widerstand. Die Nationale Front und die KPD schufen 1950/1951 im Westen unter widrigsten Bedingungen hunderte von Ausschüssen zur Wiederherstellung der Einheit eines in Zukunft friedlichen Deutschlands. Die KPD hatte in Koordination mit der SED am 21.3.1950 ein Strategiepapier auf den Weg gebracht, das bis in jede Grundorganisation die Kampagne für gesamtdeutsche Konsultationen bekannt machte. Monatlich zwischen 200 000 und 400 000 Briefsendungen mit Broschüren und dem Programm der Nationalen Front wurden von Osten nach Westen versandt. Walter Ulbricht hatte auf der Tagung des ZK der SED am 27.10.1950 bekräftigt, daß die beiden deutschen Staaten auf der Basis des „Willens zum Kompromiß“ endlich innerdeutsche Verhandlungen aufnehmen sollten. Die Volkskammer der DDR appellierte an den Bundestag am 30.1.1951 („Deutsche an einen Tisch“), wiederholt am 15.9.1951, zuletzt am 19.9.1952, Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann forderte am 5.3.1951 die Einberufung einer Konferenz zur Vorbereitung eines Friedensvertrages. Vier zentrale Forderungen waren es, die die DDR aufstellte: Abzug aller Besatzungstruppen, Wiederherstellung der deutschen Einheit durch gesamtdeutsche Wahlen, Schaffung eines unabhängigen, neutralen, entmilitarisierten Deutschlands, Aufnahme von Verhandlungen zu einem Friedensvertrag. Die Unterschriftenaktion im Westen („Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag?“) führte

zu 5 917 683 zustimmenden Antworten – bevor die Volksbefragung am 24.4.1951 durch das Adenauer-Regime verboten wurde.

Auf internationaler Ebene konterten die am 20. und 21.10.1950 in Prag tagenden osteuropäischen Außenminister die zuvor auf der Außenministerkonferenz der Westmächte (19.9.1950) bekräftigte Einbindung der BRD in ein westliches Militärbündnis und forderten die baldige Einberufung der Viermächtekonferenz. Die Sowjetunion schloß sich am 3.11.1950 an. Der Ruf verhalte an der Ignoranz der Westmächte. Der „SPIEGEL“ titelte in seiner Ausgabe vom 6.2.1951: „Gebt Grotewohl eine Antwort! – Regierung und Opposition in Bonn stehen mit dem Rücken zur Wand“. KPD und FDJ brachten den Druck derweil auf die Straße: Ab Anfang Dezember 1950 kursierten zigtausende Flugblätter mit dem Text des Grotewohl-Briefs. Die Führung der SPD bekundete nicht nur Desinteresse, sondern Feindschaft. Ihr Vorsitzender Kurt Schumacher: „Es darf keine Unterschriften geben, es darf keine Gemeinsamkeit der Kundgebungen geben, es darf keine Aktionseinheiten geben.“ Indes konnte weder die Unterdrückung durch die Adenauer-Regierung noch die Haltung der SPD-Führung zur Friedensfrage verhindern, daß in der Bevölkerung Wiederbewaffnung, Spalterpolitik und Liebedienerei gegenüber den USA auf erheblichen Protest und Gegenwehr stieß. Viele sahen den Versuch der Sowjetunion, durch die sogenannten Stalin-Noten vom 10.3. und 9.4.1952 doch noch eine Wende in der Deutschlandpolitik herbeizuführen, als „letzte Chance“ an. Adressiert an die Westmächte rief die UdSSR dazu auf, unter Beteiligung der beiden deutschen Seiten einen Friedensvertrag auf Grundlage des Potsdamer Abkommens 1945 auszuarbeiten. Der Entwurf eines solchen Friedensvertrags lag dem Aufruf bei (Beendigung der Besatzung, Streitkräfte zur nationalen Verteidigung, keine Mitgliedschaft in Militärbündnissen, Neutralität, Friedensvertrag).

Für viele noch Skeptische war überraschend, daß die Sowjetunion offensichtlich ein neutrales Deutschland akzeptieren würde. Adenauer sah in den „Stalin-Noten“ ein Ablenkungsmanöver, ein bewußtes Provozieren einer Ablehnung durch die Westmächte. So könne dann die Sowjetunion dem Westen die Schuld für die deutsche Teilung zuschieben: 28. März 1952: „Wenn Deutschland wirklich neutralisiert wäre, wenn dann die Integration Europas unmöglich wäre, würde Amerika Europa verlassen und dieses arme, zusammengebrochene Europa würde gegenüberstehen dem ungeheuren Koloß im Osten ...“ (Bonn, 28.3.52). In der westdeutschen Geschichtswissenschaft tobte bis in die späten 80er Jahre der Streit, ob die „Stalin-Noten“

lediglich eine „Finte“ der Sowjetunion waren oder ob, wie eine starke Gruppe von Wissenschaftlern meinte, die Absage des Westens eher eine „vertane historische Chance“ war. Seit der Öffnung der Moskauer Archive Anfang der 90er Jahre ist dieser Streit entschieden. Interner Schriftverkehr der vom ZK der KPdSU geführten Kommission „zur Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages und zur Schaffung eines friedliebenden Deutschlands“ aus den Jahren 1951/1952 belegt die Ernsthaftigkeit und das Interesse der Sowjetunion an einem befriedenden Schlußstrich unter die Geschichte des militaristischen Deutschland. Bis heute ist ein Friedensvertrag nie geschlossen worden. Diejenigen, die damals den Frieden ablehnten, sind von derselben Couleure wie jene, die heute wieder vom Krieg gegen den Osten träumen.

Dr. Ralf Hohmann

Wir nehmen Abschied

Am 29. September ist

Sonja Brendel

aus Berlin mit 96 Jahren gestorben. Sonja war seit Bestehen des „RotFuchs“ an unserer Seite. Als Mitglied des Vorstandes des RF und später der Revisionskommission war sie ob ihrer unbedingten Zuverlässigkeit, Hilfsbereitschaft und Unterstützung, nicht zuletzt ob ihres klaren Klassenstandpunktes unser aller Vorbild. Der „RotFuchs“ war im wahrsten Wortsinn bei ihr „zu Hause“. Für organisatorische oder versandtechnische Aufgaben stellte sie ihre eigene Wohnung zur Verfügung, auch dann noch, als diese für die wachsende Anzahl der zu versendenden Hefte fast zu klein wurde. Sie übernahm wie selbstverständlich die Verantwortung für die gute Verpflegung bei Vorstandssitzungen, sorgte sich umsichtig und selbstlos um die Betreuung älterer Mitglieder des Vereins, war immer zur Stelle, wenn es galt, „Kastanien aus dem Feuer“ zu holen. Sie war über Jahrzehnte die „Mutter des „RotFuchs““. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren und sprechen ihrer Tochter Monika unser tiefes Mitgefühl aus.

Die Trauerfeier findet am 7. November um 10.30 Uhr auf dem Friedhof Berlin-Karlshorst statt.

Vorstand und Redaktion

Der 3. Oktober 1990 – Geschichtspolitik und das Einheitsnarrativ

Der 3. Oktober 1990 wird in der Bundesrepublik als „Tag der Deutschen Einheit“ gefeiert. Es handelt sich dabei nicht um eine neutrale Erinnerung, sondern um ein politisches Ritual der herrschenden Klasse. Mit Denkmälern wie dem geplanten „Freiheits- und Einheitsdenkmal“ in Leipzig, dessen Grundstein im Oktober gelegt wurde, sowie staatlich inszenierten Feierlichkeiten und schulischer Geschichtserziehung wird ein hegemoniales Narrativ verankert: Die Eingliederung der DDR sei das Resultat einer „friedlichen Revolution“, die Freiheit, Demokratie und Wohlstand gebracht habe. Diese Darstellung blendet aus, daß es sich in Wirklichkeit um eine Konterrevolution und die vollständige Zerschlagung des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden handelte. Der Anschluß der DDR an die BRD vollzog die Restauration kapitalistischer Eigentumsverhältnisse und setzte die Macht der westdeutschen Bourgeoisie über ganz Deutschland durch.

Ökonomische und soziale Folgen

Tatsächlich handelte es sich bei der Eingliederung der DDR in die BRD sowohl um eine Konterrevolution als auch um eine Annexion im völkerrechtlichen Sinne: Die demokratisch organisierten Strukturen des sozialistischen Staates wurden systematisch aufgelöst, alle Institutionen und Betriebe auf westdeutsche Maßstäbe übertragen und die Bevölkerung unter die politische und ökonomische Kontrolle der westdeutschen Bourgeoisie gebracht. „Unter Annexion versteht man den gewaltsamen Gebietserwerb eines Staates auf Kosten eines anderen“ (Wörterbuch des Völkerrechts). Zwar erfolgte die Zerschlagung der DDR formal durch politische und rechtliche Verfahren, doch die umfassende wirtschaftliche und rechtliche Integration unter westdeutscher Dominanz zeigt, daß hier ein gewaltsamer Macht- und Eigentumsübergang stattfand. Konterrevolution und Annexion sind untrennbar miteinander verbunden: Der Sturz der sozialistischen Gesellschaftsordnung war gleichzeitig die formale und materielle Aneignung eines Staates durch die westdeutsche Bourgeoisie. Die politische Einflußnahme der BRD zeigte sich auch bei der letzten Volkskammerwahl im März 1990: Mit maßgeblicher Einmischung wurden rund 7,5 Millionen DM Wahlkampfspenden bereitgestellt, dazu rund 25 Tonnen Wahlkampfmaterial, um das Wahlergebnis in Richtung einer schnellen Eingliederung zu lenken. Die Errungenschaften der DDR – von umfassender Bildung über sozialen Ausgleich bis hin zu Friedenspolitik und internationaler Solidarität – waren nur durch den

Sozialismus möglich. Planwirtschaft und der zielgerichtete Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ermöglichten, daß Arbeitsplätze gesichert, Industrie aufgebaut und soziale Rechte verwirklicht werden konnten. Diese Leistungen sind nicht das Ergebnis einer „Mischwirtschaft“ oder des Nebeneinanders kapitalistischer und sozialistischer Elemente – Versuche, Elemente beider Produktionsweisen zu kombinieren, zeigen heute mehr denn je, daß die Macht der Monopole und die Logik des Kapitals alle sozialen Bestrebungen überlagern und neutralisieren.

In den 40 Jahren ihres Bestehens schuf die DDR, auf den Ruinen des Faschismus aufbauend, einen Gesamtwert von etwa 1,4 Billionen DM. Mit der sogenannten Wiedervereinigung wurden sämtliche Strukturen dieses sozialistischen Staates aufgelöst, das westdeutsche Rechtssystem übernommen und alle Institutionen, Betriebe und gesellschaftlichen Strukturen schnell abgewickelt oder „umstrukturiert“. Die Treuhandanstalt übernahm 8500 Betriebe mit 45 000 Betriebsstätten, in denen rund vier Millionen Menschen beschäftigt waren. 6500 Unternehmen wurden privatisiert und weit unter Wert verkauft – zum Teil symbolisch für eine D-Mark –, rund 80 % an westdeutsche Kapitalisten, 15 % an ausländische Investoren und nur 5 % an Ostdeutsche (*Treuhandanstalt online*: https://treuhandanstalt.online/?utm_source=chatgpt.com).

Zwei Drittel der Arbeitsplätze gingen verloren, viele in der DDR praktizierte Arbeitsrechte wurden abgebaut, Verstöße der Käufer gegen Auflagen zur Arbeitsplatzsicherung blieben weitgehend ungestraft. Westdeutsche Käufer wurden staatlich subventioniert. Die Folgen dieser Politik sind bis heute spürbar: In Ostdeutschland existieren nur noch rund 850 000 Industrie-arbeitsplätze – vier- bis fünfmal weniger als zu DDR-Zeiten. Im Agrarsektor wurden ehemalige DDR-Flächen zum internationalen Spekulationsobjekt; einheimische Bauern konnten die stark steigenden Bodenpreise nicht aufbringen, während Agrarkonzerne aus Westdeutschland und anderen EU-Staaten Eigentümer wurden. Bis heute bestehen die sozialen Unterschiede zwischen Ost und West fort. Die vielfach beschworene „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ ist nicht erreicht. Laut einer aktuellen Untersuchung betrug der Lohnunterschied zwischen Ost- und Westdeutschland im Jahr 2024 durchschnittlich mehr als 13 000 Euro jährlich (*Tagesschau*, 19.9.2024: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/lohnunterschied-ost-west-gewachsen-100>).

[html?utm_source=chatgpt.com](https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/lohnunterschied-ost-west-gewachsen-100)). Hinzu kommt ein massiver Rückstand bei privatem Vermögen, Unternehmenssitz und zentraler Infrastruktur.

Gleichzeitig bedeutete die Eingliederung auch die Einbindung der Bevölkerung in imperialistische Politik: 1999 führte die Bundeswehr mit dem Angriff auf Jugoslawien den ersten Kriegseinsatz nach 1945 durch. Heute sind die östlichen Bundesländer zentrale Standorte für NATO-Truppen und Aufmarschgebiet gegen Rußland.

Der verdrängte Charakter der DDR

Die DDR wird in der öffentlichen Wahrnehmung oft reduziert auf Mangelwirtschaft, Repression und „Stasi“. Tatsächlich bot der sozialistische Staat umfassende Errungenschaften: Recht auf Arbeit, kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung, eine egalitäre Rentenstruktur, Förderung von Kultur, Sport und Wissenschaft sowie eine konsequente Friedenspolitik. International war die DDR ein verlässlicher Partner in Befreiungskämpfen und der internationalen Solidarität.

Diese Errungenschaften sind nur im Kontext des sozialistischen Aufbaus und der Planwirtschaft verständlich. Die ungeheuren Kraftanstrengungen, die nötig waren, um nach Faschismus und Krieg eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, werden durch antikommunistische Propaganda in sämtlichen Lebensbereichen und Geschichtsrevisionismus weitgehend verschleiert oder heruntergespielt.

Antikommunistische Propaganda wirkt über nahezu alle gesellschaftlichen Institutionen – von Schulen und Universitäten über Medien bis hin zu kulturellen Diskursen. Historische Ereignisse und Errungenschaften der DDR werden selektiv dargestellt, oft aus dem Zusammenhang gerissen oder auf symbolische Skandale reduziert. Dieses gezielte Framing erzeugt die Wahrnehmung, daß Mangelwirtschaft, politische Repression und „Stasi“ die zentralen Merkmale der DDR gewesen seien, während die Errungenschaften oft unpolitisch benannt oder auf individuelle Stärken zurückgeführt werden. Plattformen der Gegendarstellung sind dabei kaum vorhanden oder besitzen keinerlei Reichweite, um den Diskurs zu beeinflussen. Zugleich werden reale Probleme als Hebel genutzt, um das gesamte sozialistische Projekt zu delegitimieren: Es wird nicht hinterfragt, warum diese Probleme entstanden, welche Sachzwänge zugrunde lagen, welche Rolle u.a. die BRD dabei spielte und welche Lösungen von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren erarbeitet und umgesetzt wurden. Dadurch entsteht ein Narrativ, das nicht nur das historische

Verständnis verzerrt, sondern auch das kollektive Gedächtnis prägt und die gesellschaftliche Vorstellung von Alternativen zum Kapitalismus effektiv unterdrückt.

Neue ostdeutsche Mentalität – zwischen Tradition und Entfremdung

In den letzten Jahren ist eine neue ostdeutsche Mentalität sichtbar geworden. Viele Menschen greifen Versatzstücke der DDR-Erfahrungen wieder auf – Gemeinschaft, soziale Sicherheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf – ohne dies mit dem Sozialismus als solchen bewußt zu verbinden. Ostalgie und Alltagsnostalgie sind Ausdruck einer Suche nach Alternativen zum kapitalistischen Alltag, zugleich aber Ergebnis jahrzehntelanger Propaganda.

Für uns deutsche Kommunisten ist es daher notwendig, diese Widersprüche offensiv, aber mit Fingerspitzengefühl aufzugreifen. Die DDR muß ungeschönt, aber zugleich als größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse dargestellt werden. Nur so lassen sich die Grundfesten der DDR wie Friedenspolitik, internationale Solidarität und soziale Gerechtigkeit als konkrete Bezugspunkte für heutige Kämpfe nutzen – insbesondere angesichts der fortschreitenden Aushöhlung des „Sozialstaats“ sowie der zunehmenden Militarisierung und der Vorbereitung auf einen möglichen Krieg gegen Rußland.

Schlußfolgerung

Der 3. Oktober ist kein „Tag der Einheit“, sondern der Tag der Niederlage der

Arbeiterklasse. Er markiert die Zerschlagung eines sozialistischen Projekts, die Restauration kapitalistischer Herrschaft und die Unterordnung Ostdeutschlands unter westdeutsche Interessen. Daß er nur wenige Tage vor dem 7. Oktober, dem Gründungstag der DDR, liegt, verdeutlicht die historische Tragik: Hier der Aufbau eines antifaschistischen, friedensorientierten Staates, dort seine Zerschlagung. Doch Geschichte ist kein abgeschlossenes Kapitel. Die Errungenschaften der DDR sind konkrete Belege dafür, daß nur der Sozialismus, mit Planwirtschaft und zielgerichtetem Aufbau, solche Leistungen ermöglichen konnte.

Michael Gellrich
Leipzig

„Tag der Einheit“ 2025

Drereinhalb Jahrzehnte Einheitsfeiern liegen hinter uns. Noch immer wird eine verunglückte „Einheit“ zwischen Ost und West beklagt. Großes Wundern und Rätselraten überschattete die staatlich verordneten Jubelfeiern. Dafür wurde die vergangene, nicht mehr existente DDR wieder aufs Tapet gehoben, um den Ostdeutschen zum x-ten Male zu erzählen, wie schrecklich ihr Leben in dieser DDR gewesen sei. Der Kanzler sprach von einem neuen Aufbruch. Wie es sich gehört, würdigte er die „mutigen und heldenhaften Ostdeutschen“, die nach seinen Worten „Freiheit und Demokratie“ ganz allein erkämpft hätten. Am Mut und Heldentum darf gezweifelt werden, da sich die Bürgerrechtler, „friedlichen Revolutionäre“, Freiheits- und Demokratieprediger nicht mehr sehen und hören lassen und erstaunliche Vergeßlichkeit an den Tag legen. Einige von ihnen zeigen ganz offen ihr wahres Gesicht, machen aus ihren wahren Absichten kein Hehl mehr, betreiben das Geschäft des Kapitals, der Restauration kapitalistischer Verhältnisse.

Die Medien bedienen die Bevölkerung in Ost und West in bekannter Manier mit seit 35 Jahren in Endlosschleife laufenden TV- und Film-Klassikern über die scheinbar grauenhaften Lebenserfahrungen der Ostdeutschen unter Diktatur, keiner Meinungsfreiheit, Mauer, Armut, fehlender Reisefreiheit, Überwachung, Bespitzelung etc. Es fanden sich immer auch willige Darsteller mit Ostvergangenheit, die für ein gewünschtes DDR-Bild beitrugen.

Alle jene vergessen vor allem das eine: Es sind nie Millionen im Osten gewesen, die diese DDR so erlebten, wahrgenommen haben, wie es heute dargestellt wird. Sie vergessen, selbst die gefeierten Helden der „friedlichen Revolution“ haben sehr vieles an dieser DDR nie verurteilt, infrage gestellt und weg demonstrieren wollen. Seit

Jahren haben sich ernüchterte Stimmen zu Wort gemeldet, die offen aussprechen, daß das Bild der BRD, wie es sich heute zeigt, nie ihr Wunsch und Wille gewesen sei. Das sind Stimmen, die nicht erwünscht sind, verschwiegen werden.

Es hat sich von Jahr zu Jahr deutlicher gezeigt, wie irrig und einfältig die Hoffnung gewesen ist, es könne alles sozialistisch-soziale erhalten und der marktwirtschaftliche Überfluß dazugewonnen werden. Vom Westen strahlte täglich der westliche Glanz, im Osten gab es die soziale Sicherheit. Im Osten wurde jeder Mangel gesehen, im Westen nur die strahlenden Seiten. Es fiel den Demagogen, den Dienern des Kapitals, den Feinden in Ost und West nicht schwer, die Massen gegen ihre eigenen Interessen auf die Straßen zu bringen. Konfrontiert mit den Realitäten des Kapitalismus, mußte nach und nach und für immer mehr die Enttäuschung kommen, die sich zudem heute real in den noch immer unterschiedlichen Lebensverhältnissen manifestiert.

Soziale Realitäten kapitalistischen Lebens haben den Osten erreicht, und im vereinten Deutschland kann das Kapital ungehemmt an den sozialen Abbau gehen. Wir erinnern uns an einen Arbeitsminister Blüm, der offen von sich gab, das Schaufenster des Westens werde mit Herstellung der „Einheit“ nicht mehr gebraucht. Der Mann war offen und weitsichtig, kannte die Spielregeln des Kapitals, was die Ostdeutschen erst mit den Erfahrungen im eigenen Leben lernen mußten. Armut breitete sich aus, wurde schnell zum Makel, führte zu Diffamierung und Ausgrenzung. Brüder und Schwestern aus dem Westen hatten den „Lehrlingen“ des Ostens einiges voraus und wußten, was Märkte und Geschäft ausmachen. Zu alledem noch die Globalisierungseuphorie mit den notwendig folgenden Migrationsbewegungen aus der armen in die vermeintliche reiche Welt. Ausländer- und

Fremdenhaß eignet sich seit mehr als zehn Jahren bestens für das bekannte Teile und Herrsche. Verlogen und heuchlerisch nutzen die Regierenden genau diese Stimmungsmache. Wie verlogen ist es, sich fortwährend über die sich vertiefenden Gräben zu wundern? Wer schafft die Gräben bewußt, braucht sie zur Sicherung seiner Herrschaft? Sagen wir es immer und immer wieder: Es braucht die vielen Millionen gemeinsam und miteinander auf den Straßen, vor dem Sitz der Regierenden. Frieden ist mit passivem Verhalten, mit zusehen, ohne demokratische Aktivität nicht zu erkämpfen. Die Kriegstreiber haben längst den Termin für IHREN Krieg ausgemacht. Worauf kann „Wir sind das Volk“ im vereinten Deutschland noch warten? Wann stellt es seinen Heldenruf mal unter Beweis für den Frieden?

Roland Winkler
Aue

DDR – sozial, international – 1949 bis 1989 –

Des Siebenten Oktober ich gedenk
Als Friedens- und Sozialgeschenk
Mit einer Vierzig-Jahresgarantie.
Die hatten wir bislang noch nie!

Die Liste heut ergäbe zum Vergleich,
Wir wären innerlich gefestigt, reich
Im Miteinander unterm Himmelszelt,
Statt Tod durch Not und Bombengeld.

So, mehr denn je, ergibt sich heut,
Daß Kapital weltweit das Leben scheut.
Der 7te Oktober aber unterdes
Zum 1. Mai gilt als Etappensiegesproß.

E. Rasmus

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Über einige Schwächen in unserer Darstellung der Kultur der Sowjetunion (1)

Aufgabe unserer Gesellschaft ist das Studium der Kultur der Sowjetunion. Nun kann man solch ein Studium auf sehr verschiedene Weise betreiben. Auch die Faschisten haben sich über einige Kulturgebiete der Sowjetunion zu informieren gesucht – nämlich als Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion und mit dem Ziel, diese Kultur zu zerstören. Das ist eine Art von Studium, die dem, das wir durchführen wollen, entgegengesetzt ist. Eine andere Form des Studiums besteht darin, daß man kühl und kalt die Fakten notiert und sie mit denen anderer Kulturen vergleicht – mit dem gleichen Abstand und der gleichen mangelnden inneren Beteiligung, die der Naturforscher zum Beispiel gegenüber dem Unterschied zwischen der zarten Libelle und dem feisten Mistkäfer wahrnt. Auch solche Haltung ist nicht der Aufgabe unserer Gesellschaft gemäß. Unser Ziel ist vielmehr, in den Menschen unseres Landes gleichermaßen Hochachtung und Liebe, ein warmes Gefühl der Sympathie und Bewunderung für die Kultur der Sowjetunion zu erwecken.

Für eine solche Haltung zur Kultur der Sowjetunion gewinnen wir die Menschen durch eine rechte Darstellung, durch die Vermittlung eines wahren Verständnisses. Diese Aufgabe ist nicht leicht zu erfüllen und wir haben noch viel zu lernen, scharf und kritisch unsere Arbeit zu betrachten, über Mißerfolge wie auch Erfolge genauestens nachzudenken. Die Gesellschaft kann jetzt auf über ein halbes Jahr ihres Lebens und Wirkens zurückblicken, und es ist darum angebracht, einige erste Lehren aus ihrer Arbeit zu ziehen.

1. Über die „Verdeutschung“ russischer und sowjetischer Verhältnisse

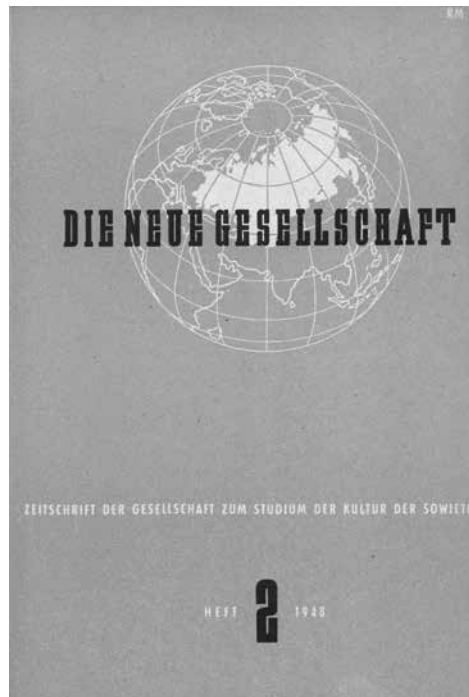
Wenn wir die Verhältnisse in der Sowjetunion schildern, liegt es nahe, sie durch Beziehung auf die deutsche Kultur zu veranschaulichen. Ein derartiges Vorgehen kann durchaus berechtigt sein und zum Erfolg führen. Man kann zum Beispiel zeigen, wie lange man in Deutschland gebraucht hat, um eine Schwerindustrie aufzubauen, und wie schnell dies in der Sowjetunion geschehen ist. Oder man kann den Beziehungen der deutschen Literatur zur Sowjetliteratur besondere Aufmerksamkeit widmen. Oder man kann zeigen, wie die romantische Richtung sowohl der russischen wie auch der deutschen Literatur im 18. und 19. Jahrhundert zunächst überwiegend fortschrittliche und dann reaktionäre Tendenzen zeigte. Ja, man kann auch etwa Bjelinskij als den russischen Lessing

bezeichnen, genau wie Lessing vielfach als der deutsche Boileau charakterisiert worden ist. Das heißt, die besondere Inbeziehungsetzung deutscher und russisch-sowjetischer Verhältnisse ist nur natürlich, wenn wir als Deutsche an die Betrachtung der russischen und der Sowjetkultur gehen. Darin liegt an sich kein Fehler. Ganz im Gegenteil können solche Vergleiche und Veranschaulichungen zu einem schnelleren Verständnis der russischen und der Sowjetkultur führen.

Aber diese Art von Vergleichen birgt auch Gefahren in sich und kann statt zum Verständnis der anderen Verhältnisse unter

Verständnis für die Eigenart, für die Besonderheit dieser Kultur zu erschweren. In diesem Fall erscheinen dann die russische und die sowjetische Kultur als mehr oder weniger gute deutsche Kultur. Wir gehen damit zwar noch nicht so weit, zu sagen: Am deutschen Wesen soll die Sowjetkultur genesen, aber wir handeln so, als ob wir sagen würden: Am deutschen Wesen soll die Sowjetkultur gemessen werden. Und nichts darf uns ferner liegen als eine solche Einstellung. Deshalb ist scharf darauf zu achten, daß solche Darstellungsmethoden bei uns nicht weiteren Eingang finden und einen Teil der Arbeit, die wir uns zu leisten bemühen, wieder zunichte machen.

Man muß ferner noch bemerken, daß, so unrecht solch „verdeutschende“ Betrachtungsweise jeder Kultur gegenüber wäre, sie noch viel unbedachter der russischen und sowjetischen Kultur gegenüber ist. Der Grund dafür liegt darin, daß die gesellschaftliche Tradition der letzteren eine so andere ist als etwa die der mittel- und westeuropäischen Länder. So falsch es auf der einen Seite ist, nachträglich einen eisernen Vorhang zwischen „russischer und europäischer“ Kultur für die letzten tausend Jahre errichten zu wollen, so stark sich etwa deutsche und russische, französische und russische, italienische und russische Kultur auf den verschiedensten Gebieten gegenseitig befruchtet haben, so unrichtig ist es auf der anderen Seite, nicht sehen zu wollen, daß in den letzten 150 Jahren die gesellschaftlichen Verhältnisse und das Tempo des gesellschaftlichen Fortschritts in Rußland und der Sowjetunion sehr verschieden waren von denen in West- und Mitteleuropa. Während feudale Gesellschaftsverhältnisse in Rußland viel länger und viel ausgebildeter und schließlich auch in besonders verkommenen und brutaler Form vorherrschten, war in den Jahren vor 1917 der Einfluß des Kapitalismus von viel kürzerer Dauer und viel weniger ausgeprägt; in den letzten 30 Jahren aber blüht eine sozialistische Gesellschaft. Diese Besonderheit der gesellschaftlichen Zustände spiegelt sich natürlich in der Ideologie und Weltanschauung Rußlands und der Sowjetunion deutlich wider. Das heißt, die Kultur Rußlands und der Sowjetunion ging in den letzten 150 Jahren einen besonderen Weg, der bei aller Verwandtschaft mit den Entwicklungsformen der mittel- und westeuropäischen Gesellschaft doch eben zu größeren Unterschieden führte als etwa dem zwischen der deutschen, englischen,



Umständen auch zu ihrer völligen Mißdeutung oder gar zu einer gewissen Überheblichkeit von deutscher Seite führen. So berechtigt es sein mag, etwa Bjelinskij den russischen Lessing zu nennen, so lächerlich wäre es, in dieser Weise fortfahrend, jedem russischen Schriftsteller oder Maler einen deutschen Namen zu geben. In diesem Fall wird der Deutsche nicht mehr zur Veranschaulichung benutzt, sondern als Maßstab, und damit die russische und die Sowjetkultur auf die deutsche als Wertgeber bezogen, was natürlich ganz unsinnig ist und äußerst schädlich für unser Bestreben eines verständigen Studiums der Kultur der Sowjetunion. In diesem Fall begehen wir den ersten Fehler einer „Verdeutschung“ russischer und sowjetischer Verhältnisse und tun somit alles, um das

französischen oder italienischen Kultur. Aus diesem Grunde ist das gerügte Verfahren, das an sich schon unbrauchbar ist, besonders verfehlt bei der Betrachtung der Kultur Rußlands und der Sowjetunion in den letzten anderthalb Jahrhunderten.

2. Über die Auffassung, daß Volksbildung nicht zur Kultur gehört

Es gibt selbstverständlich niemanden in unserer Gesellschaft, der behauptet, daß das allgemeine Bildungsniveau der Bevölkerung nichts mit der Kultur eines Landes zu tun hat. Darin unterscheiden wir uns grundlegend von „Herrenkulturträgern“ wie Treitschke und anderen. Aber es ist keineswegs ebenso selbstverständlich, daß in der Ausgestaltung der Programme unserer Ortsgruppen der Tatsache des hohen allgemeinen Bildungsniveaus und seiner Bedeutung für den kulturellen Fortschritt in der Sowjetunion genügende Aufmerksamkeit geschenkt wird. Auch ist man sich im allgemeinen nicht klar, daß die Einschätzung und Wertung der Erfolge der Sowjetunion auf diesem Gebiete in den letzten 30 Jahren mit Recht großen Wandlungen unterworfen waren.

Die Sowjetunion übernahm ein furchtbares zaristisches Erbe der Unbildung. Die überwältigende Mehrheit der Massen der Völker der Sowjetunion konnte weder lesen noch schreiben und ermangelte der Wohnkultur wie der Kenntnis der großen geistigen Leistungen ihres eigenen und anderer Völker innerhalb und außerhalb der Sowjetunion. So hoch ihre kulturelle Fähigkeit war, so niedrig war das faktische Kulturniveau.

In der ersten Zeit nach der Oktoberrevolution mußte man sich vor allem darauf konzentrieren, die Grundlagen für die Hebung des kulturellen Niveaus zu legen, das heißt vor allem den Analphabetismus zu beseitigen. Mit ganz erstaunlicher Energie und großem Erfolg ging man an diese gewaltige Arbeit und vollendete sie im großen und ganzen in den ersten 15 Jahren. In der Weltwirtschaftskrise 1929–1932 war es besonders eindrucksvoll zu beobachten, wie etwa in den Vereinigten Staaten von Amerika Schulen schlossen, Lehrer arbeitslos wurden und Kinder kulturell verkamen, während in der Sowjetunion immer neue Schulen eröffnet, immer neue Hunderttausende von Kindern in Erziehung und Schulung genommen und die letzten noch in einzelnen Teilen des Landes vorherrschenden hohen Prozentzahlen von Analphabetismus rapid vermindert wurden. Am Ende der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise hatte die Sowjetunion die Vereinigten Staaten in der Beseitigung des Analphabetismus eingeholt, wenig später überholt. Heute ist die Kunst des Lesens, Schreibens und Rechnens in der Sowjetunion weit verbreiteter als etwa in den Vereinigten Staaten von Amerika, in denen allein schon die Mehrheit der Neger Analphabeten sind, wozu noch viele eingewanderte fremde

Arbeiter wie die Mexikaner und zahlreiche „weiße Amerikaner“ kommen. Diese Tatsache gilt es viel stärker herauszuarbeiten, als es im allgemeinen geschieht.

Und doch – so wichtig es ist, diese Seite der allgemeinen Kulturarbeit in der Sowjetunion zu betonen, so falsch wäre es, ihr wie vor 25, 20 oder 15 Jahren auch heute einen besonders hervorragenden Platz bei der Darstellung der Kultur der Sowjetunion zu geben. Denn so unrichtig es ist, elementare Tatsachen wie die Abschaffung des Analphabetentums, die dem Kenner der Sowjetunion zur Selbstverständlichkeit geworden sind, in der Diskussion mit Andersdenkenden zu vergessen oder unerwähnt zu lassen, so falsch ist es auch, nicht zu sehen, daß im Verlaufe der Entwicklung in der Sowjetunion neue Tatsachen in den Vordergrund gerückt sind.

Und eine der wichtigsten dieser neuen Tatsachen ist der Aufbau eines allgemeinen hohen Bildungsniveaus auf der Basis einerseits der Kenntnis von Lesen, Schreiben und Rechnen und andererseits der Wissenschaft des Marxismus, die nicht nur in gelehrten Büchern, sondern auch in Tausenden von Broschüren, Zeitschriften und Zeitungen zum Bestandteil der Bildung der Sowjetvölker geworden ist. Es gibt zahlreiche Mittel und Wege, diese Entwicklung darzustellen. Am wenigsten eindrucksvoll ist die Anhäufung von Statistiken, die noch viel zu oft üblich ist und die doch so leicht langweilig und eindrucklos wirkt.

Viel interessanter ist es in diesem Zusammenhang, einmal einen vergleichenden Blick in die internationale Presse am Tage nach der Rede eines einflußreichen Politikers und Staatsmannes zu werfen. Fast jedes kapitalistische Land verfügt zumeist über eine Zeitung, die wichtige Reden, wenn sie von eigenen Staatsmännern gehalten werden oder das eigene Land betreffen, ganz abdruckt – etwa die „Times“ in England oder die „New York Times“ in den Vereinigten Staaten oder früher bei uns die „Frankfurter Zeitung“. Aber diese Zeitungen haben stets einen sehr geringen Leserkreis; sie sind für eine sogenannte politische Elite geschrieben. Die Presse im allgemeinen begnügt sich mit kurzen Auszügen oder Zusammenfassungen solcher Reden. Die Zeitungsbesitzer wissen, daß ihre Leser niemals Verständnis, Geduld oder Zeit aufbringen würden, um sie ganz zu lesen. Wie anders sind die Verhältnisse in der Sowjetunion! Dort werden Reden dieser Art in vollem Wortlaut veröffentlicht, und zwar nicht in einer speziellen „Elitezeitung“, sondern in den großen Zeitungen des Landes, die von vielen Millionen gelesen werden. Dort ist das Kulturniveau so hoch, daß die Reden mit Verständnis durchstudiert und diskutiert werden. In der Sowjetunion ist die Volksbildung eine so allgemeine, daß eben das „Volk zur Elite“ geworden ist, daß die Köchin versteht, wie der Staat regiert wird, laufend darüber unterrichtet sein möchte und darum eine wirklich gebildete, eine Kulturzeitung verlangt.

Dies Beispiel zeigt vielleicht deutlicher als viele andere, wieviel höher das Bildungsniveau der Völker der Sowjetunion als das der Völker in den kapitalistischen Ländern Westeuropas und der Vereinigten Staaten sowie auch unseres eigenen Volkes ist. Wenn auch in den Zeitungen der Ostzone der Brauch übernommen worden ist, halbe Zeitungen mit den Reden sowjetrussischer Staatsmänner zu füllen, so ist es nur eine kleine Minderheit, die diese Reden wirklich liest. Wir haben hier einen Fall mechanischer Übertragung der Formen der Kulturübermittlung von einer Gesellschaft auf eine andere; bei uns wäre eine Veröffentlichung dieser Reden in Broschürenform angebracht. Das zeigt die Notwendigkeit, bei der Darstellung der Kultur der Sowjetunion gerade der Tatsache der Massenbildung und ihrem hohen Niveau besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Wenn wir aber an dem Beispiel der Sowjetunion auch für uns lernen wollen, dann dürfen wir eine wichtige Tatsache nicht vergessen: Trotz des hohen Niveaus der Kultur einer kleinen Schicht der Intelligenz unter dem Zarismus, trotz der Bildungsarbeit der Bolschewisten unter dem Zarismus waren die Massen des Volkes 1917 ungebildet. Die großen Massen des Volkes waren Analphabeten mit ganz geringen kulturellen Interessen, insbesondere die Bauern, die die überwältigende Mehrheit der Völker der Sowjetunion ausmachten. Von einem solchen Zustand kann natürlich in Deutschland nicht die Rede sein. Aber der Unterschied zwischen dem deutschen Volke heute und den Völkern der Sowjetunion vor 30 Jahren besteht nicht in erster Linie darin, daß das Bildungsniveau der Massen in Deutschland heute höher ist als 1917 in der Sowjetunion. Der Unterschied besteht vielmehr vor allem darin, daß die viel längere Dauer des Kapitalismus in Deutschland für die Massen nicht nur ein höheres allgemeines Bildungsniveau gebracht hat als das im zaristischen Rußland, sondern daß die Bildung den Massen des deutschen Volkes zugleich in Form der Verbildung vermittelt wurde. Kapitalistische Bildung ist stets zugleich Verbildung. Darum müssen die Formen der Bildungsarbeit in Deutschland heute ganz anders sein als in der Sowjetunion vor 30 Jahren, und darum muß auch die Vermittlung fremden Kulturgutes andere Wege gehen, als sie zu irgendeiner Zeit in der Sowjetunion gegangen worden sind, wo man gewissermaßen Neuland bearbeitete, während man in Deutschland verdorbenen Boden erst einmal wieder gesund arbeiten muß. All dies ist auf das genaueste zu beachten, wenn man die Kultur der Sowjetunion überhaupt und insbesondere die Tatsache der Massenkultur, des hohen Bildungsniveaus aller Sowjetmenschen darstellen und erklären will. (Teil 2 folgt)

Jürgen Kuczynski

„Die neue Gesellschaft“, Berlin, Heft 2-1948 (2. Jahrgang)

Willi Sitte zum bevorstehenden 105. Geburtstag

Nach übereinstimmenden Meinungen der Koryphäen bundesdeutscher Kultur hat die DDR auf dem Gebiet der Kunst nur Winzlinge hervorgebracht. An einen dieser „Winzlinge“ erinnere ich gern: Willi Sitte, der nicht nur in seiner Kunst ein Großer war.

Es dauerte, bis sich die Fachwelt der DDR zu dieser Ansicht durchrang. Nackenschläge im Zuge der Formalismusdebatte, die in allen Kunstsparten geführt wurde, trafen den sensiblen Künstler zeitweise schwer. Willi Sitte (21.2.1921 bis 8.6.2013) malte keine gefälligen Bilder, wenn man von seinen

Hans Grundig und Hermann Henselmann bescheinigten.

Willi Sitte wuchs in einer bäuerlich-proletarischen Familie mit sechs Geschwistern im böhmischen Kratzau auf. Sein Vater gründete die örtliche KP mit, seine Mutter erwarb mit 70 Jahren später in der DDR noch den Facharbeiter für Geflügelzucht. In seinen Elternbildnissen malte er sie liebevoll mit Eierkorb und Hühnern. Daß er als Kind in jeder freien Minute zeichnete, sahen die Eltern nicht gern. Als er Monografien von Michelangelo und Dürer aufstöberte, wollte er „das“

wollten. 2008 ernannte ihn die Kleinstadt Montecchio Maggiore zum Ehrenbürger. Italien blieb sein Traumland, er erzielte bei Kriegsende erste Erfolge mit seiner Kunst und hätte gern dort gelebt. Damals ließen es die politischen Umstände nicht zu, nach der „Wende“ fühlte er sich zu alt. Er ließ sich in Halle nieder, wo er der Künstlergemeinschaft „Die Fähre“ beitrug, in der heftig über die „neue Kunst“ und ihre Formen gestritten wurde.

Die erste Kunstausstellung im zerstörten Dresden 1946 hinterließ mit ihrer Gesamtschau der deutschen Kunst seit 1900 mit den Werken der verfemten und als entartet eingestuften Künstler – der klassischen Moderne, der Neuen Sachlichkeit, der Expressionisten, der proletarisch-revolutionären Kunst, welche dem deutschen Volk 12 Jahre vorenthalten wurden – großen Eindruck auf Sitte. Die Begegnung mit Matisse, Dix, Beckmann, Kokoschka, Feininger, Barlach, Kollwitz, Hans und Lea Grundig machten Sitte klar: „Ich konnte zeichnen – und sonst nichts.“ Bei der Begegnung mit Picasso „fiel es mir wie Schuppen von den Augen. Die Spanne an Gestaltungsmitteln, über die er verfügte, vom klassischen Zeichenstil bis zur Entdeckung ganz neuer Formen, faszinierte mich sehr ... Es war für mich bedeutsam, daß Picasso und auch Léger Mitglieder der kommunistischen Partei Frankreichs waren, daß sie Widerstand gegen den Faschismus ... geleistet hatten.“ Sitte brannte darauf, die ihn bewegenden Themen umzusetzen. Das paßte völlig zur kulturpolitischen Orientierung der SED auf realistische Kunst. Wilhelm Pieck, Anton Ackermann und andere forderten die Überwindung der Kluft zwischen Künstlern und Volk. Aber wie sollte sie aussehen?

Sowjetische Kulturfunktionäre erwarteten, daß die deutschen Künstler an nationale Traditionen anknüpfen und sich gleichzeitig am sowjetischen Vorbild orientieren. Das war jedoch unmöglich, da sich die sowjetische Kunstpolitik auf den russischen Realismus um Repin aus dem 19. Jahrhundert bezog und die deutsche Tradition die erwähnten Formsprachen des 20. Jahrhunderts hervorgebracht hatte. Sowjetische Funktionäre polemisierten gegen den „französischen Modernismus“, den „Antihumanismus Picassos“ und warnten die deutschen Künstler vor diesem „Formalismus“.

Sitte verglich die propagierte sowjetische Kunst in der Form mit Nazikunst, mit der man fortschrittliche Themen nicht verarbeiten könne; und als er sie auch noch



„Die Überlebenden“ 1963, Mischtechnik auf Hartfaser, 326,5 x 352 cm, Galerie Neue Meister, Staatliche Kunstsammlungen Dresden

Anfängen absieht, wo im Renaissancestil in Italien wunderschöne Zeichnungen entstanden. Mit Talent und außerordentlichem Fleiß schuf er in rund sechs Jahrzehnten ein Werk in einer modernen Formsprache.

Seine Themen waren Antifaschismus, Frieden und Humanismus. Folgerichtig stellte er den Menschen, vor allem den arbeitenden Menschen, ins Zentrum seiner Kunst. Er blieb lebenslang Autodidakt, da er für die Hochschulen, an denen er sich nach dem Krieg bewarb, schon „zu gut“ war, wie ihm

auch können und zeichnete die Drucke akribisch nach. Die menschliche Figur beherrschte er in all ihren Posen und Bewegungen aus dem FF.

1941 kommandierte man Sitte an die Ostfront und 1944 nach Italien, wo er sich Partisanen anschloß. Diese Haltung und seine Italienischenkenntnisse eröffneten später die Beziehungen des Verbandes Bildender Künstler der DDR (VBK) zum italienischen Künstlerverband, dessen Funktionäre bis dahin mit „Diktaturen“ nichts zu tun haben

„Kitsch“ nannte, war die erste Parteirüge fällig. Die deutschen Künstler waren sensibilisiert für die schwülstige Blut- und Bodenkunst. Die sowjetischen Funktionäre jedoch nicht.

Man findet diese Kritik nicht als Doktrin, sondern verstreut, wie der Kunstwissenschaftler Karl Max Kober 1979 bemerkt¹. Problematisch sei nur, daß sie oft in autoritärer Form und unter Berufung auf angeblich gesicherte Theorien oder gar auf die Volksmeinung vorgetragen wurden. Es kam zu Verunsicherungen und Ungerechtigkeiten; etliche Künstler verließen das Land, was Sitte bedauerte (nicht zu verwechseln mit denen, die sich später als „Widerstandskämpfer“ und „Opfer“ stilisierten).

Sitte ließ sich nicht einreden, daß diese Kunst von der Arbeiterklasse gewollt sei: „Natürlich gab es Arbeiter, die seichte Sachen liebten, und vieles von dem, was die Sowjets ausstellten, bekam Beifall, so wie auch Gartenzwerge beliebt sind.“ Carl Hofer fiel z.B. auf, daß die von SED und Regierung auf der zweiten Kunstausstellung 1949 angekauften Bilder fast alles mittelmäßige Bilder seien, was die Schwäche der Kulturfunktionäre zeige. Es wäre deren Aufgabe, Werke zu erwerben, die den Faschismus kritisch darstellten: Eva Schulze-Knabe, Fritz Schulze (hingerichtet), Eugen Hoffmann u.a. ..., die würde man vergeblich in den Sammlungen suchen, als ob niemand an das Vergangene erinnert werden möchte. Willi Sitte legte den Kunstwissenschaftlern immer wieder nahe, die Probleme der Formsprache theoretisch zu untersetzen und sie in den Mittelpunkt zu stellen. Die Kunstkritik hinkte der Kunst fortschrittlicher Künstler oft hinterher.

Forciert wurde die Formalismusdiskussion, weil die gegenstandslose Malerei in den westlichen Besatzungszonen, gesteuert von CIA, CDU und BDI, eine Vorrangstellung erlangte, die bis zur Geistlosigkeit heutiger „Documentas“ und anderer Großevents führte. Damit hatte jedoch die Auseinandersetzung Sittes mit Picasso, Otto Dix, Max Beckmann, Kandinsky nichts zu tun. Es ging um das Handwerk: Komposition, Farbenlehre, Formen und Perspektive. Die Besucher akzeptierten die expressive Formsprache mit der Zeit. Am besten wäre diese Entwicklung an Willi Sitte zu studieren, der frühzeitig sein Alternativprogramm zur Realismusauffassung

der 50er Jahre entwickelte, wie Günter Feist an den großformatigen Gemälden zur Völkerschlacht (1956), zum Spanienkrieg (Thälmannbrigade 1958), dem Arbeitertriptychon (1960), seinem Elternbildnis (1962) und dem Triptychon „Die Überlebenden“ (zu Stalingrad 1963) verdeutlicht. Sittes Werk hätte sich – meint Wolfgang Hütt – schon damals auf einem überregional hohen Niveau befunden. Die Darstellung der Arbeiterklasse stellte die Künstler bald vor neue Herausfor-

derung. Salzbergwerk, in der Karbidfabrik Leuna, in der Landwirtschaft studierte, konnte er Arbeiter individueller fassen und ein neues Thema einführen: den männlichen Akt.

Der wurde offiziell stirnrunzelnd aufgenommen, ebenso wie seine Liebespaare. Liebespaare wählte Sitte gern als Motiv, nicht zuletzt wegen eigener glücklicher zweiter Ehe und eines erfüllten Familienlebens zu dritt. Es wurde viel gekritzelt, insbesondere am „Liebespaar im Bad“, was auch als Gegenentwurf zu Womackas „Paar am Strand“ galt. Die Frauen seien „nicht hübsch genug“, die Männer „zu muskulös“, „ekelhafte Fleischmassen“ ... Aber Sitte war temperamentvoll und zeigte die neuen gleichberechtigten Beziehungen zwischen Frau und Mann, Frauen frei von Fesseln und Zwängen. Hätte er diese Aussage im Dürer-Stil erreicht? Außerdem: Wir sehen nun mal so aus, wir „Germanen“ – im Gegensatz zu den Italienern, die Sitte schöner fand. Modelle sah der Maler zuhauf am FKK-Strand in Ahrenshoop, alle Figurentypen vom Kleinkind bis zum Greis. Es rührte ihn, „wenn alte Paare mit dickem Bauch und Hängebusen noch zärtlich miteinander umgingen“. Mit seiner „Bauernsauna“ verhinderte er indirekt eine unkluge Entscheidung: Der Vorsitzende der LPG Gleina, die eine hervorragende soziale Betreuung ihrer Mitglieder bot (außer einer Sauna), galt als Querkopf, weil er die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion ablehnte. Da Sitte sich weigerte, in einer anderen LPG zu malen, fuhr Werner Felfe als Landwirtschaftsfunktionär hin und kam beeindruckt zurück: der Vorsitzende sei eine Koryphäe. Die Trennung fand nicht statt. Durch Sittes Beziehungen zu Italien stellte die LPG auch noch Grappa her, der nicht vom Original zu unterscheiden war.

Die großen zeitgeschichtlichen Themen beschäftigten Sitte ständig. Eins seiner ersten großen Werke, im Stil an Picasso erinnernd, war die „Hochwasserkatastrophe am Po“. Die Ermordung der Einwohner von „Lidice“ in seiner alten Heimat stellte er in einem erschütternden vierteiligen Gemälde des Massakers dar. (Es sollte als Geschenk an die Gedenkstätte in Lidice übergeben werden, ist aber verschollen). Mit dem „Massaker“ verarbeitete er einen Teil eigener Kriegserlebnisse: beim Vormarsch in Rußland sah er in einer Wohnung erschossene Menschen, das Mittagessen noch auf dem Tisch. 1961



„Meine Eltern“, 1963 Öl auf Harfaser 200 x 125 cm, Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale)

derungen. Arbeiter dachten und planten mit, besuchten Lehrgänge. Ulrich Kuhirt charakterisierte Sitte auch hier als bahnbrechenden Neuerer. Das kulminierte in seinem „Arbeiter am Schaltpult“ von 1968, einem Chemiearbeiter. Optisch bietet die Gestalt in ihrer Umgebung fast nichts für einen Maler, verglichen z.B. mit dem „Eisenwalzwerk“ von Adolph Menzel. Sitte erfaßte den konzentrierten Gesichtsausdruck und die angespannte Gestalt des qualifizierten Mannes.

Mittels seiner Gemälde wie „Waschkau“ oder „Männer unter der Dusche“, die er im

¹ „Weggefährten – Zeitgenossen“, Katalog der Ausstellung zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR, 1979 S. 28 f.

und 1963 folgten die Triptychen „Memento Stalingrad“ und „Die Überlebenden“. Rubens „Höllenzur“ in der Münchner Alten Pinakothek lieferte Sitte die Anregung für den „Höllenzur von Vietnam“ von 1972. „Sie wollten nur Lesen und Schreiben lehren“ war den Studenten, meist Kubanern, gewidmet, die in Nicaragua in der Alphabetisierungskampagne ermordet wurden. Ein westdeutscher Besucher äußerte zum Gemälde „Die Überlebenden“: „Es ist die beste Darstellung des sinnlosen Völkermordens, die ich je sah.“

Mit den beiden großformatigen Gemälden „Leuna 1921“ und „Leuna 1969“ drang er tief in die Geschichte der Arbeiterbewegung in Mitteldeutschland ein. Auf dem zweiten Bild symbolisieren ein deutscher Arbeiter und ein sowjetischer Soldat den zügigen Wiederaufbau von Leuna als SAG. Die rechte Seite widmete Sitte dem Glück des einzelnen, Familien, die aufgrund von Vollbeschäftigung eine Zukunftsperspektive hatten.

„Nebenbei“ engagierte sich Sitte wie alle bedeutenden Künstler gesellschaftlich.

Als Abgeordneter der Volkskammer gelang es ihm, in den 80er Jahren die maroden Gebäude der Hochschule Burg Giebichenstein sanieren zu lassen und die „Burg“ wieder nach dem Bauhausprinzip zu erweitern. In allen Bezirken der DDR richtete man Werkstätten ein. Auf der Burg die Textilwerkstatt, die unter anderem eine gute Ausstattung unserer Botschaften ermöglichte; im Bezirk Suhl eine Grafikdruckerei, in Quedlinburg modernisierte man einen alten Familienbetrieb für Bleiverglasung, in Halle eine Druckerei mit Handeinbandgestaltung, in Berlin Druckwerkstätten, in Thale war der Maler Willi Neubert mit seinem ersten Beruf als Stahlschmelzer maßgeblich an der Einrichtung des Emailierbetriebes für Wandbilder beteiligt.

1974 wählten ihn die Künstler zum Vorsitzenden des Verbandes Bildender Künstler (VBK), was er bis zur Rente 1988 blieb. Mit seinem engen Freund Bernhard Heisig und anderen Verbündeten bewirkte er günstige Ateliermieten, Aufträge für weniger gefragte Künstler, Wohnungsbeschaffung, höherwertige Materialangebote. Das wichtigste war ihm die Demokratisierung des VBK, wobei ihn Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann als kompetenter Partner unterstützte: Der VBK war ab sofort allein verantwortlich für alle seine Ausstellungen. Über die Auswahl der Bilder und was in die Dresdner Kunstaussstellungen oder die Bezirkskunstaussstellungen gehängt wurde, entschied allein eine gewählte Jury.

In den 80er Jahren registrierte Sitte beunruhigt die zunehmende Bedeutungslosigkeit des Antifaschismus für viele junge Künstler. Sie meinten, daß Kunst mit Politik nichts zu tun habe, daß eigene Ich müßte im Zentrum stehen. Er appellierte, die Errungenschaften der Kunst der 70er Jahre nicht aufzugeben:

die kritisch-konstruktive Sicht auf die inneren Widersprüche des Sozialismus, die Mündigkeit des Publikums, den damit verbundenen Zuwachs an künstlerischer Subjektivität. „... subjektive Wahrheit erwächst nicht aus der Versenkung auf sich selbst, sondern aus aktiven, sich an den Kriterien der geschichtlichen Wahrheit messenden Auseinandersetzungen“, betont er in der Biografie². Es sei jetzt nötig, in Hinsicht auf einige hochgestochene individualistische Verschlüsselungen oder hermetische Zeichensysteme danach zu fragen, wie es denn jeder mit jenem Grundprinzip realistischer Kunst hält, von den Menschen verstanden zu werden? „Die Strömungen, die heute in Ausstellungen und Publikationen als widerständig herausgestellt werden, entwickelten sich im Schoße dieser Gesellschaft und des Verbandes. Es heißt, die Künstler hätten sich ... durchgebissen – nein, es waren die Verhältnisse, die ihnen ermöglichten, so zu arbeiten und die ihnen die Plattform dazu lieferten ... unzählige Ausstellungen im Kulturbund und im Kunsthandel zeigten alles andere als sozialistischen Realismus.“³ Etliche Gruppen bildeten sich in Berlin, Karl-Marx-Stadt oder Dresden, und der VBK ließ sie walten. Aber bei allem Gewährlassen vertrat Sitte die Auffassung, daß vieles, was manche Kunstwissenschaftler mit dem Begriff Avantgarde bezeichneten, damit nichts zu tun habe, auch nicht mit Kunst. Ein Sandhaufen bleibe ein Sandhaufen, auch hinter Plexiglas im Museum. Gerd Dietrich beschreibt u.a. eine „Performance“ einer Dresdner Gruppe von 1985 als „eine Art Selbstversuch mit ... Rinderfüßen, Maden, Würmern ... penetrant stank es nach Blut und Fäulnis ...“. Das vorwiegend junge Publikum kam natürlich nicht wegen der Kunst, sondern wegen der „Performance“.⁴ Derartige Veranstaltungen besuchte Sitte grundsätzlich nicht. Ihn erstaunten „die Sorglosigkeit, mit der sich [junge Künstler] in einer von Kriegen, Mord und Hunger bedrohten Zeit mit einer Nabelschau zufrieden geben konnten ... es fehlte mir auch das Verständnis, Dilettantismus zum Maßstab von Kunst zu erheben“.⁵ Sitte war sich stets des Privilegs bewußt, Künstler zu sein. Deshalb setzte er der Arbeiterklasse vielgestaltige Denkmale. Allerdings baute er schon in DDR-Zeiten kleine „Zweifler“ in seine Werke ein, da ihn die gesellschaftliche Stagnation beunruhigte.

Nach der „Wende“ rammte er Arbeiter mit dem Kopf in den Boden, malte und zeichnete voller Enttäuschung und Wut Serien voller „Herr Mittelmaß“ wie „Herr

Mittelmaß wittert Morgenluft“, mit der er Wendehäule und Opportunisten geißelte. Er war wütend und enttäuscht, weil die Arbeiterklasse ihr Eigentum aus den Händen gegeben hatte. Die soziale Schicht seines „Chemiearbeiters“ hätte aufgrund ihrer Qualifikation nicht mehr zur Arbeiterklasse gehört und die Verhältnisse in der DDR hätten doch wenig mit Sozialismus zu tun gehabt. Das äußerte er in der Biografie von 2003, als sich zum wiederholten Mal Hetze, Kritik und Verleumdungen „knüppeldick“ auf seine Person konzentrierten, aus Westmedien, MDR, der Zeitschrift „Art“ und den eigenen Reihen. Damals war die große, lange geplante Retrospektive in Nürnberg zu seinem 80. Geburtstag aus politisch-gehässigen Gründen abgesagt worden. Besonders verraten fühlte er sich vom Kunstwissenschaftler Paul Kaiser, der ihm vorspiegelte, die Argumente gegen Sitte sachlich klären zu wollen und das Gegenteil tat. Kaiser, der als Kenner „ostdeutscher“ Kunst gilt, kuratierte die Ausstellung mit dem diffamierenden Titel „Sittes Welt“ 2021 in Halle zum 100. Geburtstag mit erfreulichem Überblick über Sittes Werk, aber als bösartig gegen Sitte und die DDR auslegbaren Texten, in denen der antikommunistische Reflex weit aus größer ist als die Würdigung der Kunst. Medien überboten sich erneut in Hetze: „Dieser Ikarus fliegt nie mehr“, „Daß er als Künstler gescheitert ist, darüber sind sich eigentlich alle einig.“

Alle? Thomas Metscher, Kunstwissenschaftler und Philosoph, würdigt Sitte auf eine besondere Weise. In seinen Werken über „Intergrativen Marxismus“ schlägt er vor, auch die Kunst als Säule des Marxismus in seiner entwickelten Gestalt einzubeziehen und nennt als Beispiele unter vielen, Brecht, Beethoven, Neruda, auch Willi Sitte. Sitte trat am Ende der DDR weder aus der SED aus noch gab er anschließend seine Nationalpreise zurück wie andere Große. Gisela Schirmer schreibt im Nachwort der Biografie, daß sie nie zuvor einem Menschen begegnet sei, der so freimütig und spontan auf die scheinbar abwegigsten Fragen geantwortet hätte. Verblüffend war für sie „die überragende Bedeutung von Gestaltungsfragen, die Sitte wie vor 50 Jahren faszinierten ... Das wichtigste in seinem Leben war ihm die Kunst, die eigene und die anderer. Die zeitraubende Arbeit im Künstlerverband zählt dagegen wenig. Daß sie in dem Buch dennoch so gewichtig vertreten ist, liegt an meiner Hartnäckigkeit. Ich suchte so viel wie möglich über das Funktionieren eines Systems zu erfahren, das Künstlern eine im Vergleich zu westdeutschen Verhältnissen unglaubliche Beachtung und Wertschätzung entgegenbrachte, und das zu einer heute seltenen Qualität und Originalität in der Kunst führte.“

Martina Dost
Vierlinden

2 Gisela Schirmer: „Folgen und Farben“, Faber & Faber 2003, S. 263 ff.

3 Ebenda S. 264

4 Gerd Dietrich: Kulturgeschichte der DDR, Vandenhoeck & Ruprecht, Band III, S. 2155 f.

5 Gisela Schirmer, ebenda S. 268

Bauernkrieg in Deutschland

In der DDR-Geschichtsschreibung ging man davon aus, daß in der Geschichte nicht entscheidend ist, was historische Persönlichkeiten zu tun beabsichtigen, sondern welchen historischen Zwecken ihr Handeln objektiv dient. Die lutherische Reformation beschränkte sich auf den Bereich des kirchlichen Lebens. So war der Reformator selbst erschrocken, als die ganze feudale Gesellschaft in Bewegung geriet. Dazu hatten Müntzer, Joß Fritz und das „Pfeiferhänslein“ vom Bundschuh, Jäcklein Rohrbach, Michael Gaismair, Wendel Hippler und Florian Geyer mit ihrer Agitation und bewaffneten Kämpfen entscheidend beigetragen.

Die Triebfedern der Bauernaufstände in Deutschland, von der Bundschuhverschwörung bis zum Höhepunkt in Mitteldeutschland waren religiöser Prophetismus und Pfaffenhaß, der mit sozialen Forderungen verbunden war. Es ging nie um „Freiheit an sich“, sondern um Befreiung von der sozialen Last, denn jede echte Revolution hat ökonomische Ursachen.

Die Forderungen der Aufständischen (Bauern, Plebejer und anfangs auch Bürger der Städte) wurden in den „12 Artikeln“ 1525 und im „Artikelbrief“, die als Kampfprogramme gelten können, festgeschrieben: Beseitigung der Leibeigenschaft (ideologisch im Rahmen des Christentums), Reform des Gerichtswesens, Beseitigung der Zölle und Steuern (außer der Reichsteuer), einheitliches Münz-, Maß- und Gewichtssystem in Deutschland. Das waren Forderungen zur ökonomischen Entfaltung des Bürgertums. Michael Gaismair forderte einen Staat ohne Obrigkeit, Verstaatlichung des Bergbaues und des Handels, angesichts der damaligen

gesellschaftlichen Entwicklung utopisch. Friedrich Engels: Gaismair war der gesellschaftlich bewußteste und das „einzige bedeutende militärische Talent unter sämtlichen Bauernführern“.

Es ist keine historische Gerechtigkeit, wenn man die Entwicklung in der Geschichtsinterpretation in der DDR-Gesellschaft verkennt oder uminterpretiert. Es ist unhistorisch,



Die Fahne der Aufständischen in einer zeitgenössischen Darstellung. Freiheit forderten die Bauern – Freiheit vom Joch der weltlichen und klerikalen Feudalherren

wenn man vom Bauernkrieg spricht, daß von der SED Thomas Müntzer, die schillerndste Persönlichkeit der Insurrektion, zu einem kommunistischen Prototyp transformiert und als Sozialrevolutionär

und Nationalheld gefeiert wurde. Lassen wir Thomas Müntzer selbst zu Wort kommen: „Die Herrn machen es selber, daß ihnen der arme Mann feind wird. Die Ursache des Aufruhrs wollen sie nicht wegtun, wie kann es auf die Länge gut werden? So ich das sage, muß ich aufrührerisch sein! Wolhin! Deshalb muß der gemeine Mann selber gelehrt werden, damit er nicht länger verführt wird.“ Das Credo Müntzers unter dem

Einfluß der Wiedertäufer: „Omnia sunt communia“ (Allen ist alles!).

Das Lutherjubiläum 1983 wurde im Martin-Luther-Komitee von Staat und Kirche unter dem Motto „Vertrauen wagen“ gemeinsam vorbereitet. Jegliche Verherrlichung unterblieb und es wurde kein Legitimationsanspruch auf Luther und die Reformation vom Staat erhoben. So habe ich Sindermanns (Staatsratsvorsitzender) Grußwort jedenfalls verstanden.

Das blutige Ende der meisten Anführer und abertausender Anhänger der Bauern- und Plebejer-Erhebungen in den Städten ist bekannt. Aber die Ideen des Bauernkrieges lebten weiter. Müntzer und Florian Geyer wurden zu legendären Figuren der deutschen Geschichte. Die deutschen Interbrigadisten in Spanien sangen das „Geyerlied“. Ein Traditionsverein der Grenztruppen nannte sich Kameradschaft „Florian Geyer“.

Der Götz von Berlichingen, Goethes Dramenfigur, zeitweilig Oberster Feldhauptmann des Hellen Haufens, ließ diesen kurz vor der Schlacht bei Königshofen im Stich.

Hans Pfeiffer in seinem Roman „Thomas Müntzer“: „Denn was einmal gedacht worden ist, und es ist wahr, kann aus der Welt nicht mehr verschwinden.“

Dr. Gerhard Machalett, Siedenbollentin

Zum 130. Todestag von Friedrich Engels

„Friedrich Engels hat mit Karl Marx, von dem er nicht zu trennen ist, mit dem er – der Geistesriese mit dem Geistesriesen – zu einem zusammengewachsen ist, den wissenschaftlichen Sozialismus geschaffen – er hat den Sozialismus aus dem Wolkenhain der Träume, der philanthropischen Utopie auf den harten Boden der Tatsachen gestellt, und das Geheimnis der Entwicklungsgesetze enthüllt, deren Kenntnis den sicheren Weg zum Siege gezeigt.

Ein halbes Jahrhundert hat Friedrich Engels gearbeitet, und wie gearbeitet! Ein halbes

Jahrhundert der Aussaat und der Ernte. Dieses halbe Jahrhundert ist die Geschichte der internationalen Sozialdemokratie. Und als Friedrich Engels vor zwei Jahren Deutschland und Österreich besuchte, da konnte er Heerschau halten über einen Teil der gewaltigen Armee, die er mit seinem Karl Marx aufgerufen.

Von seinen Freunden hat Engels einst im Scherz den Beinamen General erhalten und ihn auch später behalten. Aber er war ein General, ein wirklicher Heerführer. Hätten die Dinge sich zu einem wirklichen großen

Kampf auf dem Schlachtfeld zugespitzt, er hätte als unser General an unserer Spitze gestanden. Er war ein *Wegweiser* und ein *Wegführer*, ein *Vorkämpfer* und ein *Mitkämpfer*, Theorie und Praxis waren in ihm vereinigt. Er stand als geistiger Leiter an unserer Spitze und in seinem Denken und Fühlen in der Aktion in unserer Mitte.“

Auszug aus der Rede von Wilhelm Liebknecht am Grabe von Friedrich Engels

Entnommen den „Roten Kalenderblättern“, DKP Brandenburg, November 2001

„RotFuchs“-Veranstaltungen im November

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am Sonnabend, dem 1. November, um 10 Uhr, stellt Dr. Hartmut König sein neues Buch „**Stalin, Dulles und der Galgen in Prag**“ sowie seine jüngste CD „**Warum ich nun mal Ossi bin**“ vor.

Ort: Café CLARA, Innere Schneeberger Straße 17, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe Plauen

Am Dienstag, dem 11. November, um 15 Uhr, spricht Wolfgang Sammer (Reuth, Landwirt) zum Thema: **Agrarpolitik im Wandel – aus der Sicht eines aktiven Landwirts**

Ort: Begegnungszentrum der Volkssolidarität, Karlstraße 14, 08523 Plauen

■ Regionalgruppe Dresden

Am Sonnabend, dem 15. November, um 10 Uhr, stellt Egon Krenz seinen dritten Band der Erinnerungen „**Verlust und Erwartung**“ vor und spricht zu innen- und außenpolitischen Themen.

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am Donnerstag, dem 15. November, um 10 Uhr, spricht Uwe Trostel (1992 bis 2004 Berater in Rußland und der Ukraine) zum Thema: **Die gefährliche Entwicklung in der Ukraine, die Rolle der NATO und der EU in diesem Prozeß und die Auswirkungen auf die Weltpolitik**

Ort: Gaststätte „Lindenhof“, Lindenstraße 4, 15741 Bestensee, OT Pätz

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 15. November, um 10 Uhr, spricht Sevim Dagdelen (Außenpolitische Sprecherin des BSW) zum Thema: **Zwischen NATO-Aufrüstung und Sozialabbau – Deutschlands Zukunft in unsicheren Zeiten**

Ort: Mehrgenerationenhaus In Via, Danziger Straße 45 D (Straßenbahnhaltestelle Rügener Straße), 18107 Rostock

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 18. November, um 15 Uhr, spricht Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Volkskongreß 2025 – die Bewältigung der chinesischen nationalen und internationalen Herausforderungen sowie die Überwindung der absoluten Armut in China**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 18. November, um 18 Uhr, spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins, Dr. Arnold Schölzel, zum Thema: **Wie kann es gelingen, die Kriegsgefahren zu begrenzen?**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Dienstag, dem 25. November (geänderter Wochentag), um 17 Uhr, spricht Prof. Dr. sc. Nina Hager (Physikerin, Philosophin, Journalistin) zum Thema: **Der Weltraum als Gebiet der Kriegsführung. Raumfahrt und Militär – Geschichte und Gegenwart**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Mittwoch, dem 26. November, um 18 Uhr, sprechen Dr. Roland Wötzel und Prof. Dr. Ekkehard Lieberam zum Thema: **Aktuelle Entwicklungen der Finanzökonomie**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04109 Leipzig

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 27. November, um 15 Uhr, spricht Prof. Dr. Lutz Kleinwächter (WeltTrends e. V. Potsdam) zum Thema: **Sicherheits- und Geopolitik Rußlands**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Harz

Am Freitag, dem 28. November, um 14 Uhr, spricht Hans Bauer (Rechtsanwalt), Vorsitzender der GRH, zum Thema: **Meinungsfreiheit in Deutschland – Anspruch und Wirklichkeit**

Ort: Burchadikloster (Vereinsraum), Am Kloster 1, 38820 Halberstadt



„RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei

Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung
per E-Mail:

vertrieb@rotfuchs.net

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats November!

Zum 95. Geburtstag

Siegfried Lorenz (Berlin) am 26. November

Zum 93. Geburtstag

Adalbert Hermann (Königs Wusterhausen)
am 24. November

Zum 92. Geburtstag

Rolf Reisener (Möckern) am 8. November

Zum 90. Geburtstag

Horst Jäkel (Potsdam) am 11. November
Harald Holtz (Rostock) am 25. November

Zum 85. Geburtstag

Ottomar Blum (Neubrandenburg) am 15. November
Prof. Dr. Eike Kopf (Erfurt) am 17. November
Siegfried Schulz (Heidesee) am 26. November
Jürgen Söcknick (Pirna) am 15. November

Zum 75. Geburtstag

Peter Neupert (Suhl) am 4. November
Michael Knischka (Lambrechtshagen) am 5. November
Ulrich Thorwirth (Kremmen) am 13. November
Reinhart Hänsch (Lutherstadt Wittenberg) am 14. November
Wolfgang Seibt (Wettenberg) am 18. November

Zum 70. Geburtstag

Friedhold Praetorius (Berlin) am 6. November
Rüdiger Kurock (Berlin) am 10. November

Zum 65. Geburtstag

Dr. Volker Külöw (Leipzig) am 12. November
Harold Sauerland (Prenzlitz) am 15. November
Uwe Joachim (Pasewalk) am 19. November

Zum 60. Geburtstag

Reiner Jaluschka (Schönebeck) am 28. November

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.



Verordneter Haß

Wenn ein Volk kriegstüchtig gemacht werden soll, braucht es Feindbilder, mit denen die Ziele des Abscheus aufs Einfachste dargestellt werden. Vor dem Ersten Weltkrieg war es der „Franzmann“, der dem Deutschen aus tiefstem Grunde hassenswert zu sein hatte. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte der führende „Nationalsozialist“ Hitler „das jüdisch-bolschewistische Regime“ Stalins zur Haupt-Haßfigur erklärt. Aber auch die Engländer wurden an die Kandare genommen, in dem man verächtlich vom „perfiden Albion“ sprach. Seit kurzem haben auch wir Bundesdeutschen und die Europäer einen neuen Erzfeind, wie uns Außenminister Wadephul versichert: „Rußland wird immer unser Feind bleiben!“ Noch Fragen?

Peter Franz, Weimar

Rußland ist nicht mein Feind!

Ich habe in den 40 Jahren DDR in Frieden leben können und keine Bedrohung von Rußland erfahren.

Heute macht mir die Aufrüstungspolitik und die Kriegstreiberei der deutschen Regierung Angst. Ich Sorge mich nicht um meine verbleibende Zeit auf diesem schönen Planeten (bin 80), sondern vor allem um die Zukunft der Kinder und Enkel. Deshalb begrüße und unterstütze ich alle, die sich eine friedliebende Zeit wünschen und die fordern, endlich damit aufzuhören, Rußland als Feind zu betrachten. Dieses Volk, seine Kultur und Wissenschaft ist nicht mein Feind.

Siegfried Tietz, Altenberg/Sachsen

Was verschwiegen wird

Krieg, immer wieder Krieg und eine Kriegsberichterstattung, die Rußland und der Hamas die Schuld zuschiebt. Verschwiegen wird, daß es 2014 durch Putsch mit Hilfe der USA in der Ukraine zum Umsturz kam und hier die Urheber für den Ukraine-Krieg zu suchen sind. Verschwiegen wird, daß Israels Machthaber eine menschenfeindliche Siedlungspolitik verfolgen, keinen Palästinenser-Staat anerkennen. Ziel ist die Auslöschung der

Palästinenser. Menschenrechtler werfen Israel Völkermord vor. Ein großer Leserkreis hierzulande sieht das ebenso, wie aus MOZ-Veröffentlichungen (Märkische Oderzeitung) hervorgeht.

Seit vielen Jahren dauern diese Kriege mit Unterstützung der EU, Vorreiter Deutschland, und der USA an. Deutschlands Kriegstreiber beunruhigen mit einer gigantischen, nie dagewesenen Aufrüstung. Den Menschen wird vorgegaukelt, Rußland besiegen zu müssen, da braucht es keine Friedensverhandlung. Wer hier NATO und den Westen als Kriegstreiber entlarvt, dem wird Realitätsverweigerung vorgeworfen. Da frage ich mich, was bringt es, wenn gesagt wird, „wir müssen um Frieden ringen, verhandeln mit Diplomatie“, ohne erkennen zu wollen, von wem wirklich die Kriegsgefahr ausgeht. Das ist Doppelzüngigkeit.

Die Rote Armee war als Sieger über Nazi-Deutschland 1945 bis zur Elbe vorgerückt. Die NATO und der Westen stehen heute mit voller Kriegsausstattung vor Rußlands „Haustür“! Wer bedroht da wen? Bundesregierung und angepaßte Medien antworten, wir müssen verteidigungsbereit sein. Verantwortungsträger aus der Generation „Kalter Krieg“, nie Krieg erlebt, verlangen vom deutschen Volk Kriegstüchtigkeit und Heldentum. Die Bundeswehr wirbt für eine „Jugend an die Waffen“! Opfer, selbst der gewaltsame Tod, müssen hingenommen werden. „Nie wieder Krieg!“ ist keine Option für Kriegstreiber! Die Geschichte lehrt, nur Frieden mit Rußland kann eine friedliche Zukunft der Menschen in Europa möglich machen.

Ernst Jager, Panketal

Tatsachen nicht ignorieren

Die Anerkennung des Rechts Rußlands, sich gegen die NATO zu verteidigen, wird vom Westen genauso ignoriert wie die Erkenntnis, daß China und Rußland keine imperialistischen Eroberungsambitionen haben. Es geht ihnen darum, gegen die Angriffe des „Westens“ zu bestehen, um gleichberechtigte Zusammenarbeit und normale völkerrechtliche Beziehungen und nicht darum, eine Herrschaft durch eine andere zu ersetzen, was wiederholt von den führenden Kräften in China und Rußland erklärt wurde. Der „Westen“ unter Führung der USA aber will die Unterwerfung. Bei aller möglichen Kritik an China und Rußland ist das entscheidende Moment, daß diese Länder in der Lage sind, die USA und ihre Verbündeten in ihren Weltherrschaftsabsichten in die Schranken zu weisen. Die linken Kräfte sollten dieses Bestreben unterstützen, denn eine „Niederlage“ der beiden Länder bedeutet möglicherweise den Weg in einen kulturellen Abgrund.

Werner Engelmann, Lahr

Die Kriege der USA

Welcher Staat führt von Deutschland aus seine Kriege, mit denen wir eigentlich

nichts zu tun haben (wollen)? Im nächsten Jahr existieren die USA 250 Jahre. In dieser Zeit gibt es ca. ganze 20 Jahre, in denen die USA keinen Krieg geführt haben. Bleibt für mich nur die Frage: Wozu führt dieser Staat während fast seiner ganzen Existenz diese Kriege? Um die Welt unter seine Vorherrschaft zu bringen, überzieht er diese mit 800 bis 1000 militärischen Stützpunkten? 20 Jahre Afghanistankrieg der USA brachten 240 000 Tote und 5,5 Mio. Flüchtlinge. Ist das zu akzeptieren und kommentarlos hinzunehmen? Es sollte auch nie vergessen werden, daß die US-Amerikaner mit Hiroshima und Nagasaki das schlimmste Kriegsverbrechen aller Zeiten gegenüber einer Zivilbevölkerung begangen haben, eine militärische Notwendigkeit dafür bestand nicht. Es ist schlimm, daß sie niemand dafür zur Verantwortung gezogen hat.

Wolfgang Mengel, Stralsund

Der Westen schaut zu

Nach zwei Jahren „Gegenschlag“ Israels mit dem offenkundigen Ziel, die Auslöschung der Palästinenser und die Unbewohnbarkeit des extrem dicht besiedelten Küstenstreifens herbeizubomben, kann der „Friedensplan“ Mr. Trumps nur als politisches Manöver bzw. ein Produkt seines egozentrischen Zynismus bewertet werden. Gaza wurde zum riesigen Friedhof mit tausenden ungeborgenen Leichen und apokalyptischer Friedhofsruhe. In absehbarer Zukunft scheinen ernsthafte Bemühungen um dauerhafte Lösungen kaum realistisch. Genau das war wohl auch das Ziel, einschließlich der Verhinderung eines palästinensischen Staates, der völlig überzogenen militärischen Reaktion Israels auf den 7.10.23.

BRD-Außenpolitik krankt seit jeher an Ausgewogenheit betreffs der Historie zum Dauerkonflikt in Nahost. Kritik an den jeweiligen israelischen Regierungen war kaum vernehmbar. Die Anerkennung Palästinas durch einige westliche Staaten ist meiner Meinung nach auch nur politische Kosmetik. Waffenlieferungen für Israel trotz aller verbindlichen UNO-Resolutionen sind an der Tagesordnung. Siedlergewalt, Apartheid gegen Palästinenser und religiöser Fanatismus werden weiter unheilvolle Auswirkungen haben..

Richard Jawurek, Markkleeberg

Erinnern an Richard Sorge

Am Vorabend des 130. Geburtstages von Dr. Richard Sorge wurde mit Besen, Rechen und Harken seine einzige Gedenkstätte in Sachsen auf dem Chemnitzer Kaßberg in einen würdigen Zustand gebracht. Richard Sorge, geb. am 4. Oktober 1895 in Sabuntschi/Vorort von Baku, hingerichtet am 7. November 1944 in Toshima/Tokio, legte frühzeitig Grundsteine für den Sieg über das faschistische Deutschland

und für den Tag der Befreiung. Er war ein deutsch-sowjetischer Funktionär der Kommunistischen Internationale und für den sowjetischen Militärgeheimdienst (GRU) im Einsatz. Vor und während des 2. Weltkrieges arbeitete er als Journalist sowie in geheimer Mission für die Sowjetunion in China und Japan.

Eine erste Spitzenmeldung nach Moskau setzte Sorge bereits 1936 zum Antikomininternpakt ab, vor allem die Hintergründe und eigentliche Ziele betreffend. 1937 berichtete er über Aktivitäten im Rahmen des zweiten japanisch-chinesischen Krieges und über erneute Kampfhandlungen Japans am 29. Juli 1938 im mongolischen Grenzgebiet.

Eine zweite Spitzenmeldung der Gruppe um Dr. Richard Sorge unterrichtete Moskau bereits 1939 über Einzelheiten und Termine des von Japan geplanten Überfalls auf die Mongolei mit der späteren Stoßrichtung zum Fernen Osten der Sowjetunion. Durch mongolische und sowjetische Truppen wurde in den Monaten Juli und August 1939 der japanische Angriff am Chalkyn-Gol zurückgeschlagen, und Japan mußte einen Waffenstillstandsvertrag mit der Sowjetunion unterzeichnen.

Die dritte nachrichtendienstliche Meldung bezog sich dann auf die unmittelbare Kriegsvorbereitung Deutschlands gegen die Sowjetunion mit mehreren Präzisierungen. Bereits im März 1941 konnten erste Informationen über operative und taktische Details der deutschen Kriegsvorbereitungen nach Moskau abgesetzt werden. Eine klare terminliche Präzisierung des Angriffstermins erfolgte dann am 15. Juni mit der Nachricht: „Der Krieg wird am 22. Juni beginnen.“ Diese Nachricht sorgte an die GRU mit genauen Angaben über den Tag, die Stärke und die Richtungen des Angriffs wurde jedoch von Stalin ignoriert.

Die vierte Spitzenmeldung, kurze Zeit darauf, am 14. September 1941, erfolgte unmittelbar nach der Geheimsitzung des japanischen kaiserlichen Thronrates. Diese Information bezog sich darauf, daß Japan als strategisches Ziel nunmehr die USA und die britischen Kolonien im Pazifik angreifen würde und damit die Gefahr für die Sowjetunion im Fernen Osten gebannt war. Durch diese Meldung sorgte konnte Marschall Shukow die sowjetischen Truppen aus Sibirien abziehen und sie zum Abstoppen des deutschen Vormarsches 25 km vor Moskau einsetzen.

Ab 1939 hatte Dr. Richard Sorge gemeinsam mit seinem Funker Max Christiansen-Clausen Meldungen mit mehr als 65 000 Wörtern in 141 Funksprüchen sowie zahlreiche Mikrofilme per Kurier nach Moskau übersandt.

Im September 1943 begann unter Ausschluß der Öffentlichkeit der Prozeß gegen Dr. Richard Sorge vor dem Tokioter Distriktgericht. Am 29. September wurde das Todesurteil gegen ihn und den Mitangeklagten Ozaki Hotsumi verkündet. Im

Januar 1944 lehnte der Oberste Gerichtshof die Einsprüche von Sorge und Ozaki Hotsumi endgültig ab.

Am 7. November 1944 wurden Dr. Richard Sorge und Ozaki Hotsumi im Tokioter Sugamo-Gefängnis hängend.

Raimon Brete, Chemnitz

Weil du arm bist ...

Unlängst sah ich einen Fernsehbeitrag, den ich als menschenverachtend empfand. Der Chef der Schwarzwaldklinik trat mit einer Initiative an die Öffentlichkeit, wonach die Implantation von künstlichen Gelenken für Menschen ab 80 nicht mehr von den Krankenkassen bezahlt werden sollen. Im Prinzip heißt das doch, „weil du arm bist, mußt du früher sterben“. Das hätten sich die Menschen mal überlegen sollen, die 1989 bei uns auf die Straße gegangen sind. Da der zutiefst soziale Kontrahent aus der DDR leider nicht mehr vorhanden ist, konnten das Großkapital und seine Regierungsmarionetten immer mehr die Katze aus dem Sack lassen. In dieser Sendung erklärte ein Vertreter der CDU natürlich gleich, wie hoch die bundesdeutschen Krankenkassen verschuldet sind, was als eine Zustimmung herauszuhören war. Hochrüstung und Kriegstreiberei sind in dieser Gesellschaft eben wichtiger als die Gesundheit der Menschen. Nichts dagegen, daß Leute ihre künstlichen Gelenke selbst bezahlen müssen, die ein Vermögen ab siebenstelliger Zahl vor dem Komma haben, aber nicht das einfache Volk. Der Gesellschaftsname Kapitalismus sagt schon genau aus, worauf es den Herrschenden ankommt wie auch der Name Sozialismus aussagt, worum es in dieser menschenwürdigen Gesellschaft geht.

Jürgen Förster, Dresden

Pflichtjahr für Rentner?

Kostentreiber bei den Sozialausgaben sind die Kosten, von denen die Generation Z (zwischen 1995 und 2010 Geborene) besonders profitiert. So haben sich die Kosten für die Kinder- und Jugendhilfe seit den 90er-Jahren verzehnfacht. 1990 gab es noch 50 D-Mark Kindergeld (entspricht 25,57 Euro, 1 Euro = 1,95583 DM) für das erste Kind, heute sind es 255 Euro (entspricht 498,74 DM).

Elterngeld? Kannten wir nicht. Wir haben unsere Kinder auch so großgezogen. Und so geht es weiter.

Es ist ein Hohn, dann auch noch ein soziales Pflichtjahr für Senioren zu fordern. Wir pflegen unsere betagten Eltern und Partner, die dank der modernen Medizin auch immer älter werden. Wir kümmern uns um die Enkel, weil Papa und Mama heute im Job stark gefordert sind. Nun kommt Herr Ökonom Marcel Fratzscher, seines Zeichens Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung,

Politikberater und Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin, mit seiner grandiosen neuen Idee des Sozialen Jahrs, dem Pflichtjahr für Rentner. Soll das nun die neue Sterbehilfe werden? Er selbst ist mit seinen 54 Jahren die Generation X (1965–1980) und will die Rentner (schweigende Generation 1928–1945 und die Baby-Boomer 1946–1964) zu einem Pflichtjahr verdonnern. Welchen Beitrag hat er eigentlich zur Generationengerechtigkeit geleistet?

Wolfgang Mey, Berlin

Aktivrente

Die Bundesregierung will eine „Aktivrente“ einführen, bei der Rentner 2000 €/Monat steuerfrei hinzuverdienen können.

Sollen nun 67-jährige Maurer oder Maler noch Tag für Tag auf Gerüste oder Leitern klettern, Straßenbauarbeiter, Stahlkocher, Altenpfleger, Verkäuferinnen etc. weiterhin schwere Arbeit verrichten? Und was ist mit Offizieren der Bundeswehr und Piloten, die schon früh in Rente gehen dürfen, weil sie ihre Tätigkeit nicht mehr hundertprozentig sicher ausführen können, oder mit Lokführern, die gut entlohnt werden, weil sie ebenfalls eine verantwortungsvolle Tätigkeit ausüben, oder, oder ...

Das ist wieder ein untauglicher Versuch, das Finanzproblem der Rentenkasse zu lösen.

Die sogenannten Babyboomer sind ja nicht schuld daran, daß sie das sind. Im Gegensatz zur BRD hatte die DDR die mit „geburtenschwachen Jahrgängen“ verbundenen Probleme erkannt und gegengesteuert. An junge Ehepaare wurden 3000 Mark zinslose Kredite vergeben. Nach der Geburt jedes Kindes brauchte man 1000 Mark weniger zu tilgen, d.h. bei drei Kindern gar nichts mehr. Es wurden Kinderkrippen- und Kindergartenplätze in großer Anzahl gebaut. Aufgrund sinkender Kinderzahlen denkt man in den ostdeutschen Ländern jetzt darüber nach, Kindergärten zu schließen, während sie in den alten Ländern noch immer nicht ausreichend vorhanden sind. Familien mit drei und mehr Kindern galten in der DDR als kinderreich und erhielten zusätzliche Vergünstigungen. Universitäten und Betriebe hatten Betreuungseinrichtungen für die Kinder der Studentinnen bzw. Beschäftigten, Frauen erhielten monatlich einen „Haushaltstag“ und hatten als Mütter keine beruflichen Nachteile, auch nicht karrieremäßig.

Die DDR-Regierung siedelte Betriebe in Landesteilen an, wo viele Menschen wohnten, damit, außer in wenigen Branchen, niemand von Montag bis Freitag „auf Montage“ mußte und ein normales Familienleben stattfinden konnte.

Warum bringen die uns Regierenden überhaupt eine sogenannte Aktivrente ins Spiel? Wollen sie von ihren Versäumnissen in der Vergangenheit und Gegenwart ablenken? Was dabei herauskommt, ist die Entsolidarisierung zwischen Jung und Alt in der

deutschen Gesellschaft, so, wie es offensichtlich beabsichtigt ist.

Wolfgang Reinhardt, Nordhausen

Zu: „Anmaßende Bonner Politik auch gegenüber dem DDR-Sport“, RF Oktober 2025, S. 36

Nicht nur der DTSB wurde durch den damaligen 3. (politischen) Strafsenat des Bundesgerichtshofs zu einem feindlichen Gebilde erklärt. Viele gesellschaftliche Organisationen der DDR galten als verfassungsfeindlich. Zu ihnen gehörten u.a. der FDGB, die DSF oder die VdN. Wer als Bundesbürger auf irgendeine Weise mit ihnen in Kontakt geriet, lief schnell Gefahr kriminalisiert zu werden. Dabei war die zugrundeliegende Rechtsauffassung immer dieselbe: Die Organisationen seien von der SED gesteuert, die ihrerseits das Wirken der (dann verbotenen) KPD in der BRD unterstütze. Ziel sei es, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen. Eine Lockerung trat erst nach der Liberalisierung des bundesdeutschen politischen Strafrechts ab 1968 ein.

Ralph Dobrawa, Gotha

Kalter Krieg vor Ort: Uranbergbau für die Sowjetmacht

Am 8.10.2025 fand unter dem Motto „Bildungsveranstaltung einmal anders“ ein gemeinsamer Besuch der Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau in der oben genannten Ausstellung in den Räumen des Staatsarchivs Sachsen in Chemnitz statt. Die Ausstellung bot Diskussionsstoff für die Teilnehmer und war Ausgangspunkt kritischer Wertungen. Wir sahen eine ansprechende und gut recherchierte Präsentation, allerdings mit klarer politischer Botschaft. Die ausgestellten Dokumente waren zum Großteil aus dem „Stasi-Unterlagen-Archiv“ entnommen und legten dem Betrachter nahe, daß es sich bei der Wismut quasi um ein MfS-geführtes und gesteuertes Unternehmen gehandelt habe. Es gab praktisch keine Hinweise zu den gewaltigen Anstrengungen der Wismut-Kumpel während des bereits laufenden Kalten Krieges, das Kernwaffenmonopol der USA zu brechen. Der Ausstellungsbesuch ist allerdings zur eigenen Meinungsbildung durchaus empfehlenswert und wurde auch durch die Anwesenheit von Zeitzeugen interessant.

Berndt Grosser, Hainichen

Quo vadis, Deutschland?

Feldpost ins Tonkital: Anfang September 1941 schrieb Werner an seine Eltern ins Perleberger Tonkital einen Feldpostbrief. Er gehörte mit seinem Bruder Otto zu den 3,2 Millionen Soldaten der Wehrmacht, die mit weiteren über zwei Millionen Soldaten anderer Armeen am 22. Juni 1941 die Sowjetunion vertragsbrüchig überfallen

haben. Er schrieb: „In dieser trostlosen Steppe möchte ich nicht begraben sein.“ Eine Ahnung ...? Die nächste Feldpost brachte die Todesnachricht des 21-Jährigen, gefallen für ... am 21.9.41 nördlich von Kiew. Sein Bruder fiel am 18.6.43 auf der Krim und hinterließ Frau und zwei kleine Töchter.

Heute ist die Gesellschaft wieder außer Kontrolle. Dialog wurde von den „Friedensunwilligen“ durch Konfrontation ersetzt. Völkermord wird im Interesse von Profit durch ein Gefühl der Straflosigkeit ersetzt. Über 250 Journalisten wurden allein im Gaza-Streifen gezielt ermordet, die UN, wie bei der Bombardierung des Iran, ein zahnloser Tiger. Die Rüstungsindustrie, vor Jahren noch in der „Schmuddelecke“, feiert die Einheit von Waffenschmiede, Politik und Gewerkschaft. In Unterlüß, Niedersachsen, wurde am 27.8.25 die Rheinmetall-Fabrik für Artilleriemunition eröffnet. Kürzlich erklärte Rheinmetall-Boss A. Papperger, der Konzern baue mit Übernahme des militärischen Sektors der Wertengruppe Lürssen, „seine Position als führender Anbieter für Verteidigungstechnologie in Deutschland und Europa aus“. Für den Gewerkschaftsvertreter sind Beschäftigung und Tarifverträge „wichtig“. Mein Vater war Marinemaat und landete verwundet in Gefangenschaft auf den berühmtesten Rheinwiesen. Nie wieder Krieg - war seine Maxime.

Heute, wo die Führungselite nach eigenen Atomwaffen hechelt, wird Deutschland Drehscheibe und Schlachtgebiet, wenn es den Kriegstreibern gelingt, den 3. Weltkrieg zu provozieren.

Jürgen Schwarzenberg, Ludwigslust

Von der Freiheit, arm zu sein

Wenige Tage vor dem 3. Oktober, dem Tag, an dem „35 Jahre deutsche Einheit“ und die „friedliche Revolution“ gefeiert wurden, war u.a. auch von Armut und Armen die Rede. An einem „Gedenktag“ wie diesem bietet es sich geradezu an, einmal danach zu fragen, was Armut in der DDR war und was es heute im „geeynten“ Deutschland ist. Worum ging es diesbezüglich den „friedlichen Revolutionären“ in der DDR? Konsumarmut, von Banane bis Auto und Reisen, wurde beklagt. Es sei daran erinnert: Waren die Fahrpreise je ein Thema? Waren Mieten, Energie, Gesundheit, Zugang zu Kultur und Sport, Kinderbetreuung, Schulspeisung, Bildung u.v.a. je ein Thema von Armsein? War Arbeitslosigkeit, Krankheit, Erwerbsunfähigkeit je ein Armutsproblem oder Thema der Ausgrenzung von Menschen und deren Diffamierung? An nichts davon kann sich jemand erinnern, der Jahrzehnte in dem armen, tristen, grauen Lande mit Mauer, Stasi und Diktatur leben mußte. Auch der Haß, die Hetze, die heute das geeinte Deutschland „vereint“, waren fremd. Welche Werte und Menschenrechte sind nun für „Wir sind das Volk“ an die Stelle aller „Unfreiheiten“ im Lande DDR getreten?

Und was ist mit der viel gerühmten Meinungsfreiheit? Welche Meinung darf gesagt werden, sollte lieber verschwiegen werden? Laut einer Umfrage sind 84 Prozent von Befragten der Auffassung, keine Meinungsfreiheit zu haben.

Nicht zuletzt: Nach zwei Weltkriegen hat Deutschlands Führungsriege wieder den unbändigen Willen zu Krieg. Was sollen wir feiern, wer hat allen Grund zum Feiern - das Volk?

Roland Winkler, Aue

Wir müssen Zeugnis ablegen

Die politischen Eliten unseres Landes praktizieren eine Politik, die sich unverkennbar gegen die Interessen unseres Volkes richtet. Darin haben die Verfälschung historischer Wahrheiten, Realitätsverweigerung und Antidiplomatie ihren festen Platz.

Alle humanistischen Grundsätze, für die wir in der DDR gekämpft haben, gelten nicht mehr. Völkerfreundschaft, Entspannungspolitik, Friedenssicherung sind zu Unworten geworden.

Vokabeln, von denen wir glaubten, sie längst auf den Schrotthaufen der Geschichte abgelegt zu haben, wie das Goebbels-Wort von der „Kriegstüchtigkeit“, werden wieder salonfähig. Offensichtlich können es bestimmte politische Kreise nicht abwarten, endlich wieder gen Osten zu ziehen und einen Krieg vom Zaune zu brechen. Diese Leute nehmen das Wort Frieden in den Mund und meinen Krieg.

Was können wir, die Älteren, tun, um unseren Beitrag im Kampf gegen diesen Wahnsinn zu leisten? Wir können, ja müssen, Zeugnis ablegen. Gegenüber uns, aber vor allem gegenüber kommenden Generationen. Darüber, wie unsere Mütter und Väter, soweit sie den schrecklichen Krieg überlebt haben, und wir aus einem riesigen Trümmerhaufen, den uns dieser Krieg hinterlassen hat, einen Staat des Humanismus, einen Arbeiter-und-Bauern-Staat mit den in ihm lebenden Menschen aufgebaut und geformt haben.

Wir müssen aufzeigen, daß dieser Aufbau keine asphaltierte Autobahn war, sondern ein steiniger, kurvenreicher Weg mit vielen Hindernissen und Schlaglöchern, der aber mit Blick auf den Aufbau einer humanistischen Gesellschaftsordnung, den Sozialismus, in die richtige Richtung führte.

Die drei Bände der Erinnerungen, die Egon Krenz geschrieben und publiziert hat, gehören zu diesen Zeugnissen. Er ist, nicht wie andere, die sich nach der Niederlage der DDR in ein Schneckenhaus verkrochen haben oder ihre DDR-Identität verleugneten, einige sind auch zu Verrätern geworden, seiner Überzeugung treu geblieben, ehrlich gegenüber sich selbst und den anderen. Trotz allem Haß, dem er begegnet ist, trotz aller Demütigungen und Niederschläge hat er sich seinen aufrechten Gang bewahrt.

Peter Truppel, Cottbus



Warschauer Ghetto, Mai 1943

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH**Herstellung:** Evertz Berlin Papier GmbH**Internet:** www.rotfuchs.net**Redaktionsschluß für das Dezember-Heft ist der 30.10.2025.**

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Dr. Joachim Seider
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.